

INTERNATIONAL STUDIES

Vol. 18 No. 1/2016

**INTERDISCIPLINARY
POLITICAL
AND
CULTURAL
JOURNAL**

THEMATIC VOLUME

Österreich in der gegenwärtigen polnischen Forschung

editors

Violetta Frankowska, Agnieszka Kisztełińska-Węgrzyńska



WYDAWNICTWO
UNIwersytetu
ŁÓDZKIEGO

ŁÓDŹ 2016

INITIATING EDITOR
Agnieszka Kałowska

TYPESETTING
AGENT PR

TRANSLATION
Barbara Ratecka, Violetta Frankowska

PROOFREADING
Violetta Frankowska, Hanna Malik

COVER DESIGN
Barbara Grzejszczak, Joanna Skopińska

© Copyright by Uniwersytet Łódzki, Łódź 2016

ISSN 1641-4233
e-ISSN 2300-8695

Published by Łódź University Press
First Edition. W.07147.15.0.C

Publisher's sheets 5.1; printing sheets 6.375

Łódź University Press
90-131 Łódź, 8 Lindleya St
www.wydawnictwo.uni.lodz.pl
e-mail: ksiegarnia@uni.lodz.pl
tel. (42) 665 58 63

CONTENTS

Einleitung	5
Elzbieta Hurnikowa <i>Österreichische Literatur in der Zeitschrift Wiadomości Literackie in der Zwischenkriegszeit</i>	9
Agnieszka Kisztelińska-Węgrzyńska <i>Österreich in der polnischen Diplomatie in den Jahren 1965–1968 aus der Perspektive des Ausenministeriums der VR Polen</i>	33
Michał Tomczyk <i>Die Stellung Österreichs und der Schweiz zur Schaffung des Europäischen Binnenmarktes. Eine vergleichende Analyse</i>	53
Barbara Ratecka <i>Die Österreicher zu verstehen... Österreichs Beziehung zur Frage der EU-Erweiterung</i>	71
Maciej Paszyn <i>Beispiele für Zusammenarbeit und Geschäftsbeziehungen zwischen Energie-unternehmen aus Österreich und Deutschland in den Jahren 2008–2013</i>	85
Zu den Autoren	101

EINLEITUNG

Es scheint, dass jeder Autor, der über Österreich oder über österreichisch-polnische Beziehungen schreibt, besonders die nach 1918, eine Zuneigung zu dem schönen Land an der Donau, dessen Schicksal die Geschichte mit Polen mehrmals verknüpft hat, empfindet. In der Geschichte unserer Historiographie kann man eine beachtliche Menge von wertvollen Abhandlungen finden, die die Monarchie Österreich-Ungarn, Galizien und dann die Republik Österreich betreffen. Der polnische Kontext des Themas *Österreich* war ein natürlicher Fragenkomplex zahlreicher weiterer Untersuchungen. Man kann hier eine lange Reihe von besonders verdienten polnischen Verfassern nennen, die über Österreich geschrieben haben, u.a. sind es Henryk Batowski, Józef Buszko, Stefan H. Kaszyński, Jerzy Kozeński, Władysław Stanisław Kucharski, Roman Taborski oder Henryk Wereszycki. Es sind Wissenschaftler aus verschiedenen Forschungsbereichen: Historiker, Germanisten und Polonisten. Wenn man die polnischen Errungenschaften hinsichtlich Geschichts- und Kulturforschung Österreichs komplex betrachtet, da kann man sagen, dass der Empfänger in unserem Land gute Möglichkeiten hat, sich mit der Thematik des Donaulandes vertraut zu machen. Das neueste Glied an einer ziemlich langen Kette polnischer Untersuchungen, in diesem Falle der polnisch-österreichischen Zusammenarbeit, bildet die vorliegende Initiative des Lodzer Forschungszentrums.

Der vorliegende Band mit dem Titel *Österreich in der gegenwärtigen polnischen Forschung* ist nämlich Ergebnis einer Zusammenarbeit der jungen Mitarbeiter der Lodzer Universität mit polnischen Forschungszentren, die sich im unterschiedlichen Ausmaß mit der Geschichte Österreichs und den polnisch-österreichischen Beziehungen befassen. Die Absicht des Herausgebers war es, solche Materialien zu sammeln, die gegenwärtige Strömungen in der österreichischen Forschungsproblematik in Polen darstellen. Einzelne

Kapitel wurden je nach dem problematischen Aspekt geordnet und dementsprechend der Geschichte, Politik, Ökonomie und Kultur gewidmet.

Polnische Historiographie, die Österreich betrifft, ist sehr umfangreich, jedoch nicht alle Konzepte, die in der früheren Forschung präsent waren, werden auch heutzutage verfolgt. Man kann die Frage wiederholen, die schon während der 2. Tagung der Deutschlandforscher in Breslau im Jahre 2013 von Prof. Dr. habil. Krzysztof Ruchniewicz gestellt wurde, und zwar, inwieweit setzen moderne polnische Wissenschaftszentren die nach dem Krieg begonnenen deutschlandkundlichen, darin auch österreichischen, Forschungsthemen fort. Nicht alle bisherigen Schulen, Zentren oder Forschungsstätten haben Schüler ausgebildet, die ihre Studien auf der Grundlage der Leistungen vorangehender Generationen realisieren konnten und wollten. Optimistisch ist jedoch die Tatsache, dass die jungen Nachwuchswissenschaftler völlig neue Themen aufnehmen.

In der polnischen Historiographie kann man neben ziemlich zahlreichen monographischen Büchern und Beiträgen in wissenschaftlichen Zeitschriften auch einige Sammelbände erwähnen, die von polnischen Wissenschaftlern, bzw. in der polnisch-österreichischen Kooperation verfasst wurden. Es sind Werke, wie fünf Bände von *Studia Austro-Polonica* (1978–1997), *Wiener Sieg und polnisch-österreichische Beziehungen 1683–1983* (1983), *Österreich-Polen. Aus der Geschichte der Nachbarschaft* (1989), *Polen – Österreich. Wege der Verständigung* (1999), *Österreich und polnisch-österreichische Beziehungen im 20. und 21. Jahrhundert* (2014).

Zu weiteren Forschungen verleiten die intensive polnisch-österreichische Zusammenarbeit im 20. und 21. Jahrhundert, vor allem in den letzten Jahrzehnten, äußerst interessante Erscheinungen in der österreichischen Kultur des vergangenen Jahrhunderts und eine ganze Reihe großer Gestalten des polnisch-österreichischen „Grenzlandes“ im Bereich der Politik, Wirtschaft oder Literatur.

Unter den zahlreichen polnischen Forschungsstätten hat auch die Lodzer Universität beachtliche Tradition in der Erforschung der österreichischen Thematik und der polnisch-österreichischen Beziehungen. Der vorliegende Band, der, wie erwähnt, Ergebnis einer Initiative des Lehrstuhls für Deutschlandstudien der Lodzer Universität ist, entstand zum großen Teil in Anlehnung an die Texte, die aus vielen polnischen Forschungszentren stammen: aus Warszawa, Łódź und Częstochowa. In Anbetracht dessen, dass die präsentierten Arbeiten einen historischen, politologischen oder

kulturwissenschaftlichen Charakter aufweisen, wurde die Verwendung eines differenzierten wissenschaftlichen Apparats zugelassen. Der Herausgeber bedankt sich bei allen Verfassern für die Zusammenarbeit, und insbesondere bei Frau Dekanin Prof. Dr. habil. Krystyna Kujawińska-Courtney, Frau Dr. Barbara Ratecka und Mag. Hanna Malik für die Unterstützung bei der Vorbereitung der vorliegenden Publikation.

Elżbieta Hurnikowa*

**ÖSTERREICHISCHE LITERATUR IN DER ZEITSCHRIFT
WIADOMOŚCI LITERACKIE IN DER
ZWISCHENKRIEGSZEIT**

ABSTRACT: The article is devoted to reception of Austrian literature before the Second World War in *Wiadomości Literackie* (*Literary News*). It was the most popular letter, whose aim was to educate society, and popularize foreign literature and culture. The literature that was most often promoted was French literature, but also German-speaking authors (cited in the article) were discussed. Austrian literature was not treated as distinct from German literature during that time but nonetheless, the articles presents artists, of Austrian origin: Joseph Roth, Stefan Zweig, Rainer Maria Rilke, Hugo von Hofmannsthal, Arthur Schnitzler, Odon von Horváth, Franz Werfel and others. The article examines interviews with these writers as well as reviews their books and other texts which appeared in *Wiadomości Literackie*.

KEY WORDS: Austria, Interwar era, reception, journals, criticism.

Die Darstellung der österreichischen Literatur in den *Wiadomości Literackie*, einer der wichtigsten Zeitschriften der Zwischenkriegszeit, wirft etliche bis dahin unbeantwortete Fragen auf, wie z.B.: die Rezeption der deutschsprachigen Literatur in Polen nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit, die Auswirkung politischer Veränderungen auf die kulturelle Bewusstseinsbildung, der Einfluss der Tradition auf die gegenwärtige Literaturrezeption und die Rolle des Printjournalismus bei der Verbreitung der fremdsprachigen Literatur. Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert nahm die polnische Kultur Impulse aus verschiedenen kulturellen

* Professorin am Wydział Filologiczno-Historyczny Akademii im. Jana Długosza w Częstochowie, al. Armii Krajowej 36a, 42–200 Częstochowa; E-Mail: e.hurnik@ajd.czyst.pl.

Zentren auf und befand sich in den literarischen Räumen Europas; damals entstanden – nach Kazimierz Wyka – *literarische Abhängigkeiten, die es so bis dahin noch nicht gegeben hatte. Dazu gehörte der Einfluss des russischen Romans auf die französische Literatur, die Auswirkung der tschechischen Symbolisten auf die polnische Lyrik oder die allgemeine Tragweite eines norwegischen oder belgischen Dramatikers*¹. An einer anderen Stelle weist der Forscher darauf hin, ein Modell für die Kunst der Jahrhundertwende sei *von der gesamteuropäischen Inspiration gekommen, wo die Literatur keine besondere Rolle in Existenz der Gesellschaft gespielt habe, die ihrer politischen Unabhängigkeit beraubt worden sei*². Zu dieser Zeit fand eine rege Rezeption der österreichischen Literatur statt, was sich beispielsweise aus den polnischen Zeitschriften in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts ablesen lässt³. Hierbei war die Literatur des *Jung Wien* in weit höherem Maße vertreten als die Deutsche Moderne. Damals bestanden Beziehungen zwischen Vertretern der polnischen und österreichischen Literatur (z.B. zwischen Stanisław Przybyszewski und Hermann Bahr). Es waren Übersetzer und Polonophile tätig⁴. Die Kunstvereine (die *Wiener Sezession* und die Krakauer *Sztuka* [dt. *Kunst*]) wurden zu einer Plattform für den Kulturaustausch⁵.

Die Veränderung der politischen Lage nach 1918 kam in den Richtlinien der Kulturentwicklung im Land und in der Art, fremde Inspirationen zu sammeln, zum Ausdruck. Die historischen und

¹ K. Wyka, *Młoda Polska*. Z pism Kazimierza Wyki, bearb. von H. Markiewicz und M. Wyka, Bd. 1: *Modernizm polski. Struktura i rozwój*, Kraków 1987, S. 275. Originalfassung: *zależności literackie, dotąd w ogóle nie istniejące, jak wpływ powieści rosyjskiej na literaturę francuską, wpływ symbolistów czeskich na lirykę polską czy powszechny zasięg norweskiego lub belgijskiego dramaturga*.

² K. Wyka, *Łowy na kryteria*, Warszawa 1965, S. 148. Originalfassung: *pochodził z inspiracji ogólnoeuropejskiej, gdzie nie istniała szczególna rola literatury w egzystencji społeczeństwa pozbawionego niezależności politycznej*.

³ P. Obrączka, *Literatura niemiecka w czasopiśmie polskich końca XIX w. (1887–1900)*, Opole 1983, S. 132–146; P. Obrączka, *Literatura niemiecka w czasopiśmie polskich początku XX w. (1901–1914)*, Opole 1990; J. Papiór, *Rezeption österreichischer Kultur und Literatur in polnischer Publizistik (1870–1918)*, [in:] *Österreichische Literatur wie sie ist? Beiträge zur Literatur des habsburgischen Kulturraumes*, hrsg. von J. Jabłkowska, M. Kubisiak, Łódź 1995.

⁴ Vgl. A. Kozłowski, K.A. Kuczyński, *Polskie fale Dunaju. Polsko-austriackie powinowactwa kulturalne*, Częstochowa 1992.

⁵ Mehr Einzelheiten über polnisch-österreichische Kulturbeziehungen um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert – siehe: E. Hurnikowa, *W kręgu wiedeńskiej moderny. Z zagadnień polsko-austriackich powinowactw literacko-kulturowych*, Częstochowa 2000.

zivilisatorischen Erfahrungen, die anders als in den anderen Ländern waren und die sowohl ein nationales Bewusstsein als auch Formen der Kulturbeteiligung prägten, waren dafür besonders wichtig. Sie unterlagen den seit dem 19. Jahrhundert zunehmenden Tendenzen, wie z.B. den Zwängen der Massenkultur, die sich dynamisch in jenen Ländern entwickelte, die Polen zivilisatorisch überholten. *Bei uns hing die Entwicklung der Massenkultur mit dem Kampf um die Art der Kultur zusammen – so Stefan Żółkiewski – der durch Massenbewegungen (sozial-emanzipatorischer Art, von Arbeitern und Bauern, revolutionärer und reformistischer Art) geführt wurde. Diese Bestrebungen fungierten als Antriebsmotor für die Gestaltung von Kulturmodellen und -erzeugnissen, der den Werten, den Zielsetzungen und dem kulturellen Streben Priorität einräumte*⁶.

Im Polen der Nachkriegszeit hatten die neuen Zeitschriften entscheidend zur Entwicklung dieser Bestrebungen beigetragen. Dies sticht besonders bei einem Vergleich der Tätigkeit und der Ziele der Zeitschriften um die Jahrhundertwende und in der Nachkriegszeit hervor. *Die Literaturzeitschriften aus dem Zeitraum 1887–1917 zielten hauptsächlich auf die Stärkung des nationalen Bewusstseins, auf die Integration der polnischen Kultur ab und beeinflussten in dieser Hinsicht die öffentliche Meinung – so die Forscherin der Entwicklung im Zeitschriftenwesen in der Zwischenkriegszeit, die dessen Stellenwert im Modernismus und in den ersten Nachkriegsjahren zusammenfasst; da war es deutlich wahrzunehmen, dass die Presse ein unentbehrliches Instrument zur Aktivierung der Massen, ein spezifisches Sprachrohr der Wirklichkeit, ein ausgezeichnetes Propagandawerkzeug sei*⁷. Es kamen neue Aufgaben der Literaturkritik hinzu. Diese wurden weitgehend von literarischen und kulturellen Zeitschriften übernommen, die mit den verschiedenen Gruppen der Schriftsteller verbunden waren. Sie befürworteten ein bestimmtes

⁶ S. Żółkiewski, *Kultura literacka*, [in:] *Literatura polska 1918–1975*, Bd. 1: *Literatura polska 1918–1932*, bearb. von A. Brodzka, H. Zaworska, S. Żółkiewski, Warszawa 1975, S. 12–13. Originalfassung: *U nas rozwój masowego typu kultury związany był z walką o styl kultury, prowadzoną przez masowe emancypacyjne ruchy społeczne, robotnicze i chłopskie, rewolucyjne i reformistyczne. Ich dążenia były główną siłą nadającą sens wzorom i wytworom kultury, hierarchizującą wartość, cele i aspiracje kulturalne.*

⁷ K. Sierocka, *Czasopisma literackie*, [in:] *Literatura polska 1918–1932*, S. 81–83. Originalfassung: *Periodyki literackie lat 1887–1917 nastawione były głównie – i w tym kierunku wpływały na opinię publiczną – na umocnienie świadomości narodowej, na integrowanie kultury polskiej. [...] prasa jest niezastąpionym instrumentem organizującym aktywność mas, swoistą interpretatorką rzeczywistości, świetnym narzędziem propagandy.*

Kulturmodell, das einem Kunstprogramm entsprach, auch ein Erziehungsmodell zur Erweiterung des Wissens über die Kultur und Kunst Polens sowie anderer Länder und über verschiedene Geisteswissenschaften wurde propagiert⁸. Zu den meistgelesenen und beliebtesten Zeitschriften gehörten *Wiadomości Literackie* (*Literarische Nachrichten*), die in den Jahren 1924–1939 herausgegeben und von Mieczysław Grydzewski geleitet wurden. Zu den Mitwirkenden zählten vor allem die Mitglieder der Skamander-Gruppe, aber auch hervorragende Kritiker, wie z.B. Emil Breiter, Karol W. Zawodziński, Stefan Napierski, Karol Irzykowski, Kazimierz Czachowski u.v.a.⁹ *Wiadomości Literackie* waren liberal-demokratisch; sie waren an ein breites Publikum gerichtet und vertraten verschiedene literarische Strömungen, sowie soziale und politische Weltanschauungen. Ursprünglich wurden sie durch die französischen *Nouvelles littéraires* inspiriert, zeichneten sich durch Eklektizismus aus und enthielten sowohl Informationen verschiedenster Art als auch Feuilletons, im zweiten Jahrzehnt der Zwischenkriegszeit kamen langsam die Beiträge zu Problemfragen (darunter Essayistik, Feuilletons zum Themenkreis Theater, Kunst, Film, Musik) hinzu. Die Zeitschrift war interessant und kreativ gestaltet; die Leser wurden durch kritische Debatten und literarische Wettbewerbe, Umfragen und Interviews mit bekannten Künstlern über ihr Privatleben angelockt¹⁰. Die Sprache und die dargestellten Meinungen der Schriftsteller sprühten vor Witz und zeichneten sich durch Scherz, Parodie und Karikaturen aus; auch der Humor kam nicht zu kurz, so z.B. in den öffentlichen Diskussionen unter den Mitgliedern der Skamander-Gruppe in den *Wiadomości Literackie* der 20er Jahre¹¹.

Wiadomości Literackie verwirklichten ein Modell zur Verbreitung des humanistischen Wissens und befürworteten die fremdsprachige Literatur, darunter die englische, französische, skandinavische und deutsche. Da wurden nicht nur Porträts der Schriftsteller und neue literarische Erscheinungen präsentiert, sondern auch Interviews

⁸ K. Sierocka, *Czasopisma literackie*, S. 109–110.

⁹ Vgl. J. Stradecki, *W kręgu Skamandra*, Warszawa 1977.

¹⁰ Vgl. A.Z. Makowiecki, *Wiadomości Literackie*, [in:] *Słownik literatury polskiej XX wieku*, bearb. von A. Brodzka, M. Puchalska, M. Semczuk, u.a., Wrocław 1992; J. Stradecki, *W kręgu Skamandra*, J. Stradecki, *Wiadomości Literackie*, [in:] *Literatura polska XX wieku. Przewodnik encyklopedyczny*, bearb. von A. Hutnikiewicz und A. Lam, Bd. 2, Warszawa 2000; M. Szpakowska, *Wiadomości Literackie prawie dla wszystkich*, Warszawa 2012.

¹¹ S. J. Stradecki, *W kręgu Skamandra*; M. Szpakowska, *Wiadomości Literackie prawie dla wszystkich*, S. 233–234.

veröffentlicht. Unterschiedliche (politische und kulturellen) Faktoren hatten u.a. zur Folge, dass die deutschsprachige, und hier auch die österreichische Literatur und Kultur, in der Zeitschrift vertreten waren. Die Autorin der Arbeit über die Rezeption der westlichen Literatur in den *Wiadomości Literackie* in den Jahren 1924–1939 weist auf diese Bedingungen hin. Dabei stellt sie fest, dass die Ereignisse des Ersten Weltkriegs und die damalige Atmosphäre in Polen sowohl die Anzahl als auch die Auswahl der aus dem Deutschen ins Polnische übersetzten Werke beeinflussten:

So bedeutend die künstlerische Inspiration, welche die Polen zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus der deutschen Kultur bezogen war, so mäßig scheint im Vergleich dazu die Rezeption der deutschsprachigen Literatur in der Zwischenkriegszeit zu sein. Die Liste der großen deutschsprachigen Autoren, deren Werke damals in die polnische Sprache assimiliert wurden, ist bei weitem kürzer als jene von beispielsweise französischen Künstlern. Ähnlich wie im Falle der englischen oder russischen Literatur (der 20er Jahren des 20. Jahrhunderts) fehlte in Polen eine konkrete Verlagspolitik in Bezug auf sowohl die Klassiker der deutschen Sprache als auch die gegenwärtigen deutschsprachigen Künstler¹².

Die österreichische Literatur der Zwischenkriegszeit zeichnete sich durch hervorragende Vertreter sowohl in Prosa als auch in Lyrik aus. Das Werk einiger Schriftsteller war noch in der Geschichte und der Tradition der Habsburgermonarchie verwurzelt, spiegelte jedoch das Bewusstsein der Künstler von deren Niedergang wider und trug so mit seiner Botschaft wesentlich zur Entwicklung der Literatur der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts bei. Zu diesen Schriftstellern gehörte vor allem Joseph Roth, der sich als *Erbe der Habsburgeridee* fühlte. *Seiner Meinung nach war die Idealisierung der Vergangenheit als Modell*

¹² A. Zawiszewska, *Niemcy i literatura niemiecka na łamach Wiadomości Literackich*, [in:] A. Zawiszewska, *Zachód w oczach liberalów. Literatura niemiecka, francuska i angielska na łamach Wiadomości Literackich (1924–1939)*, Szczecin 2006, S. 13. Originalfassung: *W porównaniu z bogactwem inspiracji artystycznych, jakie płynęły do Polski z kultury niemieckiej na początku XX wieku, recepcja literatury niemieckojęzycznej w okresie dwudziestolecia międzywojennego przedstawia się skromnie. Lista nazwisk wielkich autorów niemiecko-języcznych, których utwory przyswajano wówczas polszczyźnie, jest znacznie krótsza niż lista np. artystów francuskich. Podobnie jak w przypadku literatury angielskiej czy rosyjskiej (w latach dwudziestych XX w.), zabrakło w Polsce przemyślanej polityki wydawniczej zarówno wobec klasyków języka niemieckiego, jak i niemieckojęzycznych twórców współczesnych*. Siehe auch: *Wiadomości Literackie 1934–1939. Bibliografia zawartości*, bearb. von A. Czachowski, Wrocław – Warszawa – Kraków 1999.

*der nationalen Beziehungen in künftigem Europa seine Pflicht*¹³. Andere Schriftsteller, die zur Zeit der Monarchie in Prag geboren worden waren, bereicherten ebenso die Literatur der Zwischenkriegszeit. Zu diesen zählten u.a. Rainer Maria Rilke, der Schöpfer *der vorgestellten Welt, die ihm dazu dient, transzendente Erscheinungen zu erklären*, und auch Franz Kafka, der die Lage des mit sozialen Mechanismen konfrontierten Individuums aufzeigte, oder Robert Musil, der schon in seinem frühen Roman *Niepokoje wychowanka Törlessa* (1906, *Die Verwirrungen des Zöglings Törless*) die Lagen antizipierte, *die bald in Wirklichkeit durch zwei europäische Totalitarismen erfolgen sollten*¹⁴. Sich die europäische Literatur des 20. Jahrhunderts ohne diese Namen und ohne all diese Werke, welche die Rückforderung von Mythen und Stereotypen, die Vertiefung der Reflexion über den Menschen und seine Psyche, die Komplexe und Mechanismen, in die er verwickelt ist, vorzustellen erscheint unmöglich. *Die österreichische Prosa der Zwischenkriegszeit* – so Stefan H. Kaszyński – *hat ihre aussagekräftige intellektuelle Strömung, in der die Innovation der narrativen Formen mit unkonventionellem Ansatz zum Stoff wie Sprache und Wirklichkeit einhergehen*¹⁵. Der Forscher bezieht sich hier auf die Diskursromane, die die Elemente der Handlung durch Essay-Überlegungen ersetzen, wie z.B. auf *Den Mann ohne Eigenschaften* von Robert Musil, auf eine Romantrilogie von Hermann Broch *Die Schlafwandler* oder auf *Auto da fé* von Elias Canetti (1935, *Die Blendung*). Er betont die folgenden charakteristischen Merkmale der österreichischen Literatur: Misstrauen der Sprache gegenüber, *ein sehr bewusstes Verhältnis zur Sprachmaterie*, das schon am Anfang des 20. Jahrhunderts in den Überlegungen von Fritz Mauthner, in den

¹³ S.H. Kaszyński, *Joseph Roth (1894–1939)*, [in:] S.H. Kaszyński, *Krótką historią literatury austriackiej*, Poznań 2012, S. 188. Originalfassung: [Joseph Roth] *czuł się spadkobiercą idei habsburskiej i uważał za swój obowiązek idealizację przeszłości jako wzorca stosunków narodowościowych w przyszłej Europie*.

¹⁴ S.H. Kaszyński, *Literatura austriacka XX wieku*, [in:] *Pisarze niemieckojęzyczni XX wieku. Leksykon encyklopedyczny PWN*, bearb. von M. Zybura, Warszawa – Wrocław 1996, S. XII-XIII. Originalfassung: [Rilke to kreator] *świata przedstawionego, który służy mu do wytłumaczenia zjawisk transcendentalnych*; [Musil w *Niepokojach wychowanka Törlessa* antycypuje sytuacje], *które miały się niebawem dokonać w rzeczywistości za sprawą dwóch totalitaryzmów europejskich*.

¹⁵ Ibid, S. XIII. Originalfassung: *Proza austriacka lat międzywojennych ma swój wyrazisty nurt intelektualny, w którym nowatorstwo form narracyjnych idzie w parze z niekonwencjonalnym podejściem do tworzywa, jakim jest język i rzeczywistość*.

kritischen Äußerungen von Karl Kraus, in dem bekannten Essay von Hugo von Hofmannsthal (1902, *Ein Brief*) und von Ödön von Horváth in den *Geschichten des Wiener Waldes* festzustellen ist und in anderen Werken fortgesetzt wurde¹⁶.

Die deutschsprachige Literatur war in den *Wiadomości Literackie* vor allem von den Künstlern auf dem Gebiet Deutschlands, seltener von Österreichern vertreten. In den in der Zwischenkriegszeit veröffentlichten Artikeln und in den Arbeiten über deutschsprachige Literatur sind die deutschen und die österreichischen Schriftsteller nicht immer zu unterscheiden. Mit dem Terminus *deutsch* ist zur damaligen Zeit ein deutschsprachiger Künstler gemeint¹⁷. Das hängt mit vielen komplexen Ursachen zusammen, die erst aus einem späteren, vor allem heutigen Blickwinkel zu sehen sind; ein wesentlicher Teil ist durch historische und ideologische Faktoren bedingt. Die Literaturforschung stellt sich wiederholt die Frage: *Literatur aus Österreich – oder österreichische Literatur?* Sie dokumentiert die Notwendigkeit dieser Feststellungen unter Berücksichtigung der Geschichte jener Gebiete, die seit ca. 996, also seit den Babenbergern den Namen Österreich tragen, bis hin zur Entstehung und schließlich zum Untergang der Habsburger Monarchie, der Ersten Republik im Jahre 1918 – bis hin zur Gegenwart¹⁸. *Die Existenz einer eigenständigen österreichischen Literatur ruft bis heute wissenschaftliche und politische Streitgespräche hervor* – schreibt der Verfasser des Buches *Krótko historia literatury austriackiej*, indem er auf die Quellen von Kontroversen hinweist, die durch Definierungsversuche der Identität der österreichischen Kultur hervorgerufen werden:

¹⁶ Ibid. Originalfassung: *bardzo uświadomiony stosunek do materii językowej*.

¹⁷ Vgl. M. Szyrocki, *Dzieje literatury niemieckiej*, Bd. 1–2, Warszawa 1972; *Deutsche Literatur in Schlaglichtern*, hrsg. von B. Balzer und V. Mertens, Mannheim – Wien – Zürich 1990.

¹⁸ Vgl. E. Fischer, *Die österreichische Literatur*, [in:] *Hauptwerke der österreichischen Literatur. Einzeldarstellungen und Interpretationen*, hrsg. und mit einem Essay von E. Fischer, München 1997, S. VII–XXVI. Einen Beitrag zur Unterscheidung der österreichischen Literatur leistete Claudio Magris, Autor der Arbeit über den *Habsburgischen Mythos* in der österreichischen Literatur (Torino 1963); C. Magris, *Der habsburgische Mythos in der österreichischen Literatur*, vom Verfasser autorisierte Übersetzung von M. Pásztor, Wien 1988. Siehe auch Kommentar zur Diskussion zum Thema: *Czy istnieje literatura austriacka* – E. Białek, *Współczesna literatura austriacka*, [in:] *Słownik współczesnych pisarzy niemieckojęzycznych. Pokolenia powojenne*, bearb. von J. Joachimsthaler und M. Zybura, Warszawa 2007.

Grund dafür ist eine methodologisch falsche Überzeugung aus dem 19. Jahrhundert, dass die Basis der kulturellen Identität ein Volk ist. Im Falle von Österreich kann man jedoch nicht eindeutig über das Volk in historischer Hinsicht sprechen. Die folgenden Begriffe wurden also ersetzt: *Volk* durch *Staat* und *Nationalliteratur* durch *Staatsliteratur*.¹⁹

In der Gesamtauffassung der deutschsprachigen Literatur, mit der wir in der Publizistik und in kritischen Bearbeitungen zu tun haben, wird die Tatsache, dass die Geschichte der österreichischen Literatur *ein Prozess der Emanzipierung dieser Literatur, der mit sprachlichen Kunstwerken in Rahmen der Kultur des deutschsprachigen Gebietes im weitesten Sinne definiert wird*, übergangen²⁰.

Die Autorin der vorher erwähnten Bearbeitung *Zachód w oczach liberalów* schreibt über die Deutschen und über die deutsche Literatur. Sie behandelt die bereits erwähnten Autoren vor allem als Vertreter bestimmter Strömungen in der Kunst. Das wird vor allem in jener Textpassage deutlich, die sich auf zwei wichtige Personen der Kultur der Moderne bezieht: auf den deutschen Dichter Stefan Georg, eine Leitfigur der Literatengruppe um die Zeitschrift *Blätter für die Kunst*, und den in Wien geborenen und in seiner Jugend mit dem Kreis des Jung-Wien verbundenen Hugo von Hofmannsthal:

Die Tatsache, dass so hervorragende Autoren wie Hugo von Hofmannsthal oder Stefan George in den *Wiadomości Literackie* nicht vertreten waren, hängt höchstwahrscheinlich sowohl mit fehlenden Beziehungen zu den polnischen, mit dem Wochenblatt verbundenen Bekannten zusammen, als auch mit einer mangelnden Resonanz der von ihnen vertretenen Ideen unter den polnischen Lesern, die den Symbolismus und die Aussage „die Kunst um der Kunst willen“ mit einer vergangenen Epoche assoziierten²¹.

¹⁹ S.H. Kaszyński, *Od literatury w Austrii do literatury austriackiej*, [in:] S.H. Kaszyński, *Krótką historia literatury austriackiej*, S. 13. Originalfassung: *Istnienie odrębnej literatury austriackiej do dziś budzi spory naukowe i polityczne. [...] Bierze się to z metodologicznie błędnego, pochodzącego z XIX wieku, przekonania, iż podstawą tożsamości kulturowej jest naród. W przypadku Austrii względy historyczne nie pozwalają jednoznacznie mówić o narodzie. Pojęcie narodu zastąpiono tu pojęciem państwa, a termin literatura narodowa zastąpiono terminem literatura państwowa.*

²⁰ Ibid. Originalfassung: *[historia literatury austriackiej to] zapisany językowymi dziełami sztuki proces emancypacji tej literatury w ramach szeroko pojętej kultury niemieckiego obszaru językowego.*

²¹ A. Zawiszewska, *Niemcy i literatura niemiecka na łamach „Wiadomości Literackich”*, [in:] A. Zawiszewska, *Zachód w oczach liberalów...*, S. 17. Originalfassung: *Fakt, że tak wybitni artyści, jak Hugo von Hofmannsthal czy Stefan George byli wielkimi nieobecnyymi na łamach „Wiadomości Literackich”, wiąże się*

Dieser Teil eines Kommentars über *Wiadomości Literackie* betraf die Beziehungen zwischen den polnischen Schriftstellern, den Übersetzern und den Publizisten mit den Fremden, *was sich ausnahmslos in der regelmäßigen Verbreitung von Werken und Meinungen der befreundeten Künstler oder nur der näher vertrauten Mitarbeiter der Zeitschrift widerspiegelte*²². Unter den österreichischen Schriftstellern wurden u.a. Joseph Roth, dessen Schaffen durch Józef Wittlin verbreitet wurde, und Rainer Maria Rilke, der aufgrund der von Witold Hulewicz geführten Gespräche vorgestellt wurde, erwähnt (mit von Hofmannsthal verband George gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine Zeit lang eine schwierige Freundschaft, die mit der Zeit zwar erkältete, jedoch einen bleibenden Einfluss auf den ästhetisierenden und symbolischen Charakter des Werkes von Hofmannsthal hatte)²³.

Die Beziehung der polnischen Künstler zur Kultur Deutschlands oder Österreichs war auch durch die räumliche Entfernung manchmal schwierig. Der österreichische Schriftsteller, Journalist und Kultur- und Sprachkritiker Karl Kraus schrieb abwechselnd in Wien und Berlin und nahm an literarischen Diskussionen in Berlin teil. Joseph Roth wohnte seit 1922 in Berlin, wo er sich mit dem Journalismus beschäftigte²⁴.

So wundert es auch nicht, dass in dem vom Korrespondenten der *Wiadomości Literackie* im Jahr 1926 in Paris geführten Gespräch mit Joseph Roth, dieser der zeitgenössischen deutschen Literatur zugeordnet wurde. So hieß es:

Józef Roth gehört zu jenen jungen deutschen Autoren, deren Werke, an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert entstanden, eine Art Brücke zwischen dem Heute, voller Protest gegen die Abscheulichkeit der Wirklichkeit, und

najprawdopodobniej z ich brakiem szczęścia do polskich znajomych zwiqzanych z tygodnikiem, a także z brakiem rezonansu idei reprezentowanych przez nich wśród czytelników polskich, którym założenia symbolizmu czy hasła „sztuki dla sztuki” kojarzyły się z epoką poprzednią.

²² Ibid, S. 16. Originalfassung: *co bez wyjątku przekładało się na regularną akcję propagowania dorobku i poglądów twórców zaprzyjaźnionych, czy choćby tylko bliżej przez współpracowników tygodnika poznanych.*

²³ Siehe K. Kamińska, *Wstęp*, [in:] H. von Hofmannsthal, *Liryka. Wiersze i dramaty* ausgew. und übers. L. Lewin, *Wstęp* K. Kamińska, Warszawa 1984, S. 8–12; E. Kuryluk, *Wiedeńska apokalipsa. Eseje o kulturze austriackiej XX wieku*, Warszawa 1999, S. 97–100; O. Heuschele, *Hugo von Hofmannsthal. Bildnis des Dichters*, Mühlacker – Irdning/Steiermark 1990, S. 13 u.a.

²⁴ M. Zybura, *Literatura Republiki Weimarskiej*, [in:] *Pisarze niemieckojęzyczni XX wieku...*, S. XXVI–XXVII.

dem Morgen, welches möglicherweise die Ausprofilierung neuer Ideen mit sich bringen wird, bilden²⁵.

Darüber hinaus kündigte Roth in diesem Interview die Gründung einer neuen Monatszeitschrift – als Organ der literarischen „Gruppe 1925“ an, die in Berlin entstand und die mit der damaligen revolutionären Bewegung verbundenen Schriftsteller wie Johannes R. Becher, Alfred Döblin, Walter Hasenclever u.a. vereinigte. Die aktive Teilnahme Roths am deutschen Kulturleben in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg drückte sich hauptsächlich durch seine journalistische Tätigkeit aus, so schrieb er etwa für die Zeitschriften der deutschen Sozialisten, z.B. für *Vorwärts*. Dabei muss jedoch auch erwähnt werden, dass er sich mit der Zeit von seinen sozialistischen Anschauungen distanzierte, was das Ergebnis seiner vielen Reisen, u.a. nach Osteuropa, war²⁶.

In den 20er Jahren war Joseph Roth vor allem als Autor der Romane *Die Rebellion* (1924) und *Hotel Savoy* (1924; polnische Ausgabe 1933) bekannt. Beide Werke werden in dem oben angeführten Interview erwähnt, es werden auch die sehr anerkennenden Worte über diese Romane von so namhaften Autoren wie Thomas und Heinrich Mann zitiert. Roth gehört zu jenen Autoren, deren literarischen Werdegang man auf den Seiten der *Wiadomości Literackie* nachvollziehen kann. Es ist vor allem Józef Wittlin zu verdanken, der mehrmals das Porträt des Schriftstellers skizzierte und sein Schaffen den Lesern vorstellte. Wittlin und Roth lernten sich während des Studiums in Wien kennen; nach Ausbruch des Krieges meldeten sich beide aus nicht bekannten Gründen als Freiwillige zur österreichischen Armee, da sie beide, wie Wittlin nach Jahren bemerkte – doch Pazifisten und *zum Teil auch Anarchisten* waren, die eine tiefe Abneigung gegen den Krieg und das Militär hegten²⁷. Das gemeinsam

²⁵ ap., „Grupa 1926“. Rozmowa z Józefem Rothem. Korespondencja własna. Paryż, w maju 1926, *Wiadomości Literackie* 1926, Nr. 20, S. 2. Originalfassung: *Józef Roth należy do tych młodych pisarzy niemieckich, których dzieła, powstałe na przelomie dwóch epok są jakby mostem pomiędzy dzisiaj, pełnym protestu przeciwko ohydzie rzeczywistości, a jutrem, które przyniesie może krystalizację nowych idei*. W przytoczonych cytatach z *Wiadomości Literackich* zastosowano pisownię współczesną.

²⁶ S. H. Kaszyński, *Joseph Roth (1894–1939)*, [in:] S. H. Kaszyński, *Krótką historia literatury austriackiej*, S. 186–187.

²⁷ J. Wittlin, *Wspomnienie o Józefie Rocie*, [in:] J. Wittlin, *Orfeusz w piekle XX wieku*, Kraków 2000, S. 569–570. Siehe auch: Z. Yurieff, *Józef Wittlin*, übertr.

Erlebte brachte die beiden Schriftsteller einander näher, prägte ihr Schaffen aber auf ganz unterschiedliche Weise; ein gemeinsames Kunstverständnis und ein *subtil ironisches* Weltbild war jedoch beiden Schriftstellern eigen²⁸. In dem 1928 in den *Wiadomości Literackie* veröffentlichten Artikel wurde Wittlin von Roth als *Freund der Jugendjahre* und *Kriegsgenosse*²⁹ bezeichnet. In demselben Text besprach er das in München veröffentlichte Buch Roths *Die Flucht ohne Ende. Ein Bericht* (München 1927; polnische Ausgabe 1931, *Uciezka bez kresu*), indem er es mit dem Antikriegsroman von Georg von Vring *Soldat Suhren* (Berlin 1928) verglich. Wittlin bezeichnet das ganze bisherige Prosawerk von Roth als schonungslose Abrechnung mit dem Krieg; die Romane *Rebellion* und *Hotel Savoy* erkannte er als *Vorbereitungsskizzen zu einem synthetischen Porträt des Nachkriegsmenschen*, und in dem rezensierten Buch erblickte er eine strenge Wahrheit in der Darstellung der sozialen Fragen, *eine spartanische Einfalt* in der Präsentation der komplizierten Zusammenhänge³⁰. Diese Merkmale des Romans von Roth, so Wittlin, ließen ihn neben dem Roman *Przedwiośnie* von Stefan Żeromski erscheinen. In der Nummer 45 der *Wiadomości Literackie* aus dem Jahr 1928 stand ein anderer Roman von Roth im Zentrum der Erörterung *Zipper und sein Vater* (polnische Ausgabe 1931, *Zipper i jego ojciec*). Der Artikel mit dem Titel *Powieść Rotha o zmarnowanych żywotach* (*Der Roman von Roth über die verlorenen Leben*) bezieht sich auf den Hauptgedanken des Romans, der von Wittlin als *ein Zeugnis, das zwei Generationen ausgestellt wird, der unseren und der unserer Väter*, bezeichnet wird, als eine Geschichte über jene Menschen, die *mit zerbrochenen Seelen, mit zerstampften Charakteren, lebensuntauglich*³¹ aus dem Krieg zurückgekehrt sind.

von M. Szczubiałka, Izabelin – Warszawa 1997, S. 11. Originalfassung: *po trosze anarchistami*.

²⁸ E. Wiegandt, *Wstęp*, [in:] J. Wittlin, *Sól ziemi*, Wrocław – Warszawa – Kraków 1991, S. VIII. Originalfassung: *subtelnie ironiczna [wizja świata]*.

²⁹ J. Wittlin, „Dwie powieści wojenne”, *Wiadomości Literackie* 1928, Nr. 12, S. 2. Originalfassung: [powieść mojego] *przyjaciela młodości i towarzysza wojennego*.

³⁰ J. Wittlin, *Ibid*, *Wiadomości Literackie* 1928, Nr. 12, S. 2. Originalfassung: *szkice przygotowawcze do syntetycznego dzieła o człowieku powojennym; spartańska prostota*.

³¹ J. Wittlin, „Powieść Rotha o zmarnowanych żywotach”, *Wiadomości Literackie* 1928, Nr. 45, S. 2. Originalfassung: *świadectwo wystawione dwom pokoleniom: naszemu i naszych ojców; [powieść o tych, którzy wrócili z wojny] z połamanymi duszami, z pogruchotanymi charakterami, niezdolni do życia*.

Im Laufe der Zeit lenkte Joseph Roth seine Interessen immer mehr auf die Schicksale der Juden, die galizische Kleinstädte bewohnten, also das östliche Grenzland der Habsburgermonarchie, wobei er die jüdische Problematik um die historiosophische Perspektive bereicherte. Diesen Tendenzen verdanken die Werke: *Juden auf der Wanderschaft* (1927) und *Hiob. Roman eines einfachen Mannes* (1930; polnische Ausgabe 1931, *Hiob. Powieść o człowieku prostym*) ihr Entstehen. Józef Wittlin zählte Roth in seinem Artikel aus dem Jahr 1931 zu jener Gruppe von Europäern, deren Heimat nicht auf der Landkarte Europas liegt. Sie liegt überhaupt nicht in einem Raum, sondern in der Zeit³². Dieses charakteristische Urteil beschreibt die sich immer deutlicher manifestierenden Merkmale im Werk des Autors von *Hiob* und seine Vertiefung in die Vergangenheit und ihre Mythologie. Der bedeutendste Roman Roths, *Radetzky* (1932; polnische Ausgabe 1934, *Marsz Radetzky'ego*) platziert die Geschichte der Familie von Trotta, vertreten von drei Generationen, vor dem Hintergrund des historischen Panoramas der Habsburgermonarchie – ab der Schlacht bei Solferino im Jahr 1859 bis zum Tod Kaiser Franz Josephs I. im Jahr 1916. Der Erste Weltkrieg 1914–1918 machte der Monarchie und der alten Ordnung ein Ende; unter Roths Feder erscheint sie als das verlorene Land, das einst die Idee eines Vielvölkerstaates verwirklichte. Er schuf eine hieratische Struktur von funktionalen Beziehungen zwischen Metropole und Provinz als Hort der sozialen und staatlichen Ordnung³³. Der Schriftsteller bezeichnete die österreichisch-ungarische Monarchie als die einzige Heimat, die er jemals gehabt hatte. Darüber, wie stark er seine Verbindung mit der Vergangenheit spürte, und wie weit sie sein Weltbild prägte, sprach er im Jahr 1936 in einem Interview für die *Wiadomości Literackie*: [...] *ich bin ein ehrlicher Legitimist, ja, Royalist, der sich nach der Rückkehr*

³² J. Wittlin, „Na marginesie książek Josepha Rotha”, *Wiadomości Literackie* 1931, Nr. 23, S. 2. Originalfassung: [Wittlin zalicza Rotha do tych Europejczyków] *których ojczyzna nie leży na mapie Europy. Nie leży ona w ogóle w przestrzeni, lecz w czasie.*

³³ Vgl. S.H. Kaszyński, *Metropole und Provinz im Roman „Radetzky” von Joseph Roth*, [in:] *Metropole und Provinz in der österreichischen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts. Beiträge des 10. Österreichisch-Polnischen Germanistentreffens*, hrsg. von A. Dusini, K. Wagner, Wien 1994, S. 165–174; S.H. Kaszyński, *Die Mythisierung der Wirklichkeit im Erzählwerk von Joseph Roth*, [in:] *Identität – Mythisierung – Poetik. Beiträge zur österreichischen Literatur im 20. Jahrhundert*, Poznań 1991, S. 59–69.

der Donaumonarchie in Österreich sehnt, und zwar als der einzigen Schutzgarantie vor der Sturmflut der Hitler-Barbarei³⁴. Stefan H. Kaszyński konstatiert in diesem Zusammenhang, dank Roth gäbe es heute das Selbstbewusstsein der österreichischen Literatur³⁵.

Im Vergleich zu den anderen österreichischen Schriftstellern befand sich der Autor von *Hiob* in einer privilegierten Lage, da er seinen Sprecher hatte, der seine Person und sein Schaffen auf den Seiten von *Wiadomości Literackie* präsentierte, indem er in seinen Artikeln ab und zu auf die alte Freundschaft anspielte. Wittlin kannte die literarische Laufbahn Roths, er war doch der Übersetzer einiger seiner Romane ins Polnische, darunter: *Die Flucht ohne Ende*, *Zipper und sein Vater*, *Hiob. Roman eines einfachen Mannes* (diese drei Titel nennt er im Artikel in der Nummer 23 von den *Wiadomości Literackie* aus dem Jahr 1931). In den Besprechungen neuer Romane bezog er sich auf seine früheren Werke, verglich den Autor mit anderen Autoren, so z.B. mit Stendhal. Es muss auch betont werden, dass Joseph Roth seine Herkunft nicht vergaß; in dem hier zitierten Interview für die *Wiadomości Literackie* (1936, Nr. 11) bekräftigte er, dass er in Polen in der Ortschaft Radziwiłłów geboren worden war, also zum Teil auch Pole sei. Er besuchte Polen, interessierte sich für die polnische Literatur und das polnische Dichtermilieu (u.a. auch die Gruppe *Skamander*), für die *Frankfurter Zeitung* schrieb er Feuilletons über Polen³⁶.

Józef Wittlin gehörte zu dem Kreis jener Mitarbeiter der *Wiadomości Literackie*, die, worauf Agata Zawiszewska hinweist, das Schaffen nur eines Autors förderten. Auf ähnliche Art und Weise setzte sich Witold Hulewicz für die Popularisierung der Person und des Werks von Rainer Maria Rilke ein³⁷. Der Dichter kam im Jahr 1875 in Prag zur Welt, nach vielen Reisen, u.a. nach Russland, Frankreich, Italien, Skandinavien, Spanien und Afrika ließ er sich für längere Zeit in München nieder. Im Jahr 1919 zog

³⁴ „Legitymista Józef Roth“, *Wiadomości Literackie* 1936, Nr. 11, S. 3. Originalfassung: [...] *jestem uczciwym legitymistą, tak, rojalistą, który pragnie powrotu monarchii habsburskiej w Austrii, jako jedynej gwarancji przeciw zalewowi barbarzyństwa hitlerowskiego.*

³⁵ S.H. Kaszyński, *Joseph Roth (1894–1939)*, S. 192.

³⁶ Vgl. J. Wittlin, *[Listy] Do Ludwika Hieronima Morstina*, [in:] J. Wittlin, *Listy*, Einleitung und Bearbeitung T. Januszewski, Warszawa 1996, S. 37f.

³⁷ A. Zawiszewska, *Niemcy i literatura niemiecka na łamach Wiadomości Literackich*, S. 35.

er in das Schloss Muzot in der Schweiz und starb 1926 in Valmont. Er galt als ein elitärer, hermetischer Künstler, der in der Welt seiner eigenen Gedanken und Vorstellungen verschlossen lebte und so die dunkelsten Wege der menschlichen Existenz bewanderte und die Geheimnisse des Seins und den Lebenssinn zu ergründen trachtete, aber auch als ein in der Wirklichkeit lebender Dichter, sensibel für das Leiden, die Demütigung und das Elend des modernen Menschen³⁸. Rilke schuf an der Grenze von zweier geistiger und kultureller Epochen: der erlöschenden europäischen Moderne und der Zeit, in der (nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs) neue Ideen, Strömungen und Stile entstanden. Auf der ersten Etappe unterlag sein Schaffen noch unterschiedlichen Einflüssen, die in der literarischen Landschaft Prags ihren Ursprung hatten. Ihre originelle Gestalt gewann seine Lyrik im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, als die Bände: *Das Stunden-Buch* (1905; polnische Ausgabe 1935, *Księga godzin*) und *Neue Gedichte* (1907/1908; polnische Ausgabe erschien 1927, *Wiersze nowe*) entstanden. Zu seinen bedeutendsten dichterischen Leistungen zählten *Neue Gedichte*, die Monographie *Auguste Rodin* (1903; polnische Ausgabe 1923), das Poem *Die Weise von Liebe und Tod des Cornets Christoph Rilke* (1906; polnische Ausgabe: *Pieśń o miłości i śmierci korneta Krzysztofa Rilke*, 1916), der autobiographische Roman *Die Aufzeichnungen des Malte Laurids Brigge* (1910; polnische Ausgabe: *Malte. Pamiętniki Malte Lauridsa Brigge*) und *Duinesen Elegien* (1923; polnische Ausgabe: *Elegie duinezyjskie*, 1930)³⁹.

Der polnische Leser konnte sich bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit Rilke vertraut machen, als die ersten Übersetzungen seiner Werke ins Polnische erschienen (*Czas* 1903)⁴⁰. Bei der Verbreitung von Rilkes Dichtung und bei der

³⁸ W. Markowska, *Słowo wstępne*, [in:] R.M. Rilke, L. Andreas-Salomé, *Listy*, Übersetzung und Einleitung W. Markowska, Auswahl, Kommentare, Fußnoten A. Mińska, Warszawa 1986, S. 8.

³⁹ M. Zybura, *Rilke Rainer Maria*, [in:] *Pisarze niemieckojęzyczni XX wieku...*, S. 262; W. Markowska, *Słowo wstępne*, S. 7. Siehe auch R.M. Rilke, *Elegie duinejskie*, übers. M. Jastrun, Kraków 1962.

⁴⁰ K. Lipiński, *Ungebrochene Wirkung: Rainer Maria Rilke*, [in:] derselbe, *Interpretation – Rezeption – Translation. Aufsätze zur österreichischen Literatur im 20. Jahrhundert*, Częstochowa 1995, S. 132, 148. Der Autor beruft sich auf die Vorlesung von Anna Stroka *Rilke in Polen (bis 1945) gehalten während der Internationalen Rilke-Konferenz in Radziejowice (17–22 März 1985)*. Eins der ersten Werke, die ins Polnische übertragen wurden, war das Gedicht *Herbsttag*. Mehrmals übertragen wurden die *Duineser Elegien* (S. 132).

Festigung ihrer hohen Position unter den polnischen Lesern in der Literatur der Zwischenkriegszeit spielte der oben genannte Witold Hulewicz, der die August Rodin gewidmete Monographie Rilkes, *Das Buch der Bilder (Księga obrazów, 1927)*, *Malte-Roman* und *Stundenbuch (Księga godzin)* ins Polnische übertragen hatte, eine wichtige Rolle. Krzysztof Lipiński bemerkt dazu: *Seine Übersetzungen erreichten bei weitem nicht die künstlerische Qualität der Originale, was schon seine Zeitgenossen feststellten. Sein Verdienst lag vor allem darin, Rilke in Polen bekannt gemacht zu haben*⁴¹. In der oben angeführten Arbeit kommentiert Agata Zawiszewska die Präsenz des Dichters in der Zeitschrift *Wiadomości Literackie*, indem sie u.a. auf Hulewicz' Gespräche mit Rilke und seine Aufsätze über den literarischen Stil des Autors von *Malte* aus dem Jahr 1924 verweist. Hulewicz äußerte die Überzeugung, dass Rilke als Dichter mit deutschen Wurzeln die Einschränkungen einer eigener Nationalität überwand und dadurch zum Vertreter der kulturellen Einigkeit der Welt wurde. Er stellte die Etappen seiner künstlerischen Entwicklung zum Dichter – von den Prager Anfängen, über seine Russlandreise, die Begegnung mit Tolstoi und die damit verbundene tiefe innere Wandlung, dann die Arbeit als Sekretär bei August Rodin, seine Gedanken über den Krieg – bis zur weltabgewandten Existenz im Schloss Muzot in der Schweiz dar. Er charakterisierte auch das literarische Werk des Dichters aus seiner Reifezeit⁴². Im Jahr 1924 und in den folgenden Jahren wurden in den *Wiadomości Literackie* *Sonette an Orpheus* (1923; polnische Ausgabe: *Sonety do Orfeusza, 1961*), aber auch andere Werke des Dichters besprochen⁴³. Vom anerkannten polnischen Germanisten, Professor Zygmunt Łempicki wurde Rilke – neben Stefan Georg – als nachdrücklich

⁴¹ K. Lipiński, *Ungebrochene Wirkung: Rainer Maria Rilke*, S. 132.

⁴² W. Hulewicz, „Potężny liryk współczesnych Niemiec. Rainer Maria Rilke. Krótka charakterystyka twórczości”, *Wiadomości Literackie* 1924, Nr. 9, S. 1; W. Hulewicz, „Rozmowa z Rainerem Marią Rilke. Dwa dni u autora *Księgi obrazów*. Korespondencja własna *Wiadomości Literackich*”, *Wiadomości Literackie* 1924, Nr. 46, S. 3. Siehe A. Zawiszewska, *Niemcy i literatura niemiecka na łamach Wiadomości Literackich*, S. 57–58. Rilke wurde hier Österreicher genannt.

⁴³ „Kronika zagraniczna. Sonety do Orfeusza Rilkego”, *Wiadomości Literackie* 1924, Nr. 5, S. 3; jk, „Nowy tom poezji Rilkego”, *Wiadomości Literackie* 1924, Nr. 27, S. 2; jk, „Powiastki Rilkego”, *Wiadomości Literackie* 1925, Nr. 47, S. 3; G. Kramsztyk, „Rainer Maria Rilke”, *Wiadomości Literackie* 1927, Nr. 3, S. 2; „O elegiach duinezyjskich”, *Wiadomości Literackie* 1928, Nr. 35, S. 3. Siehe A. Zawiszewska, *Niemcy i literatura niemiecka na łamach Wiadomości Literackich*, S. 59.

origineller Autor gepriesen⁴⁴. Als Rainer Maria Rilke starb, – konstatiert Stefan H. Kaszyński – berichteten darüber nur wenige Zeitungen, bald aber sollte sich zeigen, dass *der Dichter des Jahrhunderts, der am häufigsten übersetzte Lyriker der deutschen Sprache, erlosch*⁴⁵.

Ein anderer großer Künstler aus Prag – Franz Kafka – erschien in den *Wiadomości Literackie* als Autor einer eigentümlichen Prosa. Izydor Berman betonte in seiner Besprechung des Buches *Amerika* (1913, ursprünglicher Titel *Der Verschollene*; polnische Ausgabe: *Ameryka*, 1967) die eigenartige Schlichtheit des Stils von Kafka, der jedoch bald *unbemerkt den Leser ins Netz der außergewöhnlichen Begebenheiten verwickelt – obwohl wir in der durchaus realen Welt wirklicher Menschen verkehren*⁴⁶. Artur Prędski analysierte das Buch *Das Schloss* (1926; polnische Ausgabe: *Zamek*, 1958) und verglich es mit dem Roman *Der Prozess* (1925; polnische Ausgabe: *Proces*, 1936) – dem wichtigsten Werk Kafkas. Der Artikel von Prędski trägt den bedeutungsträchtigen Titel: *Arcydzieło Franza Kafki (Das Meisterwerk von Franz Kafka)*. Der Autor hebt hier die wichtigsten Merkmale des Werkes hervor, wie z.B. seine Kulisse, in der er *eine unsichtbare Gewalt, eine unbekannte Macht* erkennt, wie *die klare, präzise Sprache* und *die geniale Einfalt*. Diese Merkmale des Werkes lassen den Rezensenten das Werk von Kafka *den neuen Faust* nennen. Das Ziel des Dichters sei *die Darstellung des Menschen, der gegen die ihn umgebende Welt ankämpft, des Menschen, dessen Sieg, auch der größte, im Grunde – sub specie aeternitatis – in eine Niederlage umschlägt*⁴⁷.

Die aus Prag kommenden Autoren repräsentierte auch der aus einer reichen jüdischen Familie stammende Franz Werfel, Dramaturg, Lyriker, Prosaiker und Essayist. Er kannte Kafka, traf sich

⁴⁴ R. Reicherówna, „U znakomitego germanisty. Wywiad z prof. Zygmuntem Lempickim”, *Wiadomości Literackie* 1926, Nr. 2, S. 1.

⁴⁵ S.H. Kaszyński, *Rainer Maria Rilke (1875–1926)*, [in:] S.H. Kaszyński, *Krótka historia literatury austriackiej*, S. 147. Originalfassung: *odszedł poeta stulecia – najczęściej tłumaczony liryk języka niemieckiego*.

⁴⁶ I. Berman, „Ameryka Kafki”, *Wiadomości Literackie* 1928, Nr. 36, S. 3. Originalfassung: [Kafka] *niepostrzeżenie wciąga czytelnika w sieć niezwykłości, w seny nastrój wyjątkowości – mimo że obracamy się w najrealniejszym świecie*.

⁴⁷ A. Prędski, „Arcydzieło Franza Kafki”, *Wiadomości Literackie* 1927, Nr. 38, S. 2. Originalfassung: [pejzażem książki jest] *niewidzialna moc, nieznaną władzą; [cechy Zamku]: jasny, czysty język, genialna prostota; [celem pisarza było] przedstawienie człowieka walczącego z otaczającym go światem, człowieka, którego każde zwycięstwo, choćby największe, zamienia się – sub specie aeternitatis – w grunocie rzeczy w klęskę*.

auch mit diesem, war jedoch, wie Stefan H. Kaszyński bemerkt, in einem größeren Maße ein österreichischer Dichter als der Autor des *Prozesses*⁴⁸. Als erklärter Pazifist und Autor psychologischer Studien wandte er sich allmählich dem Katholizismus zu. In den *Wiadomości Literackie* erschien Werfel als Autor der Biographie von Giuseppe Verdi (*Verdi, Roman der Oper*, 1930; polnische Ausgabe: *Verdi*, 1930)⁴⁹ und des Dramas *Juarez und Maximilian* (1924), das Paweł Hulka-Laskowski in einer eingehenden Analyse mit dem Drama von Fritz von Unruh über Napoleon vergleicht⁵⁰.

Aus dem Prager Dichterkreis kam auch Max Brod, Schriftsteller, Kritiker, Komponist und gleichzeitig sozialer Aktivist und *Förderer des literarischen Lebens der jüdischen Minderheit des alten Prags*, bekannt heute vor allem als Vollstrecker des Vermächtnisses von Franz Kafka⁵¹. Die *Wiadomości Literackie* brachten den Lesern seine Person als Komponisten anlässlich seines Konzerts in Prag nahe⁵² sowie als Autor des Buches *Reubeni, Fürst der Juden* (1925)⁵³.

Agata Zawiszewska macht darauf aufmerksam, dass in der Zeitschrift dem großen österreichischen Dichter Hugo von Hofmannsthal relativ wenig Platz gewidmet wurde. Umso wichtiger erscheint das im März 1926 in Wien von Ryszard Ordyński durchgeführte Interview mit dem Dichter. Das Thema des Gesprächs waren Werke des Österreicherers, wie z.B. *Jedermann* (1911), sowie seine Übersetzung aus der Feder von Iwaszkiewicz, wie auch *Das Salzburger große Welttheater* (1922), geschrieben unter dem Einfluss des russischen Bolschewismus, *der die Welt beherrschen wollte*, sowie das Werk *Der Turm*, dessen Handlung im legendären Polen spielt. Der österreichische Schriftsteller bekannte auch, dass er sich, wenn auch leider des Polnischen nicht mächtig, sehr für polnische Literatur interessierte, insbesondere für Wyspiański. Ordyński präsentierte Hofmannsthal als einen der großen Individualisten, indem er

⁴⁸ S.H. Kaszyński, *Franz Werfel (1890–1945)*, S.H. Kaszyński [in:], *Krótką historia literatury austriackiej*, S. 165.

⁴⁹ K. Stromenger, „Powieść o Verdym”, *Wiadomości Literackie* 1930, Nr. 41, S. 4.

⁵⁰ P. Hulka-Laskowski, „Dwa dramaty o cesarzach”, *Wiadomości Literackie* 1928, Nr. 36, S. 2.

⁵¹ S.H. Kaszyński, *Max Brod (1884–1968)*, [in:] S.H. Kaszyński, *Krótką historia literatury austriackiej*, S. 155. Originalfassung: [Max Brod był] *Rzeczywistym kreatorem życia literackiego mniejszości żydowskiej dawnej Pragi*.

⁵² „Notatki. Max Brod muzykiem”, *Wiadomości Literackie* 1926, Nr. 25, S. 4.

⁵³ jk., „Powieść Broda o księciu żydowskim”, *Wiadomości Literackie* 1927, Nr. 31, S. 2.

auf jene Eigenschaften hinwies, die man bei der Darstellung der Dichtercharaktere eher selten berücksichtigte – besonders seine Beziehungen zu seiner Umgebung, in welcher der Dichter fast sein ganzes Leben verbrachte. Hofmannsthal sei *ein Wiener, der die Faszination Wiens mit Leichtigkeit und Jugendlichkeit ausstrahlte, und dabei ein Weltbürger und Teilnehmer der Weltkultur blieb*⁵⁴.

Selten wurde in den *Wiadomości Literackie* noch ein anderer Vertreter der Kultur Wiens um die Jahrhundertwende und in der Zwischenkriegszeit erwähnt, und zwar Arthur Schnitzler. Seine Bücher (*Der Geist in Wort und Geist in der Tat, Spiel im Morgengrauen*) aus den 20er Jahren wurden nur in einer kurzen Buchbesprechung kommentiert⁵⁵. Zu den interessanten Werken dieses Autors gehörte unbestritten die Erzählung *Fräulein Else* (1924; polnische Ausgabe: *Panna Elsa*, 1928), in der er sich des inneren Monologs bedient, den er bereits im Jahr 1900 in seiner Novelle *Leutnant Gustl* verwendete, sowie die *Traumnovelle* (1926), ein Werk, in dem die Inspiration durch die Freud'sche Traumdeutung erkennbar ist. Das Urteil über den Wiener Dichter in der Zeitschrift *Wiadomości Literackie* berücksichtigt jedoch nicht alle seinen Errungenschaften, zu denen u.a seine Skepsis in Bezug auf die Sprache zählte, die sich in dem Bewusstsein manifestierte, dass die Sprache nicht imstande sei, wirkliche Informationen zu vermitteln, und deshalb zum Instrument der Macht werden könne⁵⁶. *Schnitzler ist kein erstrangiger Dichter, er vertritt eher eine gute zweite Klasse* – schreibt der Rezensent der Novelle *Gra o brzasku* – *aber viele polnische Autoren könnten bei ihm das Handwerk lernen*⁵⁷. Man betonte hier zwar die Bühnenerfahrung des Schriftstellers, die sich im Prosawerk zeigte, die plastische Anschaulichkeit der Figuren, die gute Werkstatt, aber die zitierte *Diagnose* blieb prägend.

⁵⁴ R. Ordyński, „Poeta współczesności – w klasycznej formie. Hugo von Hofmannsthal. Wywiad własny *Wiadomości Literackich*”, *Wiadomości Literackie* 1926, Nr. 13, S. 1. Originalfassung: [sztuka napisana pod wpływem bolszewizmu] *który chciał zapanować nad światem; Wiedeńczyk tryskający urokiem Wiednia, jego lekkością i młodością, a przy tym obywatel całego świata i uczestnik całej jego kultury*.

⁵⁵ „Nowe książki Schnitzlera”, *Wiadomości Literackie* 1927, Nr. 16, S. 2.

⁵⁶ Siehe Ch. Brecht, „Jedes Wort hat sozusagen fließende Grenzen. Arthur Schnitzler und die sprachskeptische” *Moderne, Text und Kritik* 1998, IV, S. 36–46.

⁵⁷ hr., „Dobre i złe powieści”, [rec. Arthur Schnitzler, *Gra o brzasku*, Warszawa, „Rój” 1928], *Wiadomości Literackie* 1928, Nr. 8, S. 3. Originalfassung: *Schnitzler nie jest pierwszorzędnym pisarzem, reprezentuje raczej dobrą drugą klasę, ale wielu polskich autorów mogłoby uczyć się od niego rzemiosła*.

Großer Popularität erfreute sich das Schaffen von Stefan Zweig, der in seiner Jugend mit dem Milieu der Dichtergruppe *Jung Wien* verbunden war, und der neben Rilke der am häufigsten übersetzte österreichische Schriftsteller war. Seinen Ruhm verdankt er psychoanalytischen Meisternovellen und Biographien von berühmten Persönlichkeiten⁵⁸. In den *Wiadomości Literackie* (1935, Nr. 51–52) wurde ein Fragment aus dem Buch *Maria Stuart* (1935; polnische Ausgabe: 1936) veröffentlicht, es wurden hier auch die Rezensionen der Werke Zweigs, darunter jener vom pazifistischen und antimilitaristischen Charakter, publiziert⁵⁹.

Im Jahr 1938 wurde nach dem vorzeitigen Tod von Ödön von Horváth, dem jungen Dichters ungarischer Abstammung, in der Zeitschrift ein ihm gewidmeter Artikel, geschrieben von Józef Wittlin, veröffentlicht. Im Mittelpunkt von Wittlins Interesse stand hier der Roman von Horváth, der bis dahin hauptsächlich als Autor von Theaterstücken bekannt war (*Geschichten aus dem Wienerwald*, 1931; polnische Uraufführung: 1971) – *Jugend ohne Gott* (1938; polnische Ausgabe: *Młodość bez Boga*, 1938). Wittlin betonte die Wichtigkeit des im Roman aufgegriffenen Problems, und zwar die Grausamkeit der Kinder *ohne Gott*, die den Mythos der kindlichen Seele zerstörte⁶⁰.

Die Leistungen der österreichischen Literatur waren in den *Wiadomości Literackie* nicht so stark präsent, wie die literarischen Leistungen der deutschen Autoren. Das war sicherlich auf die politische Situation und das Interesse Europas daran, was sich in Deutschland abspielte, zurückzuführen. Die deutsche Literatur in der Zeit der Weimarer Republik war durch politische Ereignisse geprägt, angefangen mit dem Ende des Wilhelminischen Deutschland bis zur Faschisierung des Landes⁶¹. Nach 1933 verkomplizierten sich die Abhängigkeiten zwischen Politik und literarischem Leben immer mehr und ließen sich nicht einfach verallgemeinern⁶². Die in den *Wiadomości Literackie* veröffentlichten Texte,

⁵⁸ S.H. Kaszyński, *Psychoanaliza – Stefan Zweig (1881–1942)*, [in:] S.H. Kaszyński, *Krótką historia literatury austriackiej*, S. 207–212.

⁵⁹ Siehe Agata Zawiszewska, „Niemcy i literatura niemiecka na łamach *Wiadomości Literackich*”, S. 67–69.

⁶⁰ J. Wittlin, „Ödön von Horváth”, *Wiadomości Literackie* 1938, Nr. 46, S. 7. Originalfassung: [dzieci] *pozbawione Boga*. Wittlin nennt den Titel der polnischen Übersetzung aus dem Jahre 1938: *Młodość bez Boga* (übers. I. Berman).

⁶¹ M. Zybura, *Literatura Republiki Weimarskiej*, S. XXVI–XXXIV.

⁶² H. Orłowski, *Literatura niemiecka w III Rzeszy oraz na emigracji 1933–1945*, [in:] *Pisarze niemieckojęzyczni XX wieku...*, S. XXXV–XLIV.

die den Deutschen gewidmet waren, spiegeln die im politischen, sozialen und kulturellen Leben dominanten Fragen wider, die zunehmende Popularität der nationalistischen Losungen, die Ideologisierung aller Bereiche des Alltags, und auch das Verhältnis Deutschlands zu Polen – eine tief in der Vergangenheit verwurzelte Abneigung, sowie auch andere Themen. Die Berücksichtigung des politischen Kontextes war eigentlich ein fester Bestandteil der Diskussionen über die deutsche Kultur; sie war doch von engagierten Künstlern geschaffen worden. Diese Künstler machten in ihrem Schaffen eine Abrechnung mit dem Wilhelminischen Deutschland (Heinrich Mann) und dem Militarismus (Erich Maria Remarque), oder zeigten die Wirklichkeit im Geiste der sog. Neuen Sachlichkeit (Erich Kästner)⁶³. Die Augen der Publizisten der *Wiadomości Literackie* waren auf Europa gerichtet, auf seine sozialen, politischen und kulturellen Probleme⁶⁴, aber man konfrontierte vor allem die Literatur zweier großer Länder – die deutsche und die französische; die Begeisterung für die deutsche Literatur wurde immer schwächer, während der Einfluss der französischen zunahm⁶⁵. Seit 1918 war Österreich keine Monarchie mehr, vielmehr ging das Land aus dem Ersten Weltkrieg als Reststaat hervor, der mit eigenen politischen und wirtschaftlichen Problemen und auch mit mangelnder Selbständigkeit und Stabilität zurechtkommen musste. Die Existenz des *Reststaates Österreich* erweckte in weiterer Folge nicht so große Aufmerksamkeit wie die großen Staaten⁶⁶. Ein beträchtlicher Teil der großen österreichischen Literatur, die in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen entstanden war, erreichte den polnischen Leser in Übersetzungen erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber auch diese Besprechungen, die in einer der wichtigsten Zeitschriften der Zwischenkriegszeit erschienen waren, auch wenn im Vergleich zu den Berichten über die französische Literatur auch spärlich, zeugen davon, dass die österreichische Literatur ihren eigenen Charakter und ihre eigenen Botschaften hatte.

⁶³ A. Zawiszewska, *Niemcy i literatura niemiecka na łamach „Wiadomości Literackich”*, S. 13–34.

⁶⁴ Vgl. E. Wróbel, *Maria Morska i „Wiadomości Literackie”*, [in:] E. Wróbel, *Dwudziestolecie znane i nieznanne. Szkice o prozie międzywojennej*, Częstochowa 2012, S. 67–101.

⁶⁵ A. Zawiszewska, *Niemcy i literatura niemiecka na łamach „Wiadomości Literackich”*, S. 38, 83.

⁶⁶ Vgl. H. Andics, *Der Staat den Keiner wollte. Österreich 1918–1938*, Wien 1962.

Zusammenfassung

Das Hauptthema des Artikels ist die Rezeption der österreichischen Literatur der Zwischenkriegszeit in den *Wiadomości Literackie*. Das war eine der populärsten Zeitschriften dieser Periode, die sich sowohl die kulturelle Bildung der Gesellschaft, als auch die Verbreitung der fremden Literatur zum Ziel setzte. Am meisten wurde zwar die französische Literatur propagiert, man schenkte aber auch viel Aufmerksamkeit den deutschsprachigen Autoren (das beweisen Forscher, die im Artikel zitiert wurden). Man unterschied damals zwischen der deutschen und der österreichischen Literatur nicht, aber es wurden viele Verfasser, die heutzutage als Vertreter der österreichischen Literatur gelten, präsentiert: Joseph Roth, Stefan Zweig, Rainer Maria Rilke, Hugo von Hofmannsthal, Arthur Schnitzler, Ödön von Horváth, Franz Werfel u.a. Die Autorin beschreibt und kommentiert die Interviews mit den Schriftstellern, die Rezensionen ihrer Bücher und andere Artikel in der Zeitschrift *Wiadomości Literackie*.

Literatur

- Andics H., *Der Staat den Keiner wollte. Österreich 1918–1938*, Wien: Verlag Herder, 1962.
- ap., „Grupa 1925. Rozmowa z Józefem Rothem. Korespondencja własna. Paryż, w maju 1926”, *Wiadomości Literackie* 1926, Nr. 20.
- Białek E., *Współczesna literatura austriacka*, [in:] *Słownik współczesnych pisarzy niemieckojęzycznych. Pokolenia powojenne*, hrsg. von. J. Joachimsthaler i M. Zybura, Warszawa: Wiedza Powszechna, 2007.
- Berman I., *Ameryka Kafki*, *Wiadomości Literackie* 1928, Nr. 36.
- Brecht Ch., „Jedes Wort hat sozusagen fließende Grenzen. Arthur Schnitzler und sprachskeptische Moderne”, *Text und Kritik* 1998, IV.
- Deutsche Literatur in Schlaglichtern*, hrsg. von B. Balzer und V. Mertens, Meyers Lexikonverlag, Mannheim – Wien – Zürich 1990.
- Fischer E., *Die österreichische Literatur*, [in:] *Hauptwerke der österreichischen Literatur. Einzeldarstellungen und Interpretationen*, hrsg. und mit einem Essay von E. Fischer, Kindler Verlag, München 1997.
- Heuschele O., *Hugo von Hofmannsthal. Bildnis des Dichters*, Stieglitz Verlag, E. Händle, Mühlacker – Irnding/Steiermark 1990.
- Hulewicz W., *Potężny liryk współczesnych Niemiec. Rainer Maria Rilke. Krótka charakterystyka twórczości*, *Wiadomości Literackie* 1924, Nr. 9.
- Hulewicz W., „Rozmowa z Rainerem Marią Rilke. Dwa dni u autora *Księgi obrazów*”. Korespondencja własna *Wiadomości Literackich*, *Wiadomości Literackie* 1924, Nr. 46.

- Hulka-Laskowski P., „Dwa dramaty o cesarzach”, *Wiadomości Literackie* 1928, Nr. 36.
- hr., „Dobre i złe powieści” [rec. A. Schnitzler, *Gra o brzasku*, Warszawa, „Rój” 1928], *Wiadomości Literackie* 1928, Nr. 8.
- Hurnikowa E., *W kręgu wiedeńskiej moderny. Z zagadnień polsko-austriackich powinowactw literacko-kulturowych*, Wydawnictwo Wyższej Szkoły Pedagogicznej w Częstochowie, Częstochowa 2000.
- jk., „Nowy tom poezji Rilkego”, *Wiadomości Literackie* 1924, Nr. 27.
- jk., „Powiastki Rilkego”, *Wiadomości Literackie* 1925, Nr. 47.
- jk., „Powieść Broda o księciu żydowskim”, *Wiadomości Literackie* 1927, Nr. 31.
- Kamińska K., *Wstęp*, [in:] H. von Hofmannsthal, *Liryka. Wiersze i dramaty*, ausgew. und übers. L. Lewin, wstęp K. Kamińska, Państwowy Instytut Wydawniczy, Warszawa 1984.
- Kaszyński S.H., *Die Mythisierung der Wirklichkeit im Erzählwerk von Joseph Roth*, [in:] S.H. Kaszyński, *Identität – Mythisierung – Poetik. Beiträge zur österreichischen Literatur im 20. Jahrhundert*, Wydawnictwo Naukowe Uniwersytetu im. A. Mickiewicza w Poznaniu, Poznań 1991.
- Kaszyński S.H., *Metropole und Provinz im Roman „Radetzky marsch“ von Joseph Roth*, [in:] *Metropole und Provinz in der österreichischen Literatur des 19. Und 20. Jahrhundert. Beiträge des 10. Österreichisch-Polnischen Germanistentreffens*, hrsg. von A. Dusini, K. Wagner, „Zirkular“, Wien 1994.
- Kaszyński S.H., *Literatura austriacka XX wieku*, [in:] *Pisarze niemiekojęzyczni XX wieku. Leksykon encyklopedyczny PWN*, bearb. von M. Zybura, Wydawnictwo Naukowe PWN, Warszawa – Wrocław 1996.
- Kaszyński S.H., *Krótką historia literatury austriackiej*, Wydawnictwo Naukowe Uniwersytetu im. A. Mickiewicza, Poznań 2012.
- Kozłowski A., Kuczyński K.A., *Polskie fale Dunaju. Polsko-austriackie powinowactwa kulturalne*, Wydawnictwo Wyższej Szkoły Pedagogicznej w Częstochowie, Częstochowa 1992.
- Kramsztyk J., „Rainer Maria Rilke”, *Wiadomości Literackie* 1927, Nr. 3.
- „Kronika zagraniczna. Sonety do Orfeusza Rilkego”, *Wiadomości Literackie* 1924, Nr. 5.
- Kuryluk E., *Wiedeńska apokalipsa. Eseje o kulturze austriackiej XX wieku*, Wydawnictwo W.A.B., Warszawa 1999.
- „Legitymista Józef Roth”, *Wiadomości Literackie* 1936, Nr. 11.
- Lipiński K., *Ungebrochene Wirkung: Rainer Maria Rilke*, [in:] Lipiński K., *Interpretation – Rezeption – Translation. Aufsätze zur österreichischen Literatur im 20. Jahrhundert*, Wydawnictwo „Educator“, Częstochowa 1995.
- Magris C., *Der habsburgische Mythos in der österreichischen Literatur*, vom Verfasser autorisierte Übersetzung von M. von Pászatory, Otto Müller Verlag, München 1988.
- Makowiecki A. Z., „*Wiadomości Literackie*”, [in:] *Słownik literatury polskiej XX wieku*, bearb. von A. Brodzka, M. Puchalska, M. Semczuk u.a., Wrocław 1992.
- Markowska, W., *Słowo wstępne*, [in:] R.M. Rilke, L. Andreas-Salomé, *Listy*, Übersetzung und Einleitung. W. Markowska, Auswahl, Kommentare, Fußnoten A. Miłska, Czytelnik 1986.
- „Notatki. Max Brod muzykiem”, *Wiadomości Literackie* 1926, Nr. 25.
- „Nowe książki Schnitzlera”, *Wiadomości Literackie* 1927, Nr. 16.

- Obrączka P., *Literatura niemiecka w czasopiśmie polskich końca XIX wieku (1887–1900)*, Wyższa Szkoła Pedagogiczna, Opole 1983.
- Obrączka P., *Literatura niemiecka w czasopiśmie polskich początku XX w. (1901–1914)*, Wyższa Szkoła Pedagogiczna, Opole 1990.
- „O elegiach duinezyjskich”, *Wiadomości Literackie* 1928, Nr. 35.
- Ordyński R., „Poeta współczesności – w klasycznej formie. Hugo von Hofmannsthal”. Wywiad własny *Wiadomości Literackich*, *Wiadomości Literackie* 1926, Nr. 13.
- Orłowski H., *Literatura niemiecka w III Rzeszy oraz na emigracji 1933–1945*, [in:] *Pisarze niemieckojęzyczni XX wieku. Leksykon encyklopedyczny PWN*, bearb. von. M. Zybura, Wydawnictwo Naukowe PWN, Warszawa – Wrocław 1996.
- Papiór J., *Rezeption österreichischer Kultur und Literatur in polnischer Publizistik (1870–1918)*, [in:] *Österreichische Literatur wie sie ist? Beiträge zur Literatur des habsburgischen Kulturraumes*, hrsg. von J. Jabłkowska, M. Kubisiak, Wydawnictwo Uniwersytetu Łódzkiego, Łódź 1995.
- Prędski A., „Arcydzieło Franza Kafki”, *Wiadomości Literackie* 1927, Nr. 38.
- Reicherówna R., „U znakomitego germanisty”. Wywiad z prof. Zygmuntem Łempickim, *Wiadomości Literackie* 1926, Nr. 2.
- Rilke R. M., *Elegie duinejskie*, übers. M. Jastrun, Wydawnictwo Literackie, Kraków 1962.
- Sierocka K., *Czasopisma literackie*, [in:] *Literatura polska 1918–1975*, Bd. 1: *Literatura polska 1918–1932*, bearb. von A. Brodzka, H. Zaworska, S. Żółkiewski, „Wiedza Powszechna”, Warszawa 1975.
- Stradecki J., „*Wiadomości Literackie*”, [in:] *Literatura polska XX wieku. Przewodnik encyklopedyczny*, bearb. von A. Hutnikiewicz und A. Lam, Bd.2, Wydawnictwo Naukowe PWN, Warszawa 2000.
- Stradecki J., *W kręgu Skamandra*, Państwowy Instytut Wydawniczy, Warszawa 1977.
- Stromenger K., „Powieść o Verdim”, *Wiadomości Literackie* 1930, Nr. 41.
- Szpakowska M., „*Wiadomości Literackie*” *prawie dla wszystkich*, Wydawnictwo W.A.B., Warszawa 2012.
- Szyrocki M., *Dzieje literatury niemieckiej*, Bd. 1–2, Państwowy Instytut Wydawniczy, Warszawa 1972.
- „*Wiadomości Literackie*” 1934–1939. *Bibliografia zawartości*, bearb. A. Czachowski, Wrocław – Warszawa – Kraków 1999.
- Wiegandt E., *Wstęp*, [in:] J. Wittlin, *Sól ziemi*, Zakład Narodowy im. Ossolińskich, Wrocław – Warszawa – Kraków 1991.
- Wittlin J., „Powieść Rotha o zmarnowanych żywotach”, *Wiadomości Literackie* 1928, Nr. 45.
- Wittlin J., „Na marginesie książek Josepha Rotha”, *Wiadomości Literackie* 1931, Nr. 23.
- Wittlin J., „Ödön von Horváth”, *Wiadomości Literackie* 1938, Nr. 46.
- Wittlin J., „Dwie powieści wojenne”, *Wiadomości Literackie* 1928, Warszawa 1996.
- Wittlin J., *Wspomnienie o Józefie Rocie*, [in:] Wittlin J., *Orfeusz w piekle XX wieku*, Wydawnictwo Literackie, Kraków 2000.
- Wróbel E., *Maria Morska i „Wiadomości Literackie”*, [in:] Wróbel E., *Dwudziestolecie znane i nieznanne. Szkice o prozie międzywojennej*, Wydawnictwo Akademii im. Jana Długosza w Częstochowie, Częstochowa 2012.
- Wyka K., *Lowy na kryteria*, Wydawnictwo „Czytelnik”, Warszawa 1965.

- Wyka K., *Młoda Polska. Z pism Kazimierza Wyki*, bearb. von H. Markiewicz i M. Wyka, Bd. 1: *Modernizm polski. Struktura i rozwój*, Wydawnictwo Literackie, Kraków 1987.
- Yurieff Z., *Józef Wittlin*, übertr. von M. Szczubiałka, „Świat Literacki”, Warszawa: Izabelin, 1997.
- Zawiszewska A., *Niemcy i literatura niemiecka na łamach „Wiadomości Literackich”*, [in:] *Zachód w oczach liberałów. Literatura niemiecka, francuska i angielska na łamach „Wiadomości Literackich” (1924–1939)*, bearb. von A. Zawiszewska, Szczecin: Wyd. Naukowe Uniwersytetu Szczecińskiego, 2006.
- Zybura M.,a *Literatura Republiki Weimarskiej*, [in:] *Pisarze niemieckojęzyczni XX wieku. Leksykon encyklopedyczny PWN*, bearb. von M. Zybura, Warszawa-Wrocław: Wydawnictwo Naukowe PWN, 1996.
- Zybura M.,b *Rainer Maria Rilke*, [in:] *Pisarze niemieckojęzyczni XX wieku. Leksykon encyklopedyczny PWN*, bearb. von M. Zybura, Warszawa-Wrocław: Wydawnictwo Naukowe PWN, 1996.
- Żółkiewski S., *Kultura literacka*, [in:] *Literatura polska 1918–1975*, Bd.1: *Literatura polska 1918–1932*, bearb. von A. Brodzka, H. Zaworska, S. Żółkiewski, Warszawa: Wiedza Powszechna”, 1975.

Agnieszka Kisztelińska-Węrzyńska*

ÖSTERREICH IN DER POLNISCHEN DIPLOMATIE IN DEN JAHREN 1965–1968 AUS DER PERSPEKTIVE DES AUSSENMINISTERIUMS DER VR POLEN

ABSTRACT: The *German problem* dominated among the priorities of the Polish diplomacy after 1960. The stalemate was broken by the visit of the Prime Minister Józef Cyrankiewicz in Vienna in September 1965. Józef Cyrankiewicz's visit in Austria highlighted new possibilities in Austrian-Polish relations. The old policy of Minister Adam Rapacki had been conceived in a difficult period and had no impact on the international environment. The article aims to characterise the conditions for developing Polish-Austrian relations in the late 60s. The article poses several questions: how far policy towards Germany stimulated relations with Austria and how Polish authorities saw the possibilities of economic cooperation with Vienna and finally how they prepared for this cooperation. The difficult economic situation in Poland required resuming cooperation with the West. The meeting in Vienna developed further bilateral relations in a very positive way. The Minister Bruno Kreisky recognized in the Polish government both a partner and a neighbour to cooperate. Cyrankiewicz's visit launched the ratification processes of many bilateral agreements which developed trade in the Eastern Europe.

KEY WORDS: Józef Cyrankiewicz, Austrian-Polish relations, bilateral agreements.

In der polnischen Nachkriegsdiplomatie kamen Perioden einer erhöhten politischen Aktivität vor, die versuchten, den Herausforderungen der Kaltkriegs rivalität gerecht zu werden. Es gab aber auch solche Momente, wo polnische diplomatische Bemühungen selbständige politische Handlungen im Rahmen des Ostblocks

* Dozentin an der Lodzer Universität, Katedra Badań Niemcoznawczych 90–131 Łódź, ul. Narutowicza 59a, akisztelinska@gmail.com.

bildeten¹. Bilaterale Beziehungen mit der Zweiten Republik Österreich, seit 1945 ununterbrochen, obwohl mit unterschiedlicher Intensität entwickelt, gaben Polen die Chance, korrekte, im politischen und wirtschaftlichen Sinne, Beziehungen mit einem demokratischen Staat zu knüpfen. Der spezifische Charakter des österreichischen Staates, der seit 1955 den Status einer neutralen Republik besaß, spornte die Führung der Volksrepublik Polen an, die Zusammenarbeit zu vertiefen. Ihre Grundlagen wurden infolge der Bemühungen in den Jahren 1945–1958 festgelegt, als die Staatlichkeit gegenseitig anerkannt wurde. Es wurden diplomatische Vertretungen gegründet und die ersten Nachkriegsverträge unterzeichnet².

Bis 1960 wurden Vertretungen im Botschaftsrang gebildet, man unterzeichnete sechs bilaterale Verträge und es wurde der erste Besuch des Außenministers Österreichs Bruno Kreisky in Polen vom 1.3 bis 3.3.1960 organisiert³. Nach dieser Zeit kam es jedoch zu einem gewissen Stillstand. Ihn hat erst der Besuch des Premierministers Józef Cyrankiewicz in Wien im September 1965 durchbrochen.

Unter den Prioritäten dominierte in der polnischen Diplomatie nach 1960 *das deutsche Problem*. Die meisten polnischen diplomatischen Maßnahmen konzentrierten sich auf die Anerkennung der polnischen Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße⁴. Es bedeutet jedoch nicht, dass die Fragen der Festigung bisheriger Kontakte mit dem Westen außer Acht gelassen wurden, vielmehr, sie wurden zu

¹ *Historia Dyplomacji Polskiej, Wstęp*, Bd. VI, Hrsg. W. Materski, W. Michowicz, Warszawa 2010, S. 5–8.

² W. Borodziej, *Die Volksrepublik Polen und Österreich 1948–1956*, [in:] *Der österreichische Staatsvertrag 1955: international Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität*, Hrsg. A. Suppan, G. Stourzh, Wien 2005, S. 417–430, A. Kisztelińska-Węgrzyńska, „Dyplomacja polska wobec Austrii w latach 1945–1958“, *Jahrgang des Lehrstuhls für Deutschlandstudien Lodzer Universität. Deutschland–Österreich–Schweiz* 2012, Bd. V, S. 179–192.

³ A. Kisztelińska-Węgrzyńska, „Wizyta Bruno Kreisky’ego w Polsce 1–3 III 1960 r. w świetle materiałów Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych“, *Polnisch-Deutscher Jahrgang* 2013, S. 50–70.

⁴ W. Jarzabek, „Władze Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej wobec problemu reparacji i odszkodowań od Republiki Federalnej Niemiec 1953–1989“, *Dzieje Najnowsze* 2005, Nr. 2, S. 85–103, W. Jarzabek, *Problem niemiecki w polskiej polityce mocarstw zachodnich i państw niezaangażowanych w czasie drugiego kryzysu berlińskiego 1958–1961 (wybrane zagadnienia)*, [in:] *Polska-Niemcy-Europa. Księga Jubileuszowa z okazji 70 rocznicy urodzin Profesora Jerzego Holzera*, Hrsg. J. Fiszer, Warszawa 2000, S. 217–218.

einem komplementären Teil des Kampfes um die Westgrenze. Jegliche Gespräche und Treffen im Kreise der Außenminister oder anderer Vertreter der Weststaaten betrachtete man als eine Sondierung hinsichtlich Anerkennungsmöglichkeiten polnischer Rechte⁵.

Eine Determinante der politischen Aufgaben für polnische Diplomatie um die Hälfte der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts war der Machtwechsel auf der höchsten Ebene in der UdSSR. Im Jahre 1964 wurde Nikita Chruschtschow entmachtet, und bald nach dem stürmischen Wechsel begab sich eine polnische Staatsdelegation zu einem Treffen mit dem neuen sowjetischen Anführer Leonid Brezhnev⁶. Das Ergebnis des Treffens im November 1964 in Moskau war u.a. die Annahme der Grundsätze der *politischen Aktivierung auf der Linie mit dem Westen*, was Moskau für das gesamte kommunistische Lager suggeriert hatte⁷. Nach Ansicht der polnischen Historiker bestand schon seit 1956 die Tendenz zu einer aktiven Außenpolitik, besonders in Bezug auf neutrale Staaten. Sie entsprang sowohl dem ökonomischen Zwang als auch einem Versuch, die Rüstungsausgaben, die von den Staaten der beiden Blocks getragen wurden, einzuschränken⁸.

Man kann also annehmen, dass der erste Nachkriegsbesuch des polnischen Premierministers Cyrankiewicz in Österreich aus der Entwicklungstendenz der Kontakte der VR Polen mit den demokratischen Staaten resultierte. Der Trend, sich neue Vorteile in den bilateralen Beziehungen mit dem Westen zu verschaffen, war verbunden mit Bemühungen um die Anerkennung der Westgrenze Polens sowie um die Promotion des Bildes unseres Landes – des Spitzenreiters unter den Staaten der „Volksdemokratien“, das um neue Lösungen im Bereich der europäischen Sicherheit kämpfte⁹.

⁵ J. Tebinka, *Uzależnienie czy suwerenność? Odwilż październikowa w dyplomacji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej 1956–1961*, Warszawa 2010, S. 158–160.

⁶ P. Madajczyk, *Dyplomacja polska w latach sześćdziesiątych*, [in:] *Historia dyplomacji polskiej...*, op. cit., S. 584–654.

⁷ Rechtsgrundsätze der künftigen Zusammenarbeit wurden im Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe niedergeschrieben, der am 8. April 1965 in Warszawa zwischen der Volksrepublik Polen und der UdSSR geschlossen und in *Polska w stosunkach międzynarodowych 1945–1989. Wybór dokumentów*, Hrsg. R. Zięba, J. Zajac, Toruń 2009, S. 88–91 publiziert wurde.

⁸ A. Skrzypek, *Dyplomatyczne dzieje PRL w latach 1956–1989*, Warszawa 2010, S. 116–117.

⁹ Die Pläne fanden keine Anwendung, obwohl sie eine universelle Lösung bildeten, die von den Teilnehmern der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als auch von manchen modernen Staaten beachtet wurde.

Der Rapacki-Plan, und dann die Gomulka-Doktrin, bildeten die Grundlage der Bemühungen, und eine Reihe der bilateralen Treffen im Jahre 1965 sind ihre Ergänzung¹⁰. Die Besuchsplanung des polnischen Premierministers Cyrankiewicz in Österreich in den Tagen vom 20. bis zum 30. September 1965 wurde während des Treffens im Kabinett des Ministers zwei Wochen davor genau festgelegt. Es wurde damals bestimmt, dass zu der offiziellen Delegation neben dem Premierminister Józef Cyrankiewicz auch die Vizeminister Marian Naszkowski und Franciszek Modrzewski als Begleitpersonen gehören werden. Als Berater kamen in die polnische Delegation Henryk Birecki, Edward Bartol, Mieczysław Łobodycz, Antoni Mrugalski und der Oberst Jan Orecki¹¹.

Das Programm des Besuches sah einen dreitägigen Aufenthalt der polnischen Delegation mit dem Premierminister Józef Cyrankiewicz an der Spitze vor. Am 20. September erreichte das Flugzeug mit polnischen Delegierten den Flughafen Wien-Schwechat. Unter den Gastgebern begrüßten die Polen der Kanzler Klaus, Vizekanzler Pittermann und Außenminister Kreisky. Auf dem Flughafen wurden Höflichkeiten ausgetauscht und kurze Begrüßungsreden improvisiert, und danach begaben sich die Gäste ins Hotel Imperial¹². Für 11.30 Uhr wurde ein Treffen mit dem Präsidenten Jonas geplant, und für 11.50 Uhr ein Treffen mit dem Kanzler Klaus, Vizekanzler Pittermann und Minister Kreisky. Am ersten Tag wurden am Nachmittag Arbeitsgespräche fortgesetzt, die polnische Seite vertraten damals der Premierminister Cyrankiewicz, Minister Naszkowski, Modrzewski, Roszak, Birecki, Łobodycz und der Dolmetscher Witold Leder. Am ersten Tag endeten die Gespräche um 18.30 Uhr. Am Abend gab der Kanzler zu Ehren der angetroffenen Gäste ein Abendessen, während dessen kurze, einige Minuten dauernde Toasts ausgebracht wurden. Am zweiten Besuchstag, dem 21. September, wurde ein Besuch in der „Spanischen Reitschule“ geplant, nach dem sich die polnische Delegation in die

Heutzutage nehmen über 100 Staaten am Programm der atomfreien Zonen teil. R. Grodzki *Polska polityka zagraniczna w XX i XXI wieku. Główne kierunki, fakty, ludzie, wydarzenia*, Warszawa 2009, S. 130–131.

¹⁰ Die Historiker haben viel Platz dem Cyrankiewicz-Besuch in Frankreich gewidmet. W. Jarząbek, „Rozmowa Charlesa de Gaulla z Władysławem Gomulką”, *Dzieje Najnowsze*, 2000, S. 4, S. 148, A. Skrzypek, op. cit., S. 117–118.

¹¹ *Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych*, D. IV Austria, Z.17, W.3, Bd. 25, *Program wizyty Prezesa Rady Ministrów PRL w Austrii w dniach 20–23 września 1965 r.*, S. 1–7 [weiter: AMSZ].

¹² AMSZ D. IV A, Z.17, W.3, Bd. 25, *Program wizyty...*, op. cit., S. 2.

Erdölraffinerie Schwechat begab. Am Nachmittag wurde im Palast des Staatspräsidenten Jonas zu Mittag gegessen und danach begab man sich ins Rathaus auf die Einladung des Bürgermeisters J. Mark und des Senats der Stadt Wien. Der Nachmittag war an diesem Tag frei. Am Abend gingen polnische Delegierte in die Oper zu der Aufführung von „Rigoletto“. Nach der Aufführung wurden in die Garderoben der vier Primadonnen Blumen mit Visitenkarten des Premierministers Cyrankiewicz gebracht. Nach der Aufführung luden die Gastgeber polnische Delegierte zu einem inoffiziellen Abendessen ins Restaurant Sacher ein. Am Mittwoch, dem 22. September, begab sich der Premierminister Cyrankiewicz mit Begleitpersonen nach Linz, wo er das Stahlkombinat VOEST besuchte. Nach dem Mittagessen fuhr die Delegation nach Mauthausen, wo an der Tafel zu Ehren der Opfer des Konzentrationslagers sowie vor dem Denkmal der polnischen Märtyrer des Konzentrationslagers Kränze niedergelegt wurden.

Am Abend dieses Tages gab der Premierminister Cyrankiewicz ein Gala-Dinner, während dessen Reden gehalten wurden. Am späten Abend fand noch in der Botschaft der VR Polen ein Empfang mit Beteiligung von etwa 400 Gästen. Der Abschluss des Besuches erfolgte am 23. September. Am Morgen erteilte die polnische Delegation während einer Pressekonferenz auf dem Flughafen Schwechat letzte Interviews¹³. Der wichtigste Tag, wenn es sich um Diskussionen und politische Beratungen handelt, war der erste Aufenthaltstag der polnischen Delegation in Wien. Archivdokumente, und insbesondere ein Gesprächsprotokoll, berichteten ausführlich über das Treffen mit dem Kanzler und Außenminister am 20. September¹⁴.

Am Anfang unterstrich der polnische Premierminister Cyrankiewicz, dass der Besuch eine gute Gelegenheit zur „Demonstrierung“ freundschaftlicher, polnisch-österreichischer Beziehungen gab. Ähnlich äußerte sich der Kanzler Klaus, der danach in einer längeren Rede drei grundsätzliche, mit der Außenpolitik Österreichs verbundene Fragenkomplexe besprach. Die erste Frage betraf Österreichs Stellung in der Welt, die zweite grundsätzliche Probleme der internationalen Politik, und die dritte – polnisch-österreichische Beziehungen.

In den ersten Sätzen seiner Rede betonte der Kanzler, dass Österreich schon seit 10 Jahren das Neutralitätsprinzip genießt und

¹³ AMSZ, D. IV A, Z.17, W.3, Bd. 25, *Program wizyty...*, op. cit., S. 7.

¹⁴ AMSZ, D. IV A, Z.17, W.3, Bd. 25, *Protokół z rozmów w Wiedniu*.

beabsichtigt, im politischen Leben den Kurs der Unabhängigkeit fortzusetzen¹⁵. Obwohl mit dem Block der Weststaaten ideologisch verbunden, beabsichtigte Österreich nicht, die Idee der Zusammenarbeit mit den Oststaaten aufzugeben. Österreich plante noch für sich selbst einen Sonderplatz in der Wirtschaft Europas durch die Schließung separater Wirtschaftsverträge, die die durch den Ausschluss aus den EG-Strukturen erfolgten Verluste kompensieren sollten, zu schaffen. Einen Sonderplatz nahmen in diesem Fall die Beziehungen mit der Sowjetunion, die mit Besorgnis Österreichs Westintegrationstendenzen beobachtete. Klaus versicherte, dass es in Österreich keine Kräfte gibt, die für einen Anschluss stimmten. Noch wichtiger, der Kanzler machte darauf aufmerksam, dass auch deutsche Politiker weder einen solchen Bedarf noch eine solche Tendenz dem österreichischen Staat gegenüber sahen. Österreich verstand seinen Platz in Europa als ein Bindeglied zwischen Osten und Westen. Was den dritten Punkt anbelangt, bewertete Minister Kreisky die polnisch-österreichischen Beziehungen als Beispiel einer Normalisierung der Beziehungen im Donaauraum. Die Beziehungen evaluierten in Richtung *einer nüchternen Freundschaft*, und Unterschiede in den politischen Systemen bildeten in der Zeit kein Problem für ihre Vertiefung. Der Minister bemerkte auch, dass die gemeinsamen Vorhaben im Donaauraum, um nur den Bau des Oder-Donau-Kanals zu nennen, die bisherigen polnisch-westdeutschen Verhältnisse verbessern könnten. Kreisky charakterisierte darüber hinaus das Problem *Südtirols*, der Beziehungen zur Schweiz und der BRD¹⁶. Bei einer Evaluierung der Beziehungen mit Polen unterstrich der Kanzler Klaus die Bedeutung bisheriger Staatsbesuche, eine sehr positive Entwicklung des Kulturaustausches, u.a. die Eröffnung des Österreichischen Lesesaals in Warschau oder gemeinsame Jubiläumsfeierlichkeiten der Jagiellonen Universität und der Wiener Universität.

Der Premierminister Cyrankiewicz berichtete über seine mit der Entwicklung der EWG verbundenen Zweifel, er fügte auch hinzu, dass das gemeinsame Bedenken des Ostblocks waren. Gleichzeitig spornte er dazu an, nach neuen Absatz- und Rohstoffmärkten im Osten Europas zu suchen und sie zu gewinnen.

¹⁵ A. Skowroński, *Austriacka polityka aktywnej neutralności*, [in:] *Z dziejów Austrii i stosunków polsko-austriackich*, Hrsg. Z. Tomkowski, Łowicz 2000, S. 143–156.

¹⁶ AMSZ D. IV A, Z.17, W.3, Bd. 25, *Protokół z rozmów w Wiedniu...*, op. cit., S. 8.

Wir sind nicht nur für die Entwicklung der Beziehungen sondern auch für konkrete, praktische Schritte, die den Beziehungen dienen sollten, wie Ausstellungen, Warenausstellungen, Handelsliberalisierung, die uns erlauben, Waren nach Österreich zu verkaufen und in Österreich Investitionsgüter zu kaufen. Ein ständiger Kontakt in Form von gemischten Ausschüssen wäre von Vorteil¹⁷.

Als ein schwieriges Problem in den gemeinsamen Beziehungen wurde die Frage der Reparationen genannt.¹⁸ Im nächsten Teil des Treffens äußerte sich der Premierminister Cyrankiewicz zum österreichischen Standpunkt bezüglich der Sicherheits- und Außenpolitikfrage. Er betonte, dass der polnische Staat an der Friedenserhaltung in Europa mit gleichzeitiger Hervorhebung der Rechte, die unser Staat betreffend Bündnisse, an denen er sich beteiligt, besitzt, und Grenzen, die wir haben und die von den Oststaaten einstimmig anerkannt wurden, reges Interesse zeigt. Der Meinung der polnischen Delegation nach blieb die Erhaltung des politischen Status quo im Interesse der europäischen Sicherheit, obwohl manche „Kreise“ es fortwährend in Frage stellten¹⁹. Während der Gespräche stellte der Premierminister Cyrankiewicz eine Frage, auf die

¹⁷ AMSZ D. IV A, Z.17, W.3, Bd. 25, *Protokół z rozmów w Wiedniu...*, op. cit., S. 4.

¹⁸ Die Reparationsfrage wurde erst im Jahre 1970 entschieden, indem der Vertrag vom 7. Oktober über die Regelung bestimmter Finanzprobleme unterzeichnet wurde. Der Vertrag betraf die Entschädigungen, die sich die polnische Seite im Zusammenhang mit der Übernahme des österreichischen Vermögens, österreichischer Rechte und Geschäfte, die aus polnischen Nationalisierungsvorschriften resultierten, zu zahlen verpflichtete. Das Dokument wurde in Wien unterzeichnet. In der Präambel wurde der Wille einer Regelung bestimmter finanziellen, juristischen sowie Vermögensfragen geäußert. Der Vertrag enthielt zehn Artikel. Im ersten waren die wesentlichsten Bedingungen des Dokuments enthalten, die eine auf Verluste österreichischer Bürger bezogene Entschädigung infolge der Vermögens-, Rechte- und Geschäftsübernahme durch die Regierung der VR Polen betrafen. Man hat angenommen, dass als Bürger Österreichs die Personen anerkannt werden, die am 27. April 1945 wie auch in der Zeit, als die im 1. Abschnitt bestimmten Vorschriften in Kraft traten, österreichische Staatsbürgerschaft besaßen oder als juristische Personen einen Standort auf dem Gebiet der Republik Österreich hatten. Im Art. 2 wurden die Bedingungen genannt, unter denen das Recht auf eine Entschädigung als nicht gültig anerkannt wird. Es waren Verluste, die als nicht gültig laut dem internationalen Recht anerkannt oder von Behörden und Institutionen des III. Reiches nach 1939 erworben wurden. Im Art. 3 wurde eine globale Entschädigung abgeschätzt, die die polnische Seite als Entschädigung für Verluste, die die österreichischen Bürger in der Höhe von 71,5 Mio. ÖS erlitten hatten, zahlen sollte. Der Betrag sollte in 12 Raten bezahlt werden.

¹⁹ AMSZ D. IV A, Z.17, W.3, Bd. 25, *Protokół z rozmów w Wiedniu...*, op. cit., S. 10.

er keine Antwort verlangte. Er spornte damit ausschließlich zum Nachdenken an:

ein deutscher Staat in zwei Staaten geteilt unabhängig davon, wie man es betrachtet – ist eine politische Tatsache und man soll sich in die Situation des polnischen Volkes und der Leitung seines politischen Lebens hineinversetzen und sich die Frage beantworten lassen (nur sich allein), ob es besser ist, an seiner Grenze einen Nachbar zu besitzen, der die Hände nach deinem Boden streckt, eventuell sogar mit friedlichen Mitteln, oder einen Staat, der die Grenze anerkennt und mit uns zusammenarbeitet²⁰.

Zum Schluss der Rede fügte der Premierminister Cyrankiewicz hinzu, dass die Vereinigung Deutschlands „mit jemandem“ erfolgen muss, also zwischen den beiden deutschen Staaten und mit Beteiligung aller Staaten, die die Verantwortung für Europas Schicksale tragen. Um guten Willen in den Beziehungen zwischen der VR Polen und der BRD zu unterstreichen, wurde die Statistik hinsichtlich des Handelsaustausches angeführt und es wurde versichert, dass der Umfang des westdeutschen Warenimports höher war, als der des britischen oder französischen. In den politischen Beziehungen dauerte jedoch ein Stillstand, der daraus resultierte, dass die polnische Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße immer noch nicht anerkannt wurde. Um den polnischen Standpunkt zu festigen, wurde betont:

Es geht nicht um eine Vorwegnahme eines Friedensvertrages im Sinne allgemeiner Beschlüsse, ein Staat jedoch, der unsere Grenzen in Frage stellt und revisionistische Kreise wieder belebt – was Unruhe in Europa schafft – ein Staat, der sich für einen Erben des Dritten Reiches hält, ist moralisch verpflichtet, politische Beziehungen mit der VR Polen, dem Land, das so viel gelitten hat, zu normalisieren, indem er unsere Grenzen anerkennt. Wir hoffen auf Verständnis für unseren Standpunkt²¹.

Der Premierminister Cyrankiewicz betonte, dass das Bündnis Polens mit der Sowjetunion die wichtigste Determinante der Außenpolitik des polnischen Staates war, was die Tatsache nicht ändert, dass zusätzliche Schritte im Suchbereich nach weiteren Bündnissen unternommen wurden.

Was die Frage nach der Entschädigung anbetrifft, da gab der Premierminister Cyrankiewicz zu, dass seit Jahren intensive

²⁰ Zitiert nach AMSZ D. IV A, Z.17, W.3, Bd. 25, *Protokół z rozmów w Wiedniu...*, op. cit., S. 8.

²¹ Zitiert nach AMSZ D. IV A, Z.17, W. 3, Bd. 25, *Protokół z rozmów w Wiedniu...*, op .cit., S. 6.

Gespräche geführt wurden, um den Betrag der Ansprüche beider Seiten abzuschätzen. Obwohl Minister Kreisky festgestellt hatte, dass er in seinem Staate auf verschiedenartige Druckversuche stößt, um das Thema abzuschließen, empfand die polnische Seite keinesfalls, dass man die Arbeiten beschleunigen sollte. Es hat zwar der Botschafter Österreichs eingegriffen, es herrschte jedoch die Meinung vor, dass man nach für beide Seiten akzeptablen Lösungen suchen sollte. Die polnische Seite, ähnlich wie österreichische Diplomaten, äußerte sich besorgt über die Situation im Fernen Osten²².

In der Aussage des Kanzlers Klaus tauchten Ähnlichkeiten der politischen Ziele Österreichs und Polens auf. Es wurde an ein Treffen mit den Führern Frankreichs (Vertreter Österreichs hatten im Jahre 1965, ähnlich wie Vertreter Polens, die Möglichkeit, sich mit dem Präsidenten de Gaulle zu treffen) angeknüpft. Es wurde auch auf die Tätigkeit polnischer Diplomatie aufmerksam gemacht, die eigene Remilitarisierungspläne Europas förderte, ohne in ihre Einzelheiten einzugehen oder sie zu evaluieren²³.

Der Verlauf der Gespräche polnischer Delegation in Wien wurde im Telegramm vom 22. September 1965 weitergeleitet. Der Premierminister Cyrankiewicz teilte darin Informationen über ein Treffen mit Klaus mit²⁴. Er kommentierte in dem Dokument den Standpunkt Österreichs bezüglich der wesentlichsten internationalen Angelegenheiten. Es wurde das Neutralitätsprinzip als die wichtigste Determinante der politischen Ziele der Donarepublik unterstrichen. Dies hat jedoch die Stellungnahme in Bezug auf die Beteiligung an den UNO-Missionen auf Zypern oder in Kongo, sowie auch die EWG-Integration nicht geändert. Im Telegramm nach Polen unterstrich Cyrankiewicz, wie wichtig es vom sowjetischen Standpunkt war, die ökonomische EWG-Integration Österreichs zu verhindern. Aus dem Gesprächsbericht ergab sich jedoch, dass österreichische Politiker direkten Beitritt zu den römischen Verträgen negierten. Sie dachten an multilaterale Vereinbarungen und Verträge mit Frankreich. Der Kanzler Klaus unterstrich, dass eine *Anschluss*-Idee schon seit langem keine Unterstützung mehr findet und keine Anwendung in der politischen Realität hat.

²² AMSZ, D. IV A, Z.17, W. 3, Bd. 21, *Szyfrogram Nr. 2313* vom 3.10.1970, S. 1.

²³ AMSZ, D. IV A, Z.17, W. 3, Bd. 25, *Protokół z rozmów w Wiedniu...*, op. cit., S. 104.

²⁴ AMSZ D. IV A, Z.17, W. 2, Bd. 25, *Szyfrogram Nr. 11587* vom 22.09.1965.

Zum Schluss wurden im Protokoll Kreiskys Erklärungen bezüglich Tirol und Deutschlandfrage zitiert, sowie eine Zusammenfassung des Treffens veröffentlicht, die der Premierminister Cyrankiewicz vorgestellt hatte. Der polnische Premierminister unterstrich:

wir sind nicht deshalb gekommen, um Österreich Schwierigkeiten zu bereiten und Anforderungen zu stellen, wir sprachen darüber, damit Österreich das für Sicherheit Europas grundlegende Problem kennenlernt. Wir verstehen den Standpunkt Österreichs und sind nicht hierher für eine Erklärung gekommen, die wir nicht brauchen. Verständnis und Wohlwollen reichen uns aus. Unsere Grenze wird nicht mit Erklärungen abgesichert, dort, wo die Erklärungen reflektiert werden, dort hat es eine Bedeutung für Stabilisierung und künftige Lösungen²⁵.

In den Archivadokumenten wiederholt sich mehrmals der Vermerk, dass die polnische Delegation mit dem Aufenthalt in Österreich zufrieden war. In den allgemeinen Bemerkungen unterstrich der Premierminister Cyrankiewicz, dass die Atmosphäre der Gespräche sehr gut war. Der Kanzler Klaus war unter dem sichtbaren Einfluss seines Besuchs in Frankreich und der Gespräche mit de Gaulle. Laut Cyrankiewicz waren die Aussagen von Klaus ausgewogener als die Aussagen von Kreisky.

Einerseits will Kreisky mit seiner Position innerpolitisches Kapital sammeln (Südtirolfrage, stärkere Akzentuierung der Entschädigungsfrage), indem er sich auf eine undichte Stelle bei den Gesprächen verlässt, andererseits stellt er uns gegenüber viel stärker als Klaus sein Wohlwollen für den Standpunkt der BRD vor²⁶.

Polnische Tageszeitungen berichteten über die Vorbereitungen des polnischen Premierministers Cyrankiewicz auf den Besuch in Wien einige Tage vor der geplanten Abreise. *Trybuna Ludu* und *Głos Robotniczy* betrachteten die Berichte über die Vorbereitungen gleichwertig mit Auskünften über bisherige polnisch-österreichische Zusammenarbeit. Es wurden gegenwärtige Staatsbesuche aufgeführt²⁷. Es wurde eine einwandfreie kulturelle Zusammenarbeit

²⁵ AMSZ D. IV A, Z.17, W. 3, Bd. 25, *Protokół z rozmów w Wiedniu...*, op. cit., S. 10.

²⁶ AMSZ D. IV A, Z.17, W. 2, Bd. 25, *Szyfrogram Nr. 11587 z 22.09.1965*, S. 3.

²⁷ Es gab nicht all zu viele Gipfeltreffen zu dieser Zeit. In den Tagen vom 1.–3.3.1960 kam Bruno Kreisky, der damalige Außenminister, nach Polen. Mit einem Gegenbesuch begab sich nach Österreich (8.–11.3.1961) Adam Rapacki, Chef des Außenministeriums. Im Jahre 1962 (2.–5.2.) war in Polen Bruno Pittermann – der Vizekanzler Österreichs zu Gast.

unterstrichen und eine Optimierung des touristischen Verkehrs angekündigt. Im Feuilleton vom 20. September 1965 wurden in *Trybuna Ludu* österreichische Presseberichte zum Besuch des polnischen Premierministers Cyrankiewicz veröffentlicht, wobei darauf hingewiesen wurde, dass sich die geplanten Besuchsziele auf die Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (daher die Reise nach Linz) konzentrierten. Die von der polnischen Seite akkreditierten Journalisten begaben sich nach Österreich schon einige Tage früher, wurden dort sehr warm empfangen und von den Gastgebern äußerst sympathisch aufgenommen. Einer der Korrespondenten – Jan Urbaniak – wies darauf hin, dass „österreichische Intelligenzkreise ein großes Wissen über die Geschichte Polens haben und Verständnis für die gegenwärtigen politischen Probleme unseres Landes demonstrieren“²⁸.

Der erste Besuchstag fand eine breite Widerspiegelung in den polnischen Tageszeitungen. Es wurden nicht nur der Inhalt der Begrüßungsreden auf dem Flughafen, sondern auch Toasts während des vom Kanzler Klaus gegebenen Gala-Dinners veröffentlicht. Viel Platz wurde der *Spanischen Reitschule*, die den Reitunterricht und das *Rossballet* schon seit der Neuzeit praktiziert hatte, gewidmet. Der Premierminister Cyrankiewicz war von den meisterhaften Leistungen tief beeindruckt und bewertete sie als eine *einzigartige Besonderheit Wiens*²⁹.

Zum Schluss des Besuches wurde eine Pressemitteilung publiziert und der Öffentlichkeit vor dem Abflug aus Wien mitgeteilt. Der polnische Premierminister Cyrankiewicz unterstrich darin das Gewicht der Neutralität Österreichs für die Friedenshandlungen in Europa. Er hat österreichische Würdenträger zu einem Gegenbesuch eingeladen und weitere Anstrengungen zur Konsolidierung der guten nachbarschaftlichen Beziehungen verkündet. Jegliche nach der Ankunft des polnischen Premierministers publizierten Pressekommentare betonten auf eine durchaus Propaganda-Weise die Teilnahme unseres Landes am Dialog für Frieden und Sicherheit.

Ziemlich oft wurde auch die Tatsache unterstrichen, dass es der erste Besuch des polnischen Amtsträgers in Österreich war und ein weiterer, wichtiger diplomatischer Besuch der polnischen Behördenvertreter im letzten Quartal. Bescheidene direkte Ergebnisse

²⁸ J. Urbaniak, „Austriacy oczekują szefa polskiego rządu”, *Trybuna Ludu*, Nr. 260, vom 19.09.1965, S. 1.

²⁹ „Wiedeńskie spotkania Prezesa Rady Ministrów J. Cyrankiewicza”, *Trybuna Ludu*, Nr. 263, vom 22.09.1965, S. 1.

des Treffens versuchte man zu kompensieren, indem man sie in die allgemeine Bilanz der Außenpolitik des Jahres 1965 mit einbezog.³⁰ Pressekommentare wurden oft mit Bildern der führenden österreichischen Politiker, die mit Sympathie die Polen begrüßten, ergänzt. Mehrmals unterstrich man ökonomische Dimension des Besuchs polnischer Amtsträger. Viel Platz widmete man dem wirtschaftlichen Austausch, der Handelsstatistik und den Möglichkeiten eines technologischen Austausches.

Wirtschaftliche Situation Polens charakterisierte sich in den sechziger Jahren durch eine Erweiterung des Angebots an Konsumgütern industriellen Ursprungs. Es tauchten auf dem Markt viele neue Erzeugnisse der Elektro-, Maschinenbauindustrie und der chemischen Industrie auf, und das Angebot der Textilindustrie verbesserte sich. Ein Teil der attraktiven Waren war für den Durchschnittsbürger unerreichbar, jedoch für Personen mit Sonderzuweisung – ja. Besonders beschwerlich war die Versorgung mit Koks, Steinkohle und Baumaterialien³¹.

Direkte Erinnerungen an den polnischen Besuch in Wien fanden ihren Widerhall im *Politischen Bericht der Botschaft der VR Polen in Wien für den Zeitraum vom 1.08.1965–31.12.1965*³². Im Lichte des Berichts war der polnische Staatsbesuch in Österreich „in jeder Hinsicht erfolgreich“. Man setzte den offiziellen Besuchsaustausch auf der Ebene der Minister und Vizeminister fort. Aus Österreich waren in Polen in dem Berichtszeitraum der Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsminister Probst und der Verteidigungsminister Prader, aus Polen der Minister Radliński, die Vizeminister Modrzewski und Tarantowicz u.a. Mit einem Gegenbesuch kam eine Delegation des polnischen Parlaments mit dem Parlamentspräsidenten Wycech an der Spitze. Im Dokument wurden eine signifikante Verbesserung gegenseitiger Beziehungen und Anerkennung der Rolle der polnischen Volksrepublik unter den kommunistischen Staaten unterstrichen. Es wurden auch *ungeklärte* Fragen angesprochen: *Entschädigungsforderungen Österreichs auf Grund der Verstaatlichung des Eigentums österreichischer Staatsbürger in Polen und der Vertrag über die Rechtshilfe in Zivilsachen*³³.

³⁰ „Polski premier w naddunajskiej stolicy“, *Głos Robotniczy*, Nr. 224, vom 21.09.1965, S. 1.

³¹ J. Kaliński, *Gospodarka w PRL*, Warszawa 2012, S. 89.

³² AMSZ, D. IV, A, Z.17, W.3, Bd. 25, *Raport polityczny Ambasady PRL w Wiedniu za okres 1 VIII 1965–31 XII 1965*, S. 17–23.

³³ Das erste nach dem Krieg, langfristige, polnisch-österreichische, bilaterale Abkommen wurde im Jahre 1963 geschlossen. Es war das Abkommen zwischen

Im Bericht vom Dezember 1965 wurde der polnisch-österreichische Handelsaustausch positiv evaluiert. Man machte auf die sich angleichenden Umsätze und regelmäßiges Anwachsen des Imports von Steinkohle, Koks und Lebensmitteln nach Österreich aufmerksam³⁴. Es wurden Handelsbeziehungen in Form von Messen und Ausstellungen, Austausch der Fachleute oder Praktiken in den Industriebetrieben genannt.

Es wurde viel Platz der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit gewidmet. Man bemerkte, dass die Zahl der kulturellen Veranstaltungen sowie die Tendenz zur ihrem systematischen und planvollen Verlauf stieg. Im Oktober 1965 wurde in Warschau ein Rahmenprojekt einer Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, Kunst, des wissenschaftlich-technischen Austausches sowie des Sports und der Touristik unterzeichnet. Unter den wichtigeren Veranstaltungen wurden *Polnische Woche* in Linz, wissenschaftliche Tagungen der Historiker, Slawisten, Neurologen, sowie auch Vorträge in dem *Polnischen Lesesaal* im Rahmen der Aktivitäten der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft genannt³⁵. Auch Auftritte der Schauspieler des Nationaltheaters und der Solisten der Nationaloper wurden aufgelistet. Unter den Kunstinitiativen wurden auch zahlreiche Kunst-, Ethnographie-, Architektur- und Geographieausstellungen erwähnt.

Einen bedeutenden Teil jedes Berichts der diplomatischen Vertretung bildeten in der Zeit der VR Polen Anmerkungen zu den Presse-Mitteilungen, die in Österreich über Polen publiziert wurden. Im Bericht aus dem Jahre 1965 finden wir auch ähnliche, ziemlich detaillierte Informationen über die Kommentare zu den Ereignissen in unserem Land. Zu Beginn dieses Abschnittes betonte man, dass die Berichte *objektiv gesagt, freundschaftlich waren*³⁶. Aus der Initiative der Botschaft der VR Polen hat die

der VR Polen und der Republik Österreich über gegenseitige Beziehungen im Bereich der Rechtshilfe in Zivilsachen als auch über Unterlagen vom 11.12.1963. Das Dokument trat erst am 20. Februar 1974 in Kraft und wurde in *Dziennik Ustaw* 1974/6/33 publiziert. Es wurde mit einem am 25. Januar 1973 unterzeichneten Protokoll ergänzt – *Protokół Dodatkowy do Umowy między PRL a Republiką Austrii o wzajemnych stosunkach w sprawach z zakresu prawa cywilnego oraz o dokumentach, podpisanej w Wiedniu dnia 1 grudnia 1963 roku.*

³⁴ AMSZ, D. IV A, Z.17, W.3, Bd. 25, *Raport polityczny Ambasady PRL...*, S. 18.

³⁵ AMSZ, D. IV A, Z.17, W.3, Bd. 25, *Raport polityczny Ambasady PRL...*, S. 18.

Im Bericht wurde die Zahl der Vorträge in den Jahren 1963–1965 mit Aufteilung in Bereiche genannt.

³⁶ Mit Zufriedenheit wurde festgestellt, dass jede Woche im Fernsehen kurze Informationen zum Thema Polen gesendet wurden. Die Berichte wurden im

österreichische Presse 10 Artikel zum Thema des Besuches des Premierministers Cyrankiewicz veröffentlicht. In Bezug auf das Medien-Interesse erwies sich *Polnische Woche* in Linz als ein viel interessanteres Ereignis als der Besuch polnischer Delegation, weil ihr, wie der Bericht mitteilt, über 50 Presseartikel gewidmet wurden³⁷.

Die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts begannen auch eine Periode der Anhebung des Außenhandelsranges Polens in den Beziehungen mit dem Westen. Unser Staat nutzte schon damals die hohe Rate des Umsatzes im Handel mit den kommunistischen Staaten und regte Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern an. Die Handelsbilanz war immer noch negativ für Polen, man versuchte jedoch, eine Politik des Umsatzausgleichs anzuwenden. Der Abschluss dieser Handelsabkommen förderte die Entwicklung des gegenseitigen Handelsumsatzes³⁸.

Die Umsätze im bilateralen Handel stiegen in den Jahren 1960–1969 um 185,6% an, bei einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 6,4%. Die Wachstumsdynamik des Imports aus Österreich war in diesem Zeitraum bedeutend höher als die des Exports, und zwar um 38%. Ihre Ursache war die Überlegenheit des Imports von Maschinen, Geräten und Halbprodukten (96% des gesamten Imports) aus Österreich, im Export nach Österreich dominierten dagegen die Halbfabrikate, Rohstoffe und Erzeugnisse der Ernährungs- und Agrarindustrie. Traditionelle, aus Österreich importierte Handelswaren waren Maschinen, Anlagen für chemische Industrie, Kompressoren, Blech, Edelstahl, Schleifstoffe, Lacke, Elektromotoren und Kabel. Polen exportierte dagegen nach Österreich hauptsächlich Steinkohle, Koks, Holz, Tabak, Petroleumprodukte, Baumaterialien und Kunstdüngemittel³⁹.

Rahmen der Tagesschau, im attraktiven Programmteil gezeigt. Darüber hinaus nannte man Pressetitel, die traditionell polenfreundlich waren: z.B. *Neues Österreich*. Unter dem unerwünschten Verhalten, definiert als *Streiche*, wurden Veröffentlichungen in der *Arbeiterzeitung*, die gewöhnlich deutsche Städtenamen für Städte in Westpolen verwendete, erwähnt.

³⁷ AMSZ, D. IV A, Z.17, W. 3, Bd. 25, *Raport polityczny Ambasady PRL...*, S. 22.

³⁸ S. Syndoman, *Polsko-austriackie stosunki dyplomatyczne i kontakty polityczne w latach 1970–1989*, [in:] *Austria i relacje polsko-austriackie w XX i XXI wieku*, Hrsg. A. Kisztelińska-Węgrzyńska und K. A. Kuczyński, Łódź 2014, S. 103–116.

³⁹ *Rocznik Statystyczny 1992*, Warszawa 1992, S. 364–373. Zum Thema des polnisch-österreichischen Handelsaustausches I. Góral, *Polsko-austriackie stosunki gospodarcze*, [in:] *Z dziejów Austrii i stosunków polsko-austriackich*, Hrsg. W. Tomkowski, Łowicz 2000, S. 177–181.

Die von Polen im Jahre 1967 erzielte GATT-Mitgliedschaft ermöglichte die Einführung in den Text des Abkommens vom 1968 einer Vorzugsklausel im Warenaustausch zwischen Österreich und Polen. Auf dieser Grundlage liberalisierte Österreich den Import von Maschinen und Anlagen, zahlreichen Chemieprodukten und manchen aus Polen stammenden, industriellen Konsumgütern. Das nächste Abkommen wurde am 17. November 1967 unterzeichnet. Es trat am 1. Januar 1968 in Kraft und blieb bis 1972 gültig⁴⁰.

Die Aktivierung der bilateralen Beziehungen betraf auch den Kulturbereich. Ihren Ausdruck sollte eine im Jahre 1967 geschlossene Vereinbarung über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit bilden⁴¹, in der eine Zusammenarbeit zwischen den Ministern für Bildung und Hochschulbildung Polens und Österreichs, den Forschungsinstituten, Polnischer Akademie der Wissenschaften und Österreichischer Akademie der Wissenschaften, zwischen den Instituten der Musikologie, den Bibliotheken und Archiven, als auch zwischen der Akademie für Bergbau und Hüttenwesen in Krakau und der Hochschule für Hüttenwesen in Leoben vorgesehen wurde⁴². Geplant wurde eine Zusammenarbeit der Bibliotheken, Austausch der Solisten und der Kunstensembles, Popularisierung der Erfolge in der Kinematographie und Verbesserung der Kontakte in der Kunstwelt. Die Vereinbarung aus dem Jahre 1967 bildete eine sehr gute juristische Grundlage für die Entwicklung der kultur-wissenschaftlichen Beziehungen in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts.

Mitte der sechziger Jahre begann das polnische Außenministerium intensive Arbeiten an der Suche nach alternativen politischen Lösungen für die Entwicklung der Außenpolitik des Staates. Bisherige Beziehungen im Rahmen des RGW oder des Dreiecks Polen-DDR-Tschechoslowakei haben beabsichtigte Wirkung nicht erzielt⁴³. Die geförderten Abrüstungspläne Rapackis oder Gomułkas

⁴⁰ Langjähriges Handelsabkommen zwischen der VR Polen und der Republik Österreich für die Zeit vom 01.01.1968 bis 31.12.1972 wurde in *Dziennik Ustaw* nicht veröffentlicht. Es gehört heutzutage zu Archivverträgen.

⁴¹ Die Vereinbarung über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Regierung der VR Polen und der Regierung Österreichs, unterzeichnet am 20. Dezember 1967, am 20. Januar 1968 in Kraft getreten, in *Dziennik Ustaw* nicht veröffentlicht, gehört zu den Archivverträgen.

⁴² E. Bryl-Warewicz, *Stosunki polsko-austriackie po II wojnie światowej*, [in:] *Wiktoria wiedeńska i stosunki polsko-austriackie w latach 1683–1983*, Hrsg. W. Śladkowski, A. A. Witusik, Lublin 1983, S. 264.

⁴³ M. Tomala, „Przyjaźń z Niemiecką Republiką Demokratyczną, ale za jaką cenę”, *Rocznik Polsko-Niemiecki* 1995, Nr. 3, S. 58–75, V. Melichar, *Sojusz i współpraca czechosłowacko-polska*, [in:] *Stosunki polsko-czechosłowackie a rewolucje*

fanden kein Interesse im internationalen Milieu und stärkten den intensiven Kampf um die Anerkennung der Westgrenze Polens gar nicht⁴⁴.

Die Beziehungen mit Staaten außerhalb des europäischen Kontinents bildeten einen geringen Teil der Aktivitäten des Außenministeriums und entsprachen der von Moskau bestimmten Richtlinie⁴⁵. Unter den nichtkommunistischen europäischen Staaten, mit denen die VR Polen Beziehungen pflegte oder intensivierte, sollte man Frankreich und neutrale Staaten nennen, unter denen Österreich einen Sonderplatz einnahm⁴⁶.

Der Besuch des polnischen Premierministers Cyrankiewicz in Österreich fiel der sog. *Übergangszeit* zu. Alte politischen Strategien, gefördert von Minister Rapacki, weckten kein Interesse in der internationalen Umgebung. Das neue Regierungsteam in Moskau konzentrierte sich in dieser Zeit auf außereuropäische Angelegenheiten: auf den wachsenden Konflikt mit China und den Krieg in Vietnam. Die Ökonomie des Mittel-Osteuropa-Raumes verlangte eine Wirtschaftspartnersuche unter den westlichen Staaten⁴⁷. In den inländischen Angelegenheiten kam es zu einigen, für weitere Schicksale wesentlichen Ereignissen, wie z.B. Veröffentlichung des Briefes 34 oder einer Botschaft der Bischöfe⁴⁸. Die polnischen Behörden reagierten mit Mühe auf die wachsende soziale Krise und suchten nach einem Schein des politischen Erfolgs. Die schwierigste Frage der Außenpolitik der VR Polen – *das deutsche Problem* – wartete immer noch auf eine Lösung. Ihre ersten Anzeichen werden schon im Jahre 1969 sichtbar.

Die Visite von Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz stellte das erste Treffen auf der Ebene der Regierungschefs dar. Der Staatsbesuch erfolgte trotz der nach wie vor ausstehenden Regelung der vermögensrechtlichen Fragen. Fortan besuchte kein österreichisches Regierungsmitglied Polen. Der Kanzlerbesuch sollte erst in den 1970er Jahren durch Kreisky selbst vollzogen werden. Die

ludowo-demokratyczne, Hrsg. W. Balcerak, Wrocław, Warszawa, Gdańsk 1980, S. 123–140.

⁴⁴ M. Tomala, *Patrząc na Niemcy. Od wrogości do porozumienia 1945–1991*, Warszawa 1997, S. 162.

⁴⁵ P. Madajczyk, op. cit., S. 600–609.

⁴⁶ Ebenda, S. 641–653.

⁴⁷ K. Bolesta-Kukułka, *Gra o władzę a gospodarka Polska 1944–1991*, Warszawa 1992, S. 102–104.

⁴⁸ J. Eisler, *Zarys dziejów politycznych Polski 1944–1989*, Warszawa 1992, S. 90–95.

österreichisch-polnischen Beziehungen, die zunächst eine Vorreiterrolle im Rahmen der österreichischen „Ostpolitik“ eingenommen hatten, waren Mitte der 1960er Jahre ins Stocken geraten. Hinzu kam seit 1966 eine Verschärfung der innenpolitischen Lage in Polen⁴⁹.

Im Jahre 1968 kam es zu den Krisen im Ostblock, hauptsächlich in Polen und in der Tschechoslowakei. Die Beurteilung der Ereignisse änderte bisherige positive oder neutrale Einstellung demokratischer Staaten zu Polen⁵⁰. Entgegen der Zusicherung des polnischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, die an die Hauptstädte der Weststaaten gerichtet wurde, kam der friedliche Charakter des sozialen Wandels an der Weichsel gar nicht in Frage. Dortige Außenministerien empfahlen Zurückhaltung in Beziehungen mit Polen bis zur Zeit der Beendigung der Unruhen. Der Übergang von der Stellung einer Oppositionspartei auf die Position der regierenden Partei zwang die SPÖ zu einer realistischeren Beurteilung des Ostblocks. Es wurde die antikommunistische Kampagne gedämpft, obwohl die Evaluierung des Wandels hinter dem „Eisernen Vorhang“, die von den österreichischen Politikern formuliert wurde, keine Änderungen und keine Verbesserung der Beziehungen ankündigte⁵¹. Bei verschiedenen Anlässen kehrte der Kanzler zur Überzeugung zurück, dass es *keine Anzeichen der Liberalisierung, besonders im Kontext der Ereignisse des Jahres 1968* gibt.

Die Ergebnisse des Treffens in Wien hatten eine positive Bedeutung für weitere bilaterale Beziehungen. Bruno Kreisky erkannte im polnischen Staate einen Vertreter für Gespräche mit dem Ostblock, einen Nachbar, mit dem Österreich positive Beziehungen in der Vergangenheit verbanden⁵². Auf dieser Grundlage begann nach 1970 eine Periode intensiver politischer Kontakte, die reich an Staatsbesuchen, Ratifizierung der bilateralen Verträge und

⁴⁹ M. Graf, P. Ruggenthaler, *Polnisch-österreichische Beziehungen im Kalten Krieg*, [in:] *Austria w polskim dyskursie publicznym po 1945 roku. Österreich im polnischen Diskurs nach 1945*, Hrsg. A. Kisztełińska-Węgrzyńska, Kraków 2016, S. 17.

⁵⁰ W. Jarząbek, „Wpływ wydarzeń 1968 roku na politykę zagraniczną PRL”, *Dzieje Najnowsze* 2008, Nr.1, S. 71–85; J. Brochocki, *Rewolta marcowa. Narodziny, życie i śmierć PRL*, Warszawa 2001; W. Borodziej, *Dyplomacja PRL w i wobec Marca*, [in:] *Marzec 1968 trzydzieści lat później*, Hrsg. M. Kula, P. Osęka, M. Zaręba, Bd. 1, Warszawa 1998, S. 87.

⁵¹ B. Kreisky, *Die Zeit in der wir leben. Betrachtungen zur internationalen Politik*, Wien 1978, S. 73–102, 107–129.

⁵² A. Kisztełińska-Węgrzyńska, „Z historii dyplomacji polsko-austriackiej w latach 70. XX w. Wizyty kanclerza Bruno Kreisky’ego w Polsce”, *Przegląd Zachodni* 2015, Nr. 1, S. 139–158.

Ausweitung des Handelsaustausches waren. Für Polen war es sehr günstig – die Folgen diplomatischer Handlungen aus den Jahren 1965–1968 brachten schon am Anfang des nächsten Jahrzehntes messbare Ergebnisse mit⁵³.

Zusammenfassung

Unter den Prioritäten dominierte in der polnischen Diplomatie nach 1960 *das deutsche Problem*. Den Stillstand hat erst der Besuch des Premierministers Józef Cyrankiewicz in Wien im September 1965 durchbrochen. Dieser Artikel zielt darauf ab, die Bedingungen für die sich entwickelnden polnisch-österreichischen Beziehungen in den späten 60er Jahren zu untersuchen. Polnische Politik Deutschland gegenüber hatte Auswirkungen auf die Beziehungen mit Österreich. Wie sahen aus der Sicht der polnischen Behörden die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Wien aus und wie bereitete man sich auf diese Zusammenarbeit vor? Die schwierige wirtschaftliche Lage Polens erforderte Änderungen in Bezug auf die Zusammenarbeit mit dem Westen. Die Treffen in Wien hatten für die weiteren bilateralen Beziehungen eine große Bedeutung. Der Minister Bruno Kreisky hatte den polnischen Staat als einen Gesprächspartner anerkannt, einen Nachbarn, mit dem Österreich positive Beziehungen in der Vergangenheit hatte. Damit begann die Zeit der intensiven politischen Kontakte im Jahre 1970: eine große Menge von Staatsbesuchen, Ratifizierung der bilateralen Abkommen und mehr Handel.

Literatur

Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych, D. IV A, Z.17, W. 3, Bd. 25, *Program wizyty Prezesa Rady Ministrów PRL w Austrii w dniach 20–23 września 1965r.*
Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych, D. IV A, Z.17, W. 2, Bd. 25, *Szyfrogram* Nr. 11587 z 22.09.1965.

⁵³ Die siebziger Jahre bildeten die wichtigste Etappe in den polnisch-österreichischen Beziehungen. Beide Staaten profitierten von der Ära der Entspannung und des Erben der Konferenz für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Es stieg in der Zeit die Häufigkeit der Besuche auf der Regierungs-, Ministerial- und Parlamentsebene an. Es wurden damals die meisten Abkommen und Handelsverträge in der gesamten Periode zwischen 1955–1989 geschlossen – 21 Dokumente.

- Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych*, D. IV A, Z.17, W. 3, Bd. 25, *Protokół z rozmów w Wiedniu*.
- Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych*, D. IV, A, Z.17, W. 3, Bd. 25, *Raport polityczny Ambasady PRL w Wiedniu za okres 1 VIII 1965 – 31 XII 1965*.
- Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych*, D. IV A, Z.17, W. 3, Bd. 21, *Szyfrogram Nr. 2313 vom 3.10.1970*.
- Bolesta-Kukułka K., *Gra o władzę a gospodarka Polska 1944–1991*, Warszawa: Państwowe Wydawnictwo Ekonomiczne, 1992.
- Borodziej W., *Dyplomacja PRL w i wobec Marcy*, [in:] *Marzec 1968 trzydzieści lat później*, Hrsg. M. Kula, P. Oseka, M. Zaręba, Bd. 1, Warszawa: Państwowe Wydawnictwo Naukowe, 1998, S. 80–87.
- , *Die Volksrepublik Polen Und Österreich 1948–1956*, [in:] *Der österreichische Staatsvertrag 1955: international Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität*, Hrsg. A. Suppan, G. Stourzh, Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2005, S. 417–430.
- Brochocki J., *Rewolta marcowa. Narodziny, życie i śmierć PRL*, Warszawa: Wydawnictwo Placówka, 2001.
- Bryl-Warewicz E., *Stosunki polsko-austriackie po II wojnie światowej*, [in:] *Wiktoria wiedeńska i stosunki polsko-austriackie w latach 1683–1983*, Hrsg. W. Śladkowski, A. A. Witusik, Lublin: Prasowa Zagraniczna Agencja Interpress, 1983, S. 248–264.
- Dziennik Ustaw 1974/6/33, Protokół Dodatkowy do Umowy między PRL a Republiką Austrii o wzajemnych stosunkach w sprawach z zakresu prawa cywilnego oraz o dokumentach, podpisanej w Wiedniu dnia 11 grudnia 1963 roku, wydany w Monitorze Polskim*.
- Eisler J., *Zarys dziejów politycznych Polski 1944–1989*, Warszawa: Polska Oficyna Wydawnicza BGW, 1992.
- Góral I., *Polsko-austriackie stosunki gospodarcze*, [in:] *Z dziejów Austrii i stosunków polsko-austriackich*, Hrsg. W. Tomkowski, Łowicz: Mazowiecka Wyższa Szkoła Humanistyczno-Pedagogiczna, 2000, S. 177–181.
- Graf M, Ruggenthaler P., *Polnisch-österreichische Beziehungen im Kalten Krieg*, [in:] *Austria w polskim dyskursie publicznym po 1945 roku. Österreich im polnischen Diskurs nach 1945*, Hrsg. A. Kisztełińska-Węgrzyńska, Universitas Kraków 2016.
- Grodzki R., *Polska polityka zagraniczna w XX i XXI wieku. Główne kierunki, fakty, ludzie, wydarzenia*, Warszawa: Wydawnictwo Replika, 2009.
- Historia Dyplomacji Polskiej, Wstęp.*, Bd. VI, Hrsg. W. Materski, W. Michowicz, Warszawa: Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, 2010, S. 5–25.
- Jarząbek W., *Problem niemiecki w polskiej polityce mocarstw zachodnich i państw niezaangażowanych w czasie drugiego kryzysu berlińskiego 1958–1961 (wybrane zagadnienia)*, [in:] *Polska-Niemcy-Europa. Księga Jubileuszowa z okazji 70 rocznicy urodzin Profesora Jerzego Holzera*, Hrsg. J. Fiszer, Warszawa: Instytut Studiów Politycznych PAN, 2000, S. 217–218, a.
- , „Rozmowa Charlesa de Gaulla z Władysławem Gomułką”, *Dzieje Najnowsze*, 2000, S. 4, S. 148–159, b.
- , „Władze Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej wobec problemu reparacji i odszkodowań od Republiki Federalnej Niemiec 1953–1989”, *Dzieje Najnowsze* 2005, Nr. 2, S. 85–103.

- , „Wpływ wydarzeń 1968 roku na politykę zagraniczną PRL”, *Dzieje Najnowsze* 2008, Nr. 1, S. 71–85.
- Kaliński J., *Gospodarka w PRL*, Warszawa: Instytut Pamięci Narodowej, 2012.
- Kisztelińska-Węgrzyńska A., „Dyplomacja polska wobec Austrii w latach 1945–1958”, *Jahrgang des Lehrstuhls für Deutschlandstudien Lodzer Universität. Deutschland–Österreich–Schweiz* 2012, Bd. V, S. 179–192.
- , „Wizyta Bruno Kreisky’ego w Polsce 1–3 III 1960 r. w świetle materiałów Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych”, *Polnisch-Deutscher Jahrgang* 2013, S. 50–70.
- , „Z historii dyplomacji polsko-austriackiej w latach 70.XX w. Wizyty kanclerza Bruno Kreisky’ego w Polsce”, *Przegląd Zachodni* 2015, Nr. 1, S. 139–158.
- Kreisky B., *Die Zeit, in der wir leben. Betrachtungen zur internationalen Politik*, Wien: Molden, 1978.
- Madajczyk P., *Dyplomacja polska w latach sześćdziesiątych*, [in:] *Historia dyplomacji polskiej*, Bd. VI, 1944/1945–1989, Hrsg. W. Materski, W. Michowicz, Warszawa: Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, 2010, S. 584–654.
- Melichar V., *Sojusz i współpraca czechosłowacko-polska*, [in:] *Stosunki polsko-czechosłowackie a rewolucje ludowo-demokratyczne*, Hrsg. W. Balcerek, Wrocław: Wydawnictwo Ossolineum, 1980, S. 123–140.
- Polska w stosunkach międzynarodowych 1945–1989. Wybór dokumentów*, Hrsg. R. Zięba, J. Zając, Toruń: Wydawnictwo Adam Marszałek, 2009.
- „Polski premier w naddunajskiej stolicy”, *Głos Robotniczy*, Nr. 224, vom 21.09.1965, S. 1.
- Rocznik Statystyczny 1992*, Warszawa: Wydawnictwo Głównego Urzędu Statystycznego, 1992.
- Skowroński A., *Austriacka polityka aktywnej neutralności*, [in:] *Z dziejów Austrii i stosunków polsko-austriackich*, Hrsg. Z. Tomkowski, Łowicz: Mazowiecka Wyższa Szkoła Humanistyczno-Pedagogiczna, 2000, S. 143–156.
- Skrzypek A., *Dyplomatyczne dzieje PRL w latach 1956–1989*, Warszawa: Wydawnictwo Aspra, 2010.
- Syndoman S., *Polsko-austriackie stosunki dyplomatyczne i kontakty polityczne w latach 1970–1989*, [in:] *Austria i relacje polsko-austriackie w XX i XXI wieku*, Hrsg. A. Kisztelińska-Węgrzyńska und K. A. Kuczyński, Łódź: Wydawnictwo Uniwersytetu Łódzkiego, 2014, S. 103–116.
- Tebinka J., *Uzależnienie czy suwerenność? Odwilż październikowa w dyplomacji Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej 1956–1961*, Warszawa: Wydawnictwo Neriton, 2010.
- Tomala M., „Przyjaźń z Niemiecką Republiką Demokratyczną, ale za jaką cenę”, *Rocznik Polsko-Niemiecki* 1995, Nr. 3, S. 58–75.
- , *Patrząc na Niemcy. Od wrogości do porozumienia 1945–1991*, Warszawa: Polska Fundacja Spraw Międzynarodowych, 1997.
- Urbaniak J., „Austriacy oczekują szefa polskiego rządu”, *Trybuna Ludu*, Nr. 260, vom 19.09.1965, S. 1.
- „Wiedeńskie spotkania Prezesa Rady Ministrów J. Cyrankiewicza”, *Trybuna Ludu*, Nr. 263, vom 22.09.1965, S. 1, 3.

Michał Tomczyk*

**DIE STELLUNG ÖSTERREICHS UND DER SCHWEIZ ZUR
SCHAFFUNG
DES EUROPÄISCHEN BINNENMARKTES
EINE VERGLEICHENDE ANALYSE**

ABSTRACT: This article examines, in a comparative perspective, the integration policy of the two, in many respects, very similar, neutral states, with particular emphasis on the period after the signing of the Single European Act. Despite the converging political and economic objectives, the decisions of both countries were determined by different economic and political conditions. For Austria, the integration processes were perceived as an important step, towards reconstruction of the economy, the abolition of trade barriers with the most important economic partner. In political terms integration – enhanced Austria’s position within European Community. Unlike the Austrian Government, the authorities in Bern have acted under much more polarized conditions. Neutrality played still very important role in its international policies and the social fears connected mostly to the loss of political and economic independence were vivid. The Swiss authorities were thus forced to choose the bilateral path, which was not preferred by EU countries, but more socially acceptable, and therefore easier to implement.

KEY WORDS: European Community, Austria, Switzerland, integration.

Zwischen Österreich und der Schweiz gibt es viele Gemeinsamkeiten. Beide Länder waren sowohl Mitglieder, als auch Gründer der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA). Ihre Außenpolitik war stark durch das Neutralitätsprinzip geprägt, obwohl dessen Grundlagen unterschiedlich waren. Beide Länder werden von einer ähnlichen Zahl der Einwohner und einer

* Dozent an der Universität Luzern, Universität Luzern, Frohburgstrasse 3, 6005 Luzern, E-Mail: michal.tomczyk@bluewin.ch.

relativ geringen Fläche gekennzeichnet¹. Wirtschaftlich sind sie auch von der Zusammenarbeit mit der EWG abhängig². Sowohl Österreich als auch die Schweiz haben eine Konjunkturabschwächung in den 80er Jahren miterlebt, was eins der wichtigsten Argumente für den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft war³. Das Neutralitätsprinzip spielte in der öffentlichen Debatte immer eine wichtige Rolle, obwohl, wie die Praxis zeigte, die Bedeutung dieses Arguments im Falle der beiden Länder ein bisschen anders war. Trotz der oben genannten Ähnlichkeiten war und ist stets die Form der Integration mit der EU unterschiedlich. Österreich ist seit 1995 Mitglied der EU, während die Schweiz nur bilaterale Verträge bevorzugt. Alles deutet darauf hin, dass in naher Zukunft keine großen Veränderungen in dieser Hinsicht zu erwarten sind.

Man sollte deshalb der Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern mit der EG ein bisschen mehr Beachtung schenken, um festzustellen, welche Faktoren für den Weg zur europäischen Integration entscheidend waren. Warum haben sich solch ähnliche Länder für eine unterschiedliche Form der Zusammenarbeit mit der EU entschieden? Um diese Frage beantworten zu können, sollte man die äußeren und inneren Bedingungen analysieren. Dieser Artikel ist ein Versuch, die politische und soziale Situation in Österreich und in der Schweiz, unter Berücksichtigung der in den späten 80er und 90er Jahren bestehenden spezifischen geopolitischen Verhältnisse, in einer vergleichenden Perspektive zu schildern. Die Analyse umfasst insbesondere den Zeitraum seit Mitte der 80er Jahre, das heißt, seit der Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte, die die Grundlage für die Errichtung des Gemeinsamen Marktes bildet. Dies sei ein äußerst wichtiger Schritt in der Entwicklung der EG, zugleich auch einer der wichtigsten Gründe für die aktiven Integrationsbemühungen der beiden neutralen Länder.

¹ Österreich hat ca. 8,5 Mio. Einwohner, die auf einer Fläche von 83,878.99 km² leben, während die Schweiz ca. 8 Mio. Menschen auf einer Fläche von 41,285 km².

² Im Jahr 1983 ging 53,7% der österreichischen Exporte in die EG-Länder, und nur 11% in die EFTA-Staaten, im Jahr 1989, entsprechend 63,9% und 10,6%.

³ In den späten 80er Jahren beschleunigte etwas die österreichische Wirtschaft. Dies hatte aber eine geringe Auswirkung auf die endgültige Entscheidung über den Beitritt zur EWG. See P. Luif, *The evolution of EC-EFTA Relations and Austria's Integration Policy*, [in:] *The European Neutrals in the 1900s. New Challenges and Opportunities*, bearb. von H. Neuhold, Boulder 1992, S. 55–89.

Österreich im europäischen Integrationsprozess

Die Schaffung des Gemeinsamen Marktes bildet einen Wendepunkt in den Beziehungen zwischen Österreich und der EG. Die große Koalition SPÖ und ÖVP traf die Entscheidung, die ersten Schritte zu einer quasi (unvollständigen) Mitgliedschaft, und dann zu der vollen Vollmitgliedschaft in der Gemeinschaft einzuleiten⁴. Diese erste Form der Integration sollte die Kombination von einseitigen, multilateralen und bilateralen Formen der Zusammenarbeit sein, auf derer Grundlage die allmähliche Anpassung an die geltenden Vorschriften im gesamten Gemeinsamen Markt geschafft wird. Von besonderer Bedeutung für die österreichische Regierung war der Agrarmarkt, der die protektionistische Politik der Europäischen Gemeinschaft damals stark spürte. Darüber hinaus war es für die Regierenden klar, dass die nötigen wirtschaftlichen Reformen nur durch eine enge Zusammenarbeit mit der EG möglich sind. Mitte der 80er Jahre war vor allem die Industrie mit vielen Problemen konfrontiert, da die Mehrheit der Staatsunternehmen seit vielen Jahren unrentabel war⁵. Die Regierung hoffte, dass der Beitritt zum Gemeinsamen Markt die Modernisierung und Liberalisierungsprozesse erleichtert. Außerdem hoffte sie auch auf vollen Zugriff auf Forschungs- und Entwicklungsprogramme der EWR⁶.

Nicht ohne Bedeutung war die Identitätskrise in Österreich, die durch eine Reihe von Skandalen und Affären (Wein-Skandal, Reder-Skandal, Noricum-Skandal, Lucon-Affäre, Waldheim-Affäre) verursacht wurde. Sie haben eine natürliche Zugehörigkeit des Landes zur Europäischen Gemeinschaft beeinträchtigt und eine internationale Debatte über die Nazi-Vergangenheit in Österreich und ihre aktuellen Folgen ausgelöst. Die Europäische Integration wäre daher ein Versuch, sie zu überwinden⁷.

⁴ See H. Kremer, „Wende in der österreichischen Außenpolitik? Zur Außenpolitik der SPÖ-ÖVP-Koalition“, Österreichische Zeitschrift für politische Wissenschaft, 1988 (2), S. 117–131.

⁵ P. Luif, *On the Road to Brussels: The Political Dimension of Austria's, Finland's and Sweden's Accession to the European Union*, Wien 1995, S. 122.

⁶ *Außenpolitischer Bericht 1987*, MANZsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 1988, S. 121–125.

⁷ Einige österreichische Winzer hatten Weine entgegen den weingesetzlichen Bestimmungen mit Diethylenglykol versetzt. Sie waren teilweise wiederum von deutschen Weingroßabfüllern mit anderen Weinen gemischt und vermarktet worden. Das führte unmittelbar zu einem Vertrauensverlust seitens der Verbraucher, einem starken Rückgang des Absatzmarktes für österreichische Weine,

Die ersten Symptome einer neuen Strategie der Europäischen Gemeinschaft gegenüber wurden in dem *Außenpolitischen Bericht* von 1986 aufgenommen⁸. Allerdings waren erst in dem nachfolgenden Dokument, das ein Jahr später veröffentlicht wurde, die detaillierteren Informationen bezüglich der Europapolitik der Regierung zu finden⁹. Die klaren Deklarationen über den Beitritt zum Gemeinsamen Markt waren sowohl in den Regierungsberichten als auch in den Koalitionsverträgen von 1987 (SPÖ und ÖVP) einbezogen. Es wurde erwartet, dass die Umsetzung dieses Ziels nur durch eine von den zwei Optionen möglich war: entweder der sog. autonome Nachvollzug, d.h. die einseitige Annahme von „acquis communautaire“, um die potenziellen rechtlichen Hindernisse zu vermeiden¹⁰ (dies sollte durch den Abschluss der bilateralen

beschädigte ihren Ruf weltweit und hatte neben jahrelangen juristischen Auseinandersetzungen mittel- und langfristige Auswirkungen auf die österreichische Weinwirtschaft. Walter Reder war ein österreichischer SS-Sturmbannführer im Dritten Reich, der nach dem Zweiten Weltkrieg als Kriegsverbrecher verurteilt wurde. Nach seiner Entlassung 1985 wurde er durch den damals amtierenden FPÖ-Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager mit einem Handschlag in Empfang genommen, was einen Skandal auslöste. Oftmals wird behauptet, dass es gerade mit der Diskussion um den „Reder-Skandal“ zum ersten Mal zu einer breiteren Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit vieler Österreicher kam. Der Noricum-Skandal, bzw. die Noricum-Affäre, ist der Sammelbegriff für illegale, später von der Justiz und einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss untersuchte Waffenlieferungen des Österreichischen VOEST-Tochterunternehmens Noricum Anfang der 1980er Jahre. Die *Lucona* war ein Massengutfrachter, der im Zuge versuchten Versicherungsbetrugs durch eine Explosion am 23. Januar 1977 im Indischen Ozean versenkt wurde. Im Rahmen der darauf folgenden Untersuchung weitete sich die Begebenheit zum größten politischen Skandal Österreichs in der Zweiten Republik aus, in dem mehrere Spitzenpolitiker verstrickt waren und der das Land von 1977 bis 1992 bewegte. Kurt Waldheim war ein österreichischer Diplomat und parteiloser Politiker, von 1968 bis 1970 Außenminister, von 1972 bis 1981 Generalsekretär der Vereinten Nationen und von 1986 bis 1992 Bundespräsident Österreichs. Die Waldheim-Affäre oder Waldheim-Debatte war eine internationale Debatte um die vermutete Beteiligung Kurt Waldheims an Kriegsverbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus.

⁸ *Außenpolitischer Bericht 1985*, op. cit.

⁹ Bericht von 1987 löste eine intensive parlamentarische Debatte über die Zukunft der europäischen Politik aus. Mehr zu diesem Thema siehe T. Schwendimann, *Herausforderung Europa. Integrationspolitische Debatten in Österreich und in der Schweiz 1985–1989*, Bern 1993, S. 122–124.

¹⁰ Das ist ein Beispiel für direkte Europäisierung – ein wichtiger Faktor, der die Entscheidungsprozesse beeinflussen kann. Mehr zu diesem Thema, siehe A. Fischer, *Die Auswirkungen der Internationalisierung und Europäisierung auf Schweizer Entscheidungsprozesse*, Zürich 2005.

Abkommen zwischen Österreich und der Europäischen Gemeinschaft, als auch auf der institutionellen Ebene, d.h. zwischen den EFTA-Staaten und der Gemeinschaft ergänzt werden)¹¹, oder – die zweite Option – die volle Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft¹².

Angesichts der komplizierten internen Bedingungen bergen beide Möglichkeiten viele Probleme in sich. Die österreichische Regierung musste die Stellung des Sozialpartners berücksichtigen, denn er hatte einen gravierenden Einfluss auf die Entscheidungsprozesse. Wie in der Schweiz sollte man zu dieser Gruppe vor allem Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zählen (Österreichischer Arbeiterkammertag, Österreichischer Gewerkschaftsbund, *Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer*), die über große, finanzielle und personelle Ressourcen verfügen. Bemerkenswert ist es deshalb, dass die Entscheidungsträger ihre Entscheidungen immer auf zwei Ebenen treffen müssen (*Two Level Games* von Puntnam), d.h. unter Berücksichtigung der Staatsinteressen und der innenpolitischen Bedingungen (einschließlich ihrer eigenen politischen Zukunft). Die Stellung des Sozialpartners war deshalb für die österreichische Regierung von entscheidender Bedeutung. Darum kamen die Regierenden zu dem Schluss, ihre klare Position gegenüber der EG nicht offenzulegen, bis alle Sozialpartner eine gemeinsame Haltung zur Integration vereinbaren und bereit werden, zusammen mit der Regierung in dieser Hinsicht zu kooperieren.

Die Option einer vollständigen Integration Österreichs mit dem Gemeinsamen Markt schien für die Regierenden besser zu sein, vor allem wegen der notwendigen Durchführung der Deregulierung und Liberalisierung der Wirtschaft bei dieser Gelegenheit, die als die wichtigsten Ziele für Kanzler Vranitzky gelten¹³. Zwei Probleme waren hier aber von zentraler Bedeutung.

¹¹ Dieses Dokument bestätigt den Wunsch nach Stärkung und Erweiterung der Zusammenarbeit, um einen *dynamischen europäischen Wirtschaftsraum* zu schaffen, siehe dazu F. Laursen, „The Community’s Policy Towards EFTA: Regime Formation in the European Economic Space (EES)“, *Journal of Common Market Studies* 28(4), S. 303–325.

¹² Siehe C. Schaller, *Die innenpolitische EG-Diskussion seit den 80er Jahren*, [in:] A. Pelinka, *EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich*, Wien 1994, S. 60–71.

¹³ Siehe A. Pelinka, *Europäische Integration und politische Kultur*, [in:] A. Pelinka, C. Schaller, P. Luif, *Ausweg EG? Innenpolitische Motive einer außenpolitischen Umorientierung*, Wien 1994, S. 17.

Das erste war Mangel an Übereinstimmung in den Integrationsfragen innerhalb der Regierungskoalition. Während die ÖVP sich eindeutig für Vollmitgliedschaft in der Gemeinschaft entschied, fehlte es dazu in der SPÖ an der Einstimmigkeit¹⁴. Daher selbst bis Ende 1988 hat sich die Regierung offiziell bezüglich der Perspektiven der Europäischen Integration nicht ausdrücklich erklärt, auch wenn die Äußerungen der Vertreter beider politischer Lager auf solche Entscheidung hindeuten. Vor allem diese von Kanzler Vranitzky, der jedoch aufgrund der mangelnden Unterstützung innerhalb der Parteibasis lange damit zögerte, seine Ansichten zu offenbaren, als auch die von Alois Mock formuliert, der damals für die österreichische Diplomatie verantwortlich war¹⁵.

Das zweite Problem war der Widerwille der Wirtschaftskreise gegen die Perspektive einer vollen Integration mit der Europäischen Gemeinschaft. Vor allem seitens des Agrarsektors war eine große Besorgnis zu spüren, der die negativen Auswirkungen auf den Binnenmarkt befürchtete, und auch seitens der Gewerkschaften, die um die Arbeitsplätze besorgt waren.

Daher hat die Regierung zunächst nur die Möglichkeit einer Teileingliederung Österreichs in den Gemeinsamen Markt erwogen, denn nur eine solche Option war für den Sozialpartner akzeptabel.

Die endgültige Entscheidung bezüglich der bevorzugten Integrationsoption wurde auch von wichtigen geopolitischen Faktoren bedingt. Es sollte daran erinnert werden, dass die Entscheidung für die Neutralität Österreichs ganz andere Voraussetzungen hatte, als die der Schweiz. Sie war vor allem durch die geopolitische Konstellation geprägt, d.h. eine Folge des Machtgleichgewichts zwischen dem Ost- und Westblock nach dem Zweiten Weltkrieg¹⁶. Die Zustimmung der Sowjetunion zur Unabhängigkeit von Österreich war erst durch die Gewährleistung der Neutralität dieses Staates möglich, die durch den Staatsvertrag von 1955 bestätigt wurde. Demzufolge war die internationale Aktivität Österreichs

¹⁴ U.a. aufgrund der negativen Einstellung der sozialistischen Jugendorganisation.

¹⁵ Der Bundeskanzler Vranitzky sprach sich zum ersten Mal öffentlich für eine vollständige Integration mit EG in einem Vortrag für die österreichische Industrie im Oktober 1988 aus. Alois Mock ergab seine Position während der Parlamentsdebatte, die im Mai desselben Jahres stattfand.

¹⁶ Siehe mehr D. Popławski, *Austriacka polityka neutralności 1955–1995*, Warszawa 1995.

stark begrenzt, und die österreichische Außenpolitik von der Einstellung der Sowjetunion entscheidend beeinflusst. Daher war die Wiener Diplomatie für viele Jahre nur zu sog. guten Diensten beschränkt (übrigens, Wien stand in dieser Hinsicht im Wettbewerb mit Genf).

Aus diesem Grund äußerte sich die österreichische Regierung in den Integrationsfragen mit Zurückhaltung, umso mehr, dass Moskau die EWG als politische Organisation betrachtete und sich mehrmals gegen den eventuellen Beitritt Österreichs aussprach¹⁷. Erst der Wechsel der politischen Führung im Kreml und die Ernennung Michail Gorbatschows zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees markierte einen Wendepunkt in der Politik der österreichischen Regierung¹⁸.

Ebenso wichtig war die Stellung der Europäischen Gemeinschaft zur künftigen Form der Zusammenarbeit mit Österreich. Die sog. „a la carte“-Zusammenarbeit, die praktisch eine unvollständige Mitgliedschaft bedeutete, wurde teilweise durch die Gemeinschaft als eine günstige Option empfunden, denn der Prozess der Entscheidungsfindung innerhalb der damals Zwölf Mitgliedstaaten war schon ziemlich kompliziert. Die bevorstehende Erweiterung wäre eine zusätzliche Belastung, was man in Anbetracht der Gründung des Europäischen Binnenmarktes, hinauschieben wollte¹⁹. Die potenzielle Verzögerung bei der Aufnahme Österreichs in die EG könnte außerdem auf andere Beitrittskandidaten demütigend wirken, vor allem auf die anderen EFTA-Länder, und langfristig auch auf die Länder aus Mittel- und Osteuropa.

Das war der Grund dafür, dass die Europäische Kommission einen Vorschlag als Zwischenlösung verabschiedet hat, der sowohl der österreichischen als auch der Schweizer Regierung unterbreitet wurde. Jacques Delors (ehemaliger Chef der EK) schlug nämlich die Gründung der breiteren Rahmen der Zusammenarbeit durch die Aufnahme der beiden Länder in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) vor. Damit hoffte er ein lebhaftes Echo in Wien und

¹⁷ Eduard Schewardnadse beschrieb die EG als politische Organisation, gleichwohl aber mit vielen militärischen Aspekten.

¹⁸ P. Luif argumentiert, dass die Sowjetstrategie zum Teil von der Annahme ausging, dass die Mitgliedschaft des neutralen Staates den Vorgang der Integration in Westeuropa verzögern kann.

¹⁹ Siehe Aussage des ehemaligen Europäischen Kommissars für Außenbeziehungen – Willy de Clercq, während der EFTA-EC Gipfelkonferenz in Interlaken (Schweiz) im Mai 1987.

Bern zu finden, denn den beiden Ländern wurde ein freier Zugang zum Gemeinsamen Markt gesichert, jedoch ohne Einfluss auf die Entscheidungsprozesse innerhalb der Gemeinschaft. Damit könnte man mehr Zeit für die institutionelle Vorbereitung der künftigen Erweiterung gewinnen. In der Praxis wurde aber dieser Vorschlag mit gemischten Gefühlen betrachtet. Die Schweizer Regierung war eher positiv eingestellt, vor allem wegen der spezifischen innenpolitischen Bedingungen, die später noch besprochen werden. Für österreichische Regierung aber, die sich schon für den vollen Beitritt entschieden hat, schien diese Option nicht ausreichend zu sein²⁰. Der EWR war nur als Zwischenhalt auf dem Weg nach Integration angesehen, und nicht als eine dauerhafte Lösung – dem wurde mit der Einreichung des Beitrittsgesuchs im Juli 1989 ein klarer Ausdruck verliehen.

Diese Entscheidung wäre ohne innenpolitische Übereinstimmung nicht möglich. Den Höhepunkt dieses Prozesses bildete die gemeinsame Erklärung der sämtlichen Sozialpartner zu einem raschen Beitritt Österreichs zur EG (im März 1989)²¹. Die entscheidende Rolle spielte hier der Bericht der *Arbeitsgruppe für Europäische Integration*. Es wurde argumentiert, dass alle indirekten Formen der Mitgliedschaft die Einschränkung des realen Einflusses auf die Entscheidungsprozesse innerhalb der Gemeinschaft bedeuten, was eine negative Auswirkung auf Österreich zur Folge haben kann. Man stellte fest, dass die potenziellen wirtschaftlichen Vorteile, die aus dem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum resultierten, die politischen Verluste nicht ausgleichen könnten.

Auch die Neutralität gilt als ein wichtiges Argument in der Integrationsdebatte. Ein Vorschlag des Beitrittsgesuchs war zwar mit einer überwältigenden Mehrheit der Stimmen im Parlament angenommen – 175 von 183, aber unter der Bedingung, dass die Gemeinschaft den neutralen Status Österreichs beachtet. Dieser Vorbehalt wurde mit Verständnis durch den Ministerrat und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften akzeptiert. Erst die Veränderungen der innen- und außenpolitischen Bedingungen ermöglichten 1995 den vollen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, zusammen mit anderen neutralen Staaten – Schweden und Finnland.

²⁰ C. Schaller, op. cit., S. 112.

²¹ Siehe T. Schwendimann, op. cit., S. 153–154.

Schweizerischer Weg zur Integration

Trotz ähnlicher ökonomischer und politischer Voraussetzungen in Österreich und in der Schweiz war die Außenpolitik des letztgenannten Staates stärker durch das Neutralitätsprinzip geprägt – zum Teil aufgrund der Tatsache, dass der Status der Schweiz sich nicht als Konsequenz der damals vorhandenen geopolitischen Bedingungen bezeichnen lässt, sondern mehr als Folge der politischen Tradition und Entstehungsgeschichte des schweizerischen Staatswesens²². Außerdem gilt die Neutralität als ein universelles Instrument zum Schutz der politischen und ökonomischen Interessen der Schweiz, die sich vor allem während der internationalen Spannungen und Kriege mehrmals bewährt hatte. Daher wundert es nicht, dass die Perspektive der neuen politischen Strategie und die daraus resultierende enge Kooperation mit der Europäischen Gemeinschaft keinen Enthusiasmus hervorriefen. In dieser Hinsicht herrschte eine starke Überzeugung, dass die Schweiz in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich ist. Der sog. *Sonderfall Schweiz* gilt als ein wichtiges Schlagwort, das in der Mentalität und im gesellschaftlichen Bewusstsein des Schweizer Volkes tief verankert war. Sehr oft wurde es als Rechtfertigung für die Entfremdung und die allgemeine Haltung der Schweizer nach Außen genutzt. Es diente auch als ein wichtiges Argument in der Politik gegenüber der Gemeinschaft.

Die Integrationsprozesse veranlassten die Schweiz, ihre politische Strategie neu zu definieren. Infolgedessen verzichtete man auf eine restriktive Auslegung der *Bindschedler-Doktrin* von 1954²³. Die Schweiz war seit 1961 das Gründungsmitglied der EFTA und unterzeichnete Freihandelsabkommen mit der EWG im Jahre 1972. Sie versuchte aber immer den Prinzipien der Bindschedler-Doktrin treu zu bleiben, so dass ausschließlich die wirtschaftliche Kooperation bevorzugt wurde.

²² D. Popławski, *Szwajcarska polityka bezpieczeństwa*, S. 46–75.

²³ 1954 wurde die sog. *Bindschedler-Doktrin* veröffentlicht. Mehr Informationen dazu kann man in der Datenbank DoDiS (Diplomatische Dokumente der Schweiz) finden: <http://www.dodis.bar.admin.ch/dodis/dodis;jsessionid=f43038f7021d4c86e458?XE71hitk5AZh7Dfw9OY-VZZzghtrLw7sN7xvmXB5111irfjtWjzj7ogT7P4OQr2JQy9Qemj0KNJEQOhR9qYp-v45a;dodis.ch/9565>, (Stand vom 16.09.2009); siehe auch D. Popławski, op. cit., S. 80 und D. Schindler, *Dokumente zur schweizerischen Neutralität seit 1945: Geschichte und Stellungnahme der schweizerischen Neutralität seit 1945–1983*, Bern-Stuttgart 1984.

Erwähnenswert ist auch, dass die Außenpolitik jahrelang eine geringere Rolle spielte. Die Außen- und Innenpolitik wurden als zwei unterschiedliche und getrennte Sphären betrachtet, die kaum voneinander abhängig waren. Diese Einstellung spiegelte sich sowohl auf der institutionellen als auch auf der intellektuellen Ebene wider. Als guter Beleg dafür gilt die Tatsache, dass die Regierung viele Jahre über keine langfristige außenpolitische Strategie verfügte²⁴.

Man könnte auf drei wichtige Faktoren hinweisen, die für die Aufnahme der engeren Zusammenarbeit mit der EG entscheidend waren. Erstens sollen die ökonomischen Verhältnisse erwähnt werden. Die Schweizer Wirtschaft war vom Außenhandel stark abhängig, denn der heimische Absatzmarkt war nicht ausreichend aufnahmefähig, um das stabile Wachstum zu gewährleisten. Der Export gehört neben dem Bankensektor zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen. Wesentlich, vor allem für die Arbeitsplätze, sind auch die ausländischen Direktinvestitionen. Die EG gilt in dieser Hinsicht als der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Die Gewährleistung der günstigen Bedingungen für die Zusammenarbeit, vor allem die Entfernung der Handelshemmnisse, war von entscheidender Bedeutung, denn die protektionistische Politik der EG den Drittstaaten gegenüber war seit einigen Jahren deutlich spürbar.

Die EFTA stellte für die Schweiz eine günstige Lösung dar. Sie erfüllte die Kriterien der technischen Organisation, die sich nur auf die wirtschaftliche Kooperation beschränkt. Ihre Hauptaufgabe war nämlich nur die Abschaffung der Handelshemmnisse, ohne dabei auf den anderen Gebieten aktiv zu sein. Die Schweizer Regierung kam also zu dem Schluss, dass die Freihandelszone in Einklang mit der Neutralität stand. Schon bald wurden die EFTA-Länder zu den wichtigsten Handelspartnern der Schweiz.

Es stellte sich allerdings heraus, dass diese Form der Zusammenarbeit nicht alle Probleme lösen kann. Für viele EFTA-Mitglieder war es deshalb klar, dass das stabile Wirtschaftswachstum nicht allein auf dem Warenhandel basieren kann und dass eine engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf lange Sicht unvermeidlich ist.

Zweitens war es für die Schweizer Regierung klar, dass in Folge der schrumpfenden Zahl der Mitglieder die ganze Organisation an der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung verliert. In diesem Fall wäre die eventuelle Kooperation auf der institutionellen Ebene

²⁴ M. Tomczyk, *Polityka Szwajcarii wobec Unii Europejskiej*, Łódź 2013, S. 21.

zwischen EFTA und EWG, was seitens der Schweizer Regierung ernsthaft erwägt worden war, fraglich. Die Schwäche der EFTA würde diese Organisation während der eventuellen Verhandlungen mit der EG in eine ungünstige Position stellen. Außerdem bildete diese Form der Kooperation keine Lösung für alle Probleme, die mit der Auswirkung auf die Entscheidungsprozesse innerhalb der Gemeinschaft verbunden waren.

Erwähnenswert ist auch, als dritter Faktor, die Frage der breiten außenpolitischen Strategie und der Rolle der Schweiz in der Integration Europas. Die Schweizer Regierung wusste, dass neben den wirtschaftlichen Aspekten auch ein breiteres Spektrum dieses Prozesses in Betracht gezogen werden muss. Es stellte sich darum die Frage, ob die Schweiz sich weiter distanzieren will oder an der europäischen Integration aktiv teilnimmt, was langfristig vorteilhafter sein könnte. Eine pragmatische Politik, die nur auf dem Handelsabkommen beruhte, wurde durch das Streben nach einer mehrstufigen Zusammenarbeit ersetzt, die die Bedrohung der politischen, wirtschaftlichen und auch kulturellen Isolation entfernen kann²⁵.

Man kann daraus den Schluss ziehen, dass die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts durch den Übergang von der Strategie der Koexistenz, die während der Nachkriegsjahre dominierte, zur Kooperation, d.h. zur Öffnung auf eine breitere internationale Zusammenarbeit, geprägt wurde²⁶. Die Europäische Gemeinschaft wurde im Laufe der Zeit nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch, zum wichtigsten Partner für die Schweiz²⁷. Wichtig hier war nicht nur die geographische Nähe, sondern auch das Gemeinschaftsgefühl, das auf den gemeinsamen Zielen, Werten und angenommenen Entwicklungsstrategien basierte. Dies gilt auch für die Unterstützung und Förderung von Frieden und Menschenrechten, die die Grundlage der Europäischen Gemeinschaft bilden²⁸.

²⁵ In der Diskussion zu diesem Thema tritt häufig die Schweiz als ein kulturelles Aschenputtel Europas, siehe M. Schenker, *EG als Chance. Die Schweiz am europäischen Scheideweg*, Zürich 1991, S. 21.

²⁶ D. Thüerer, *Außenpolitische Aspekte der künftigen Beziehung zur Europäischen Gemeinschaft*, [in:] A. Riklin, H. Hans, R. Probst, *Neues Handbuch der schweizerischen Außenpolitik*, Verlag Paul Haupt, Bern 1992, S. 534.

²⁷ Siehe L. Goetschel, M. Bernath, D. Schwarz, *Schweizerische Außenpolitik. Grundlagen und Möglichkeiten*, Zürich 2002, S. 166–172.

²⁸ Zur Konvergenz der Ziele und Strategien siehe Bericht 1993 und Bericht 1999 zu der Europapolitik der Schweiz: *Schweiz – Europäische Union: Integrationsbericht 1999*, EDMZ, Bern 1999, S. 207.

Die Schweizer Regierung, ähnlich wie die Regierenden in Wien, erwog mehrere Möglichkeiten der Integration im Hinblick auf das aktuelle politische Klima und die öffentliche Meinung. Zwei mögliche Wege wurden hier berücksichtigt: erstens, die sog. Integration „a la carte“, die auf den bilateralen Verträgen basiert, und zweitens, die volle Integration. Die dritte Option, und zwar Rückkehr zur Isolation, wurde zwar diskutiert, aber nie ernsthaft erwogen.

Das Dokument, das 1988 publiziert wurde, beinhaltet alle möglichen Integrationswege, ohne sich aber auf eine konkrete Option zu konzentrieren. Die laufenden parlamentarischen Debatten haben offenbart, dass sich der bilaterale Weg der größten Zustimmung erfreut. Einige Fraktionen haben sogar die Möglichkeit des vollen Beitritts nicht ausgeschlossen. Es wurde jedoch befürchtet, dass eine solche Lösung die Schweizer Wirtschaft unter zu starken Druck setzen würde, was folglich eine ernsthafte Bedrohung für die politische Autonomie bedeuten kann. Außerdem beachtete man stets die Neutralität, die als inkompatibel mit der Mitgliedschaft wahrgenommen wurde²⁹. In diesem Dokument betonte man aber, dass eine zukünftige Strategie unbedingt die Möglichkeit der Mitentscheidung innerhalb der EG-Gremien gewährleisten soll.

Die Schweizer Regierung wusste, dass die Verwirklichung des letzteren Punktes nicht auf der institutionellen oder bilateralen Ebene möglich war, denn andere Mitgliedsländer waren der besonderen Privilegien für Drittstaaten gegenüber eher skeptisch. Andererseits war es für die Regierenden in Bern unmöglich, den vollen Beitritt zur EG im Parlament durchzusetzen. Das bedeutet, dass die Schweizer Regierung nicht auf die gleiche Unterstützung wie ihre Kollegen in Wien hoffen konnte. Einige Parteien waren bereit, ein solches Projekt, natürlich unter bestimmten Bedingungen, zu unterstützen. Ohne aber die SVP, die immer skeptisch gegenüber der europäischen Integration eingestellt war, könnte die notwendige Mehrheit nicht erreicht werden.

In dieser Situation hatte man sich für die Zwischenlösung, die vorher von Delors präsentiert wurde, entschieden. Die Einbeziehung der Schweiz in den EWR sollte relativ große wirtschaftliche Vorteile und gleichzeitig auch politischen Nutzen gewährleisten. Die Regierung hoffte, dass diese Form der Zusammenarbeit zumindest teilweise den Zugang zu Entscheidungsprozessen auf der

²⁹ C. Dupont, P. Sciarini, D. Lutterbeck, "Catching the EC Train. Austria and Switzerland in Comparative Perspective", *European Journal of International Relations*, London 1999, S. 205.

europäischen Ebene garantieren könnte. Damit soll man ein Mittel gegen die Integration „a la carte“ finden. Diese Strategie erwies sich jedoch als unwirksam, was der Regierung bei den Verhandlungen über die EWR-Mitgliedschaft ziemlich schnell klar war.

Die Behörden in Bern haben sich deshalb für einen riskanten Schritt entschieden. Trotz des Mangels an einer parlamentarischen Mehrheit gelangte man zu der Schlussfolgerung, dass der EU-Beitritt zum strategischen Ziel der Regierung im Bereich der Europapolitik wird. Die Mitgliedschaft in der EU wurde als der erste Schritt auf dem Weg zur vollständigen Integration bezeichnet, denn nur diese Form der Zusammenarbeit gewährleistet ausreichend wirtschaftliche und politische Interessen der Schweiz³⁰. In dieser Hinsicht war die Stellung der Schweizer und Österreicher Regierung sehr ähnlich.

Die neue Strategie wurde 1992, also noch vor der Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum, in dem neuen *Außenpolitischen Bericht* vorgestellt. Die Regierung hat diese Entscheidung mit der Perspektive des baldigen Beitritts anderer neutraler Länder begründet. Das Beitrittsgesuch wurde zu diesem Zeitpunkt schon durch Österreich, Schweden und Finnland eingereicht. Dies bedeutete automatisch eine weitere Abschwächung der EFTA, was auch einen negativen Einfluss auf die Verhandlungsposition der Schweiz mit sich bringen kann. Besonders der Beitritt Österreichs, wegen seinem neutralen Status, war von großem Belang. Mit dieser Entscheidung wurde der Schweiz das zentrale Argument in den Verhandlungen entzogen. Alle Postulate, die im Zusammenhang mit der Neutralität eingelegt wurden, waren von nun an durch die EU schon anders wahrgenommen, mindestens nicht als ein unvermeidbares Hindernis.

Die Umwandlung der Strategie wurde auch durch den Maastricht-Gipfel im Dezember 1991 veranlasst. Die Regierenden in Bern kamen zu dem Schluss, dass das der richtige Moment ist, um den Einfluss der Schweiz auf die Entscheidungsfindung innerhalb der Gemeinschaft sicherzustellen, vor allem in diesen Bereichen, die noch nicht vollständig definiert waren. Die bevorstehende Erweiterung der Gemeinschaft verlangte die Durchführung der institutionellen Reformen, was automatisch die Aufnahme neuer

³⁰ Der Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum verlangt die Vereinheitlichung der Rechtsvorschriften und damit die Übernahme von *acquis communautaire*. Der EWR schafft also damit die Rahmenbedingungen für die künftige Integration.

Mitglieder verschieben kann. Die Regierung in Bern befürchtete, dass falls die Schweiz sich für den Beitritt in dieser „Runde“ nicht entscheidet, wird sie später gezwungen sein, für die nächste Erweiterung mehrere Jahre zu warten, was für die institutionelle Mitgestaltung der EU zu spät ist.

Wichtig waren auch die innenpolitischen Faktoren. Die Veröffentlichung des Berichts noch vor der Abstimmung über den EWR hatte damals eine gravierende Bedeutung, denn mit einer Zustimmung für den EWR-Beitritt spricht man sich quasi automatisch auch für die neue Strategie in der Europapolitik aus, die ganz klar in dem oben erwähnten Dokument vorgelegt wurde. Die Annahme des Vorschlags wäre ein wichtiger Anreiz für Regierende und zugleich eine Demütigung für die euroskeptischen Kreise. Für die Letzteren wäre es in diesem Fall viel schwieriger weitere Annäherung an die EU zu erschüttern. Mit der Veröffentlichung des Berichts gewann die Abstimmung an Transparenz, vor allem in Bezug auf die wahren Absichten und Strategie der Regierung in der Europapolitik für die kommenden Jahre.

Die Ergebnisse der Abstimmung von Dezember 1992 waren aber für die Regierenden eine große Enttäuschung. Die Vorlage wurde mit einer knappen Mehrheit der Stimmen abgelehnt. Die Schweizer Regierung war somit gezwungen, ihre bisherigen Ziele in der Europapolitik zu verändern, was eine Wende in der politischen Strategie bedeutete³¹. Das Konzept einer allmählichen Integration wurde durch den bilateralen Weg ersetzt³². Schon im Februar 1993 hatte die Schweiz der EU die Verhandlungen in insgesamt 15 Bereichen vorgeschlagen. Die Einstellung der EU war von Anfang an relativ skeptisch. Die Europäische Kommission fand diese Form der Zusammenarbeit altmodisch, uneffektiv und vor allem aber für die aktuellen globalen Herausforderungen nicht geeignet³³. Schließlich hat jedoch der EU-Rat den Schweizer

³¹ Bei einer hohen Wahlbeteiligung (79%) stimmte die knappe Mehrheit der Bürger (50,3%) gegen die Vorlage (darunter 14 Kantone und 4 Halbkantone). Dafür waren 49,7%. Die Ablehnung der Vorlage hatte die konservativen Gruppen gestärkt, die viele neue Anhänger gewonnen haben. Die breite Unterstützung ermutigte die euroskeptischen Gruppierungen, die im Laufe der Zeit mehr und mehr Einfluss auf die Staatspolitik gewonnen haben.

³² Im Januar 1993 kam der Bundesrat zu dem Schluss, das Beitrittsgesuch einfrieren zu lassen und den Rücktritt von den Verhandlungen mit der EU bekannt zu geben.

³³ G. Kreis, *Ein langer Weg in Etappen*, [in:] *Schweiz – Europa: wie weiter? Kontrollierte Personenfreizügigkeit*, bearb. von G. Kreis, Zürich 2009, S. 22.

Vorschlag akzeptiert, natürlich nicht ohne bestimmte Vorbehalte. Die Verhandlungen, letztendlich in 7 Themenbereichen, endeten mit der Unterzeichnung des ersten Pakets von Verträgen – die sog. *Bilaterale I* – im Jahre 1999³⁴.

Schlussfolgerung

In dem vorliegenden Beitrag wurde bewiesen, dass trotz ähnlicher politischer und ökonomischer Ziele die Politik der Regierungen in Bern und Wien durch unterschiedliche Voraussetzungen geprägt worden war. Die letzteren haben weitgehend die Integrationswege der beiden Staaten bestimmt. Die österreichische Regierung wirkte unter günstigeren, sowohl geo- als auch innenpolitischen Bedingungen, was nach anfänglichen Schwierigkeiten den vollen Beitritt ermöglichte. Die Regierenden konnten sich also für eine solche Form der Integration entscheiden, die sowohl für die öffentliche Meinung als auch für die Mitgliedstaaten der EU akzeptabel war. Wichtig hier ist aber die Tatsache, dass die Regierung in Wien mit einer klaren und frühzeitigen Aussage zu der Integrationspolitik viel mehr Zeit hatte, um die öffentliche Meinung von ihrer Strategie zu überzeugen. Das war der Hauptunterschied zwischen der Außenpolitik der beiden Länder. Für Österreich war die Mitgliedschaft ein wichtiger Schritt, um die nötigen strukturellen Reformen durchzuführen und sich damit eine stabile wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten. Von entscheidender Bedeutung war auch die Möglichkeit des vollen Einflusses auf die Entscheidungsfindung innerhalb der Gemeinschaft. Erwähnenswert ist auch, dass die Mitgliedschaft wichtig für die Verbesserung des Images Österreichs auf der internationalen Bühne war, das durch zahlreiche Affären und Skandale beeinträchtigt war. Der Beitritt Österreichs schaffte einen Präzedenzfall, der später in der Debatte um die Europapolitik der Schweiz mehrmals aufgegriffen wurde.

Im Gegensatz zur österreichischen Regierung handelten die Regierenden in Bern unter polarisierteren Bedingungen. Die Schweizer Bevölkerung blickte skeptisch auf den vollen Beitritt zur EU. Die Neutralität des Landes war für sie viel wichtiger als für Österreicher. Man befürchtete auch die vollständige Marktöffnung und davon abgeleitete politische Abhängigkeit von fremden Ländern und Institutionen. Der partielle Verlust der Souveränität war eines der

³⁴ Die formalen Verhandlungen begannen im Dezember 1994.

am häufigsten in der öffentlichen Debatte vorgebrachten Argumente. Man kann auch behaupten, dass die Schweizer Regierung mit einer relativ spät veröffentlichten Auffassung zu den bevorzugten Integrationswegen kurz vor dem Referendum über den EWR einen gravierenden Fehler machte. Trotz der klaren Absichten der Regierenden, mit der Veröffentlichung der offiziellen Stellungnahme der Abstimmung mehr Transparenz zu verleihen, war es unmöglich, die Mehrheit der Stimmen zu gewinnen.

Ohne eine lange und intensive öffentliche Kampagne ist es immer sehr schwierig, die neue Strategie in der Europapolitik durchzusetzen. So war die Regierung gezwungen, zur Kooperation auf dem bilateralen Weg zurückzukehren, die von der Mehrheit der Schweizer akzeptiert werden konnte. Wichtig ist dabei, dass die Mitgliedschaft der Schweiz nie als eine Option aufgegeben wurde, weil das Beitrittsgesuch nur eingefroren, und nicht zurückgezogen wurde – trotz der zahlreichen negativen Kommentare seitens der euroskeptischen Gruppierungen³⁵.

Es scheint also, dass die Entscheidungsprozesse von innen- und außenpolitischen Bedingungen stark abhängen. Ihr Erfolg liegt in der Fähigkeit, eine optimale Lösung zu finden, die von allen beteiligten Parteien akzeptabel wäre. Die Zeit wird es zeigen, welcher Weg für die Integration mit der Gemeinschaft angemessen war. Vielleicht werden die beiden Länder in Zukunft trotz der verschiedenen Formen der Zusammenarbeit gleichermaßen mit der Europäischen Union integriert.

Zusammenfassung

In diesem Artikel wurde in einer vergleichenden Perspektive die Politik von zwei in vielerlei Hinsicht sehr ähnlichen, neutralen Staaten der EG gegenüber untersucht, mit besonderer Berücksichtigung der Zeit nach der Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte. Analysiert wurden die wichtigsten externen und internen Determinanten, die die Wahl des spezifischen Integrationswegs bestimmten. Trotz der konvergierenden politischen und wirtschaftlichen Ziele waren die Entscheidungen beider Staaten durch unterschiedliche Bedingungen determiniert. Für Österreich war die Integration ein wichtiger Schritt, sowohl für ökonomische

³⁵ Die SVP-Mitglieder haben mehrmals die vollständige Rücknahme des Beitrittsgesuches verlangt.

Umstrukturierung der Volkswirtschaft, Abschaffung von Handelshemmnissen mit den wichtigsten Wirtschaftspartnern, als auch in politischer Hinsicht, die die Möglichkeit der Mitentscheidung auf der europäischen Ebene bietet. Darum haben sich die Behörden zu einer Lösung entschlossen, die mit der Position der EG-Staaten und gleichzeitig mit den sozialen Erwartungen in Österreich kohärent war. Im Gegensatz zu der österreichischen Regierung haben die Behörden in Bern in viel mehr polarisierten Bedingungen gewirkt. Neutralität spielte hier eine gravierende Rolle. Es wurde auch die völlige Öffnung des Marktes und die politische Abhängigkeit von transnationalen Institutionen befürchtet. Die Schweizer Behörden waren also gezwungen, sich auf die Idee der bilateralen Beziehungen zu konzentrieren, die, obwohl nicht im Einklang mit der Position der EU-Staaten, weit sozialverträglicher war, und daher praktikabler.

Literatur

- Außenpolitischer Bericht 1987*, MANZsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung-Wien 1988, S. 121–125.
- Die Schweiz und die europäische Integration*, Postulat der Kommission für Wirtschaft und Abgaben NR, Ad 87.005–1.
- Dupont C., Sciarini P., Lutterbeck D., „Catching the EC Train. Austria and Switzerland in Comparative Perspective“, *European Journal of International Relations*, London 1999.
- Fischer A., *Die Auswirkungen der Internationalisierung und Europäisierung auf Schweizer Entscheidungsprozesse*, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 2005.
- Goetschel L., Bernath M., Schwarz D., *Schweizerische Außenpolitik. Grundlagen und Möglichkeiten*, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 2002.
- Kreis G., *Schweiz – Europa: wie weiter? Kontrollierte Personenfreizügigkeit*, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 2009.
- Kremer H., „Wende in der österreichischen Außenpolitik? Zur Außenpolitik der SPÖ-ÖVP-Koalition“, *Österreichische Zeitschrift für politische Wissenschaft*, 1988(2).
- Laursen F., „The Community’s Policy Towards EFTA: Regime Formation in the European Economic Space (EES)“, *Journal of Common Market Studies* 28(4).
- Luif P., *On the Road to Brussels: The Political Dimension of Austria’s, Finland’s and Sweden’s Accession to the European Union*, Wien: Wilhelm Braumüller-Wien, 1995.
- Neuhold H., *The European Neutrals in the 1900s. New Challenges and Opportunities*, Boulder: Westview Press, 1992.
- Pelinka A., Schaller C., Luif P., *Ausweg EG? Innenpolitische Motive einer Außenpolitischen Umorientierung*, Wien: Boehlau Verlag, 1994.

- Pelinka A., *EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich*, Wien: Facultas Verlag, 1994.
- Popławski D., *Austriacka polityka neutralności 1955–1995*, Warszawa 1995.
- Riklin A., Hans H., Probst R., *Neues Handbuch der schweizerischen Außenpolitik*, Bern: Verlag Paul Haupt, 1992.
- Schenker M., *EG als Chance. Die Schweiz am europäischen Scheideweg*, Zürich: Werd Verlag, 1991.
- Schwendimann T., *Herausforderung Europa. Integrationspolitische Debatten in Österreich und in der Schweiz 1985–1989*, Bern: Peter Lang Verlag, 1993.
- Schweiz – Europäische Union: Integrationsbericht 1999*, EDMZ, Bern 1999.
- Tomczyk M., *Polityka Szwajcarii wobec Unii Europejskiej*, Łódź: Wydawnictwo Uniwersytetu Łódzkiego, 2013.

Barbara Ratecka*

DIE ÖSTERREICHER ZU VERSTEHEN... ÖSTERREICHS BEZIEHUNG ZUR FRAGE DER EU-ERWEITERUNG

ABSTRACT: May 1, 2004 is a joyful day for the Polish society. Poland became a member of the European-Union! The Austrians did not enjoy the admission of the 10 countries of Central and Eastern Europe to the EU. At that time only 38% of Austrians were satisfied with EU membership. Before the enlargement of the Union Austria suggested a seven-year grace period for citizens from new member states who wish to work in the area of the EU and the protection period for the four main industries. Members of the Austrian Government and the Commissioner, Franz Fischler expresses a hope that Austrian entrepreneurs would expand to the east. Sixty seven percent of entrepreneurs of small Austrian companies felt, however, that EU enlargement will not bring the country any benefits. They pressured the government to protect its own labor market, agriculture and border regions.

KEY WORDS: Austria, EU, Eastern Europe, Benita Ferrero-Waldner.

Die Erweiterung der EU um zehn neue Staaten schritt Anfang des Jahres 2004 schnell voran, was manche Europäer mit Freude, und andere dagegen mit Furcht erfüllte. Für Polen bedeutete die Aufnahme in die EU wieder eine enge Bindung an Westeuropa, für Österreich dagegen eine Verschiebung von der Lage eines Grenzlandes ins Zentrum. Österreich wurde wieder zum Kernland Europas. Dabei ist zu unterstreichen, dass Österreich die längste Grenze mit den damaligen EU-Kandidaten besaß, was automatisch verursachte, dass die Folgen der Erweiterung in dem Land am sichtbarsten wurden. Die Zeit der Vorbereitung auf die EU-Erweiterung war also nicht nur für die Bürger der Beitrittsländer, sondern auch für Österreicher besonders wichtig.

* Dozentin an der Lodzer Universität, Katedra Badań Niemcoznawczych, 90-131 Łódź, ul. Narutowicza 59a, E-Mail: ratecka@gmail.com.

Der gewöhnliche Bürger, die Beteiligung am EU-Beitrittsreferendum ausgenommen, hatte keine andere Chance, seine Meinung zum Thema des Beitrittstermins, des Verlaufs der Verhandlungen, der Beitrittsbedingungen oder der Zusammensetzung der Ausschüsse mit Fachleuten, die die Unterlagen zum Assoziierungsabkommen mit der EU vorbereiteten, zu äußern. Diese Tatsache unterstrichen oft Oppositionspolitiker und Politologen, die, so wie Anton Pelinka und Sieglinde Rosenberger, von dem Mangel an demokratischen Mechanismen enttäuscht, den breiten Bevölkerungsschichten eine Äußerung der eigenen Meinung ermöglicht hätten, schrieben: ...es wurden zum Beispiel während der Wahl zum Europaparlament (im Jahre 1999) gar keine mit der Europaintegrierung verbundenen Probleme sowohl präsentiert als auch diskutiert, weil die Wahlkampagne von den Themen der Innenpolitik, wie z.B. der Arbeitsplätze oder der Innensicherheit, dominiert wurde¹.

Doch unabhängig von der Möglichkeit einer unmittelbaren Einmischung in den Integrationsprozess verfolgten sowohl polnische als auch österreichische Bürger mit Aufmerksamkeit jegliche Aussagen der Politiker, Politologen oder auch der Journalisten, um sich eine eigene Meinung zu den sie erwartenden Veränderungen zu bilden. Für die Österreicher hatte die Frage nach der EU-Erweiterung eine völlig andere Dimension als für die Polen. Weil sie seit acht Jahren EU-Bürger waren, erlaubten sie sich, die Aufnahmebedingungen für neue Beitrittskandidaten zu kritisieren. Weil Österreich zur Gruppe der Nettozahler gehörte, bedeutete das, dass es mehr Gelder an die Unionskasse zahlte, als es daraus erhielt. Die Wirtschaft Österreichs spürte damals eigentlich keine Folgen der Weltwirtschaftskrise, obwohl der Prozentsatz der Bankrotte der österreichischen Firmen gestiegen war und im Jahre 2003 1,73%² betrug, und in einigen Branchen vorübergehende Probleme auftauchten, wie z.B. im Eisenbahnwesen infolge des Streiks der Eisenbahner im November 2003³.

Es fehlte in Österreich keineswegs an Europaskeptikern, wovon solche Presseartikel, wie z.B. *Wir Neurotiker* in der Wochenzeitschrift

¹ A. Pelinka, S. Rosenberger, *Österreichische Politik. Grundlagen. Strukturen. Trends*, Wien 2000, S. 95.

² In dieser Statistik nahmen Österreicher den zweiten Platz in Europa nach Schweden ein. Es war ein ziemlich hoher Stand im Vergleich zu anderen EU-Ländern. In den EU-Ländern betrug der Prozentsatz durchschnittlich 0,83%. Die Daten zitiert nach der Wochenzeitschrift *Profil* vom 26. Januar 2004, S. 45.

³ Vgl. Beilage „Economist“ zur *Die Presse* vom 15. November 2003.

Profil zeugten⁴. In dieser Wochenzeitschrift erschien auch ein Kommentar zu einer von der EU-Kommission veröffentlichten Statistik, die eine nach zwei Jahren des Euro-Gebrauchs angefertigte Bilanz betraf. Der Kolumnist der Wochenzeitschrift, Michael Nikbakhsh, stellte fest, dass nur 42% der Österreicher mit dem Euro zufrieden waren, und 55% keine Probleme mehr mit der Euro-Nutzung hatten⁵. Diese und andere Daten, die den Euro betrafen, riefen Kommentare nicht nur in der österreichischen Presse, sondern auch eine gewisse Beunruhigung in Brüssel hervor. Wie im November 2003 die EU-Kommission angab, hatten 5% der Österreicher immer noch große Probleme mit der Euro-Nutzung, obwohl es dennoch nicht so viele Bürger wie in Deutschland waren, wo damals 15% der Bürger der Republik große Probleme mit der Umstellung von der D-Mark zum Euro verspürten⁶. Michael Nikbakhsh erlaubte es sich im Kommentar zu den angeführten Daten eine tückische Frage zu stellen: *Und überhaupt: Wer braucht dieses Europa? Es sind doch nur 38% der Österreicher der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft eine >gute Sache< ist*⁷. Es war ein erstaunlich niedriger Prozentsatz, was wohl auf die Sanktionen zurückzuführen war, die die übrigen EU-Länder über Österreich nach den Wahlen im Jahre 2000 verhängt hatten, als die EU auf eine beispiellose Art und Weise in die Innenpolitik Österreichs eingegriffen hatte, indem Jörg Haider zum Rücktritt vom Parteivorsitz und zum Verzicht auf die Bewerbung um das Amt des Vizekanzlers gezwungen wurde⁸. So ein niedriger Prozentsatz der Bürger, die mit der EU-Bürgerschaft zufrieden waren, platzierte die Österreicher auf dem vorletzten Platz in der EU, kurz vor Großbritannien (36%)⁹.

Was eigentlich noch mehr Erstaunen wecken konnte, war ein hoher Prozentsatz der Österreicher (und es waren über 50%), die meinten, dass sie auch ohne EU sehr gut zurecht kommen könnten¹⁰. An dieser Stelle sollte man eigentlich daran erinnern, dass in einer nationalen Volksabstimmung, die am 12. Juni

⁴ M. Nikbakhsh, „Wir Neurotiker“ [in:] *Profil*, vom 5. Januar 2004, S. 41.

⁵ Op. cit.

⁶ „Euro-Barometer“ [in:] *Profil* vom 5. Januar 2004, S. 41.

⁷ M. Nikbakhsh, *Wir Neurotiker...*, vgl. S. 1.

⁸ Zu diesem Thema wurden zahlreiche Publikationen veröffentlicht, wie z.B. Neisser, H./Puntscher-Riekmann, S., (Hrsg.): *Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft*, Wien 2002.

⁹ Op. cit.

¹⁰ Op. cit.

1994 vor der Unterzeichnung des Beitrittsabkommens durch die Bundesregierung stattfand, die österreichische Bevölkerung in der Mehrzahl, weil zu 66,58 %, den EU-Beitritt unterstützt hatte¹¹. Sehr gute wirtschaftliche Leistungen, viel bessere als in anderen EU-Ländern, gaben den Österreichern das Recht, – siehe die Meinung des *Profil*-Kolumnisten – Fragen nach dem Sinn der Zugehörigkeit zu den EU-Strukturen zu stellen, obwohl es eigentlich rhetorische Fragen waren, denn die Rücknahme der im Jahre 1994 im Beitrittsreferendum getroffenen Entscheidungen kam nicht in Betracht. Noch mehr – als im Juli 2003 die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik eine landesweite Umfrage durchgeführt und direkt gefragt hatte: *War der EU-Beitritt Österreichs ein Fehler?* – da fiel die Antwort positiv für die EU aus¹². Die Umfrage zeigte deutlich, dass die Zufriedenheit mit der Mitgliedschaft in den EU-Strukturen gar nicht so selbstverständlich war und sich mit dem Alter der Befragten verringerte: je jünger die Teilnehmer der Umfrage, desto höher die Befürwortung für die EU, je älter die Befragten, desto niedriger die Befürwortung, und zwar:

– die Befragten im Alter bis zu 25 Jahren zu 77 % meinten, dass der EU-Beitritt kein Fehler war: bis zu 35 Jahren zu 64 %; bis zu 50 Jahren zu 64%; ab 65 Jahren zu 54 %¹³. Obwohl die dramatisch verlaufenden Verhandlungen der Delegationsvorsitzenden der Mitgliedstaaten und der Beitrittskandidaten in Brüssel im Dezember 2003 ein enormes Interesse der österreichischen Bevölkerung weckten, verstanden nicht alle Bürger, warum die polnische und spanische Delegation durch ihre Sturheit, die Regeln des Abkommens von Nizza einzuhalten, zur Niederlage des Gipfeltreffens beigetragen hatten. Die Titel der Artikel, die die Niederlage der Konferenz kommentiert hatten, zeugten eher von der Bereitschaft, einen Kompromiss zu schließen und auf die Einhaltung der nationalen Interessen seitens Polen und Spanien einerseits, und Frankreich sowie Deutschland andererseits zu verzichten, als vom regen Interesse der Österreicher an den Problemen der EU-Erweiterung und der Bedingungen für die Erweiterung: *Eine triumphale Niederlage*¹⁴, *EU in der Krise. (Wir sind) Ohne Verfassung*¹⁵ oder *Nizza ist nicht einen Tod wert*¹⁶.

¹¹ J. Barcz, *Austria w Unii Europejskiej. Problemy prawne w procesie akcesyjnym*, Opole 2001, S. 32 und K. Fiedor, *Austria. Zarys dziejów politycznych*, Łódź 2000, S. 288.

¹² „Jugendliche sind Europafans“, vgl.: *Profil* vom 1. Dezember 2003, S. 19.

¹³ *Op. cit.*

¹⁴ *Profil*, vom 22. Dezember 2003, S. 18.

¹⁵ *Profil*, vom 5. Januar 2004, S. 57.

¹⁶ *Op. cit.*, S. 58.

Viele Polen waren dagegen empört wegen des früheren, besonders rigorosen Vorschlags Österreichs für die Staatsbürger der EU-Beitrittskandidaten, die eine Arbeit auf dem Gebiet der EU aufnehmen wollten, eine siebenjährige Karenzzeit festzusetzen. Deutschland schloss sich eifrig dem Vorschlag an. Die übrigen Mitgliedsstaaten sahen keine oder keine so langen Übergangskarenzperioden im Personenverkehr vor. In den Informationsmaterialien, die in der Zusammenarbeit mit der EU vorbereitet und unentgeltlich in Österreich unter dem Titel *Offene Fragen. Offene Antworten. Eine Chance der EU-Erweiterung*¹⁷ verbreitet wurden, versuchte die österreichische Regierung die eigenen Bürger zu beruhigen, die durch eine Verbreitungsperspektive der EU um zehn neue Staaten Mittel- und Osteuropas beunruhigt, vor allem danach fragten:

Werden niedrige Löhne in den Beitrittsländern die Arbeitslosigkeit in Österreich nicht vergrößern? Eine offene Antwort lautete: Große Gehaltsunterschiede zwischen den Beitritts- und Mitgliedsländern sind tatsächlich eins der meist diskutierten Themen über die Bedingungen der EU-Erweiterung.

Bewegungsfreiheit – ja, Arbeitsfreiheit – auch ja

– Recht auf freien Personenverkehr ist eins der Grundrechte der Europäischen Union und es erlaubt den EU-Bürgern ohne Einschränkungen innerhalb der Union zu reisen, zu studieren und zu arbeiten. Bei der völligen Öffnung der Arbeitsmärkte würde jedoch der Arbeitsmarkt in Österreich einem großen Test unterzogen. Außerdem würde es in den Beitrittsländern zum Abfluss der dort so notwendigen Fachkräfte („brain drain“) führen. Deshalb hatte eben Österreich gemeinsam mit Deutschland während der Verhandlungen mit den Kandidaten mit Hilfe der Übergangslösungen einer kontrollierten Öffnung des eigenen Arbeitsmarktes zugestimmt.

Sieben Jahre Schutz

– Österreich erhielt Recht auf eine Sieben-Jahre-Schutzfrist für die Aufrechterhaltung der bestehenden Einschränkungen des Arbeitsmarktzuganges auch nach der EU-Erweiterung. Dadurch wurde ein wirksamer Schutz des österreichischen Arbeitsmarktes gesichert.

Sieben Jahre und vier Branchen

– Aus der Initiative Österreichs und Deutschlands wurden auch darüber hinaus Übergangsfristen für vier Branchen festgelegt, die sich durch den Zustrom von günstigen Dienstleistungsangeboten aus den osteuropäischen Ländern bedroht fühlten. Es waren:

1. Bauarbeiten,
2. Aufräumungs- und Putzarbeiten,
3. Soziale Hilfe und Krankheitspflege zu Hause,
4. Sicherheitsdienste (im weiteren Sinne).

¹⁷ *Offene Fragen. Offene Antworten.* Eine Informationsinitiative der österreichischen Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, Wien 2000.

Auch für die Ausländer, die vom Ausland zur Arbeit nach Österreich pendeln wollten, wie z.B. für Mitarbeiter der Bauunternehmen aus den Nachbarländern, wurde dadurch eine wirksame Barriere errichtet. Dies räumte Probleme, die durch Gehalts- und Preisunterschiede hätten entstehen können, aus¹⁸.

Die Österreichische Regierung versuchte damit nicht nur die eigene Öffentlichkeit zu beruhigen, indem sie von ihren Bemühungen um den Schutz der Interessen österreichischer Arbeitnehmer und Arbeitgeber informierte, sondern wies auch auf die Möglichkeiten der Nutzung der EU-Erweiterung für Wirtschafts- und Handelsexpansion österreichischer Unternehmer hin:

Vorteile, die aus der Erweiterung des Geschäftsraumes erfolgen – Zahlreiche, auch internationale Unternehmen entwickelten ihre Tätigkeit auf den Märkten Mittel- und Osteuropas mit einem Standort auf dem Gebiet Österreichs. Wir profitierten von einer solchen Lokalisierung, denn dadurch wurden auf dem Gebiet Österreichs Arbeitsplätze für hoch qualifizierte Arbeitnehmer gegründet. Die Erweiterung der Union verstärkte noch die Vorteile eines solchen Standortes und schuf neue Chancen für die Gründung neuer Arbeitsplätze¹⁹.

Schon im Juni 2000 unterstrich der österreichische EU-Kommissar Dr. Franz Fischler, dass man aus der Perspektive von fünf Jahren nach dem EU-Beitritt Österreichs vor allem über wirtschaftliche Vorteile, die aus der EU-Mitgliedschaft erfolgen, sprechen kann. Dies wussten damals über 45% der Österreicher zu schätzen²⁰. Die Bürger der Zweiten Republik, die meinten, dass ihnen die EU-Mitgliedschaft keine größeren Vorteile gebracht hatte, bildeten eine Minderheit. Nach der Meinung des Kommissars Fischler ist schon fünf Jahre nach dem EU-Beitritt die Attraktivität Österreichs als eines Investitionsortes für In- und Auslandsinvestoren wesentlich gestiegen.

Ab dem Moment des EU-Beitritts, also seit dem 1. Januar 1995 bis zur Hälfte des Jahres 2000, beobachtete man in Österreich einen deutlichen Anstieg der ausländischen Investitionen, besonders in solchen Bundesländern wie Kärnten, Burgenland, Niederösterreich oder Vorarlberg. Gerade nach Vorarlberg, das direkt an die Schweiz grenzt, verlegten den Standort viele schweizerische

¹⁸ Siehe: Op. cit.

¹⁹ Siehe: op. cit.

²⁰ Siehe: F. Fischler, *Aufschwung, Friede, Mitbestimmung. Fünf Jahre österreichische Mitgliedschaft in der EU*, [in:] *Österreich in der EU. Bilanz und Ausblick*, Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Wien 2000, S. 6–11.

Unternehmen, die die unbeschränkten Expansionsmöglichkeiten auf dem riesengroßen Unionsmarkt nutzen wollten. Der Kommissar Franz Fischler hatte mit Genugtuung wirtschaftliche Vorteile, die aus dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft erfolgten, mit einer immer schwierigeren Situation der Schweizer verglichen, die sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus politischen Gründen ihre freiwillig gewählte Situation der *splendid isolation* würden verlassen müssen, denn angesichts immer engerer internationaler Verbindungen sei sie nicht mehr einzuhalten. Weitere Bundesländer profitierten von der Unionspolitik einer intensiven Förderung und Finanzierung der Grenzzusammenarbeit in den Regionen: Österreich-Tschechien, Österreich-Slowakei, Österreich-Ungarn, Österreich-Slowenien und konnten mit Stolz unterstreichen, dass die Wiener Agglomeration samt Grenzregionen bis nach Brno, Bratislava und Győr schon damals zum Kern Europas gehörten²¹ und ausgezeichnete Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung besonders für Unternehmen böten, die auf beiden Seiten der Grenze tätig seien. Eine internationale Zusammenarbeit in dem Raum, der einst zur Monarchie Österreich-Ungarn gehörte, war seit langem das Ziel der Wirtschaftspolitik Österreichs.

Hans Magenschab, der Vizepräsident des *Instituts der Donau-region und Mitteleuropas* und ein bekannter Journalist, spornete schon 1997 zu einer engeren regionalen Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und Polen an, die dank konkreten Initiativen bei der Abschaffung der Vorurteile und Stereotype helfen könnte, die immer noch sehr lebendig waren und die sowohl politische als auch wirtschaftliche Aktivitäten erschwerten²². Diese Anstrengungen könnten durch konkrete Veranstaltungen, Treffen, Warenaustausch, Produktion und Handel zu guten Ergebnissen führen, was die Nachbarn dabei unterstützte, sich näher zu kommen und sich besser kennen zu lernen. Magenschab, nach Milo Dor, unterstrich, dass jeder, der durch Mitteleuropa reist, merken muss, dass die Länder das Gefühl einer Gemeinschaft verbindet und dass es kein vergangener Mythos, sondern eine Wirklichkeit ist, deren Wurzeln eben bis in die Monarchie reichen²³. Der Kanzler Wolfgang Schüssel wurde nicht müde zu wiederholen: *Europa ist unser Schicksal*,

²¹ Vgl.: „Profil-Extra. Wirtschaftsraum Zentraleuropa. *Im Zentrum Europas*“ [in:] *Profil*, vom 26. Januar 2004, S. 61–95.

²² H. Magenschab, „Österreichs Chancen im Donaauraum“ [in:] *Morgen*, Jg. 21, Nr. 111, Februar 1997, S. 8–11.

²³ Op. cit.

*unsere Herausforderung, und vor allem unsere historische Chance*²⁴. Er unterstützte die Bestrebungen Polens und der übrigen Kandidaten auf dem Wege zur EU-Mitgliedschaft. Die Außenministerin Benita Ferrero-Waldner spornte die Unternehmer nicht nur zu einer Ostexpansion an, sondern bildete auch konkrete Rahmen für Aktivitäten, wie z.B. *eine strategische Partnerschaft*²⁵.

Trotz Hilfsversicherungen und sogar konkreter Handlungen der Regierung äußerten sich im Dezember 2003 30% der Kleinunternehmenbesitzer, was etwa 100.000 Firmen bedeutete, hinsichtlich der Erweiterung der EU sehr skeptisch²⁶. Eine von der Österreichischen Wirtschaftskammer durchgeführte Umfrage bestätigte Bedenken der Unternehmer, dass der EU-Beitritt von zehn neuen Ländern den kleinen Firmen eher schaden als helfen würde. Ein bekannter Journalist, Otmar Lahodynsky, der die Situation Österreichs nach der verlorenen Unionsdebatte über die Verlängerung des Transitvertrags kommentierte, führte Daten aus einer von der IMAS durchgeführten Umfrage zum Thema: *Ist die Osterweiterung der Union gefährlich?* an, die besagten, dass nur etwa 21% der Befragten meinten, dass die EU-Erweiterung Vorteile bringe, 12% keine präzise Meinung dazu hatten, und 67% dagegen behaupteten, dass die Erweiterung ihrem Lande keinen Nutzen bringe²⁷. Österreichische Unternehmer reagierten empfindlich auf jede kleinste Bedrohung der stabilen Position Österreichs als eines Standortes, besonders damals, als ihre Expansionschancen in den EU-Beitrittsländern irgendwie hätten in Frage gestellt werden können. Als im November 2003 der Eisenbahnerstreik ausgebrochen war, wiesen sowohl Unternehmer als auch Politiker und Journalisten auf die Gefährdung hin, die für Österreich als einer Region entstehen würde, in der die Standorte sowohl der österreichischen Firmen als auch der internationalen Konzerne, die in ganz Europa tätig sind, konzentriert waren²⁸. Eben diese günstige Lage Österreichs unterstrich in einem Lagebericht nach fünf Jahren der EU-Mitgliedschaft der Kommissar Franz Fischler²⁹. Das Mitglied einer Bankfiliale der Bank Österreich Creditanstalt, verantwortlich

²⁴ W. Schüssel, *Zukunft gewinnen, Österreich erfolgreich regieren*, „Regierungsbilanz 02“, Wien 2002.

²⁵ Vgl. <http://www.parlinkom.bv.at/pd.pk/2001/PKO222.html>.

²⁶ „EU-Erweiterung“, [in:] *Profil*, vom 5. Dezember 2003, S. 41.

²⁷ O. Lahodynsky, „Die Nervensäge“, [in:] *Profil*, vom 1. Dezember 2003, S. 16–21.

²⁸ „25.000 Euro pro Firma und Tag, Sonntagsbeilage“ [in:] *Die Presse-Economist*, vom 15. November 2003.

²⁹ F. Fischler, *Aufschwung...*, S. 7.

für Mittel- und Osteuropa – Martin Grüll – der sehr detailliert *Die Zukunft ohne Grenzen* für seine Institution und ihre künftigen Kunden plante, stellte stolz fest, dass seine Bank, die 900 Filialen in 11 Ländern Mittel- und Osteuropas mit 18.000 Mitarbeitern besitzt, die Chance, die die zentrale Lage Österreichs bietet, zu nutzen wusste³⁰. Grüll behauptete, dass am 1. Mai 2004 ein neues Kapitel einer großen österreichischen „Erfolgsstory“ beginne und dass es keine Zukunftsvision sei, sondern dank der EU-Erweiterung eine Wirklichkeit, die man nicht übersehen dürfe. Seine Bank hatte sich schon auf neue Herausforderungen vorbereitet und konnte dadurch ihre Dienstleistungen den Kunden anbieten, die eine einmalige Gelegenheit zum Investieren in Mittel- und Osteuropa nutzen wollten: *Wir sind ein idealer Partner für Sie – wir sind schon dort!*³¹.

Eine ganze Reihe von Initiativen sollte die Österreicher zu intensiveren Engagements in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Investitionen in den EU-Beitrittsländern, darunter auch in Polen, anspornen. Die Wochenzeitschrift *Profil* präsentierte z.B. seit einer längeren Zeit positive Beispiele einer solchen Zusammenarbeit: den Erfolg der Firma Wiener Investmenthaus Vienna Capital Partners (VCP)³² oder die Entwicklung der Familienfirma Leier, die sich dank dem Mut zum Investieren im Osten (Polen, Ungarn) und der Tüchtigkeit ihres Gründers Michael Leier aus einem kleinen Laden zu einem riesengroßen, internationalen Unternehmen mit 25 Filialen und 2000 Mitarbeitern entwickelt hatte³³.

Die Promotionsaktivitäten sowie Zusammenkünfte der Politiker, Geschäftsleute, Journalisten und Wissenschaftler, z.B. im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach³⁴ oder der *Plattform des Dialogs*³⁵, oder aber im Rahmen einer von der Außenministerin Benita Ferrero-Waldner initiierten Verständigungsplattform unter dem Namen *Regionale Partnerschaft*³⁶, brachten konkrete

³⁰ M. Grüll, „Zukunft ohne Grenzen“ [in:] *Profil*, vom 26. Januar 2004, S. 60.

³¹ Op. cit.

³² „VCP in Polen“, [in:] *Profil*, vom 15. Dezember 2003, S. 43.

³³ J. Heuberger, „Der Grenzgänger“ [in:] *Profil*, vom 26. Januar 2004, S. 80–81.

³⁴ Die Konferenz fand in den Tagen vom 1. bis zum 3. April 2001 zum Thema *Polen und Österreich – Partner in Europa* statt. Konferenzheft: *IDM-Info für den Donauraum und Mitteleuropa*, Sonderheft 2, Wien 2002.

³⁵ *Aussenpolitischer Bericht 1997. Jahrbuch der österreichischen Aussenpolitik; Bericht des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten*, Wien 1998, S. 84.

³⁶ Siehe: D. S. Bodlaj, *Rzeczypospolita Polska, Republika Austrii a Unia Europejska (1995–2002)*, Magisterarbeit, verteidigt am Lehrstuhl für Deutschlandstudien der Lodzer Universität, Łódź 2003, S. 81.

Ergebnisse, hoben jedoch gegenseitige Vorurteile und Misstrauen nicht auf, weil die Vorurteile sehr wesentlich waren und eine gewisse Hürde bei der echten Öffnung der Österreicher betreffs der EU-Beitrittsländer bildeten, wovon die Ergebnisse der im Jahre 2000 von Małgorzata Sikorska für Instytut Spraw Publicznych [Institut für öffentliche Angelegenheiten“] in Warschau durchgeführten Untersuchungen zeugten³⁷.

Die Bedenken der Österreicher betrafen vor allem den massiven Transitverkehr durch das Territorium Österreichs, die Bedrohung des Arbeitsmarktes in einigen Sektoren (Landwirtschaft, Sozialdienst usw.) sowie die Herabsetzung des Niveaus der Innensicherheit infolge des Zustroms der Kriminellen aus den Nachbarländern, und vor allem aus Polen. Österreichische Politiker hatten keine einheitliche Vision der Zusammenarbeit mit den EU-Beitrittsländern und konsolidierter Aufgaben, die das Land auf die Ostöffnung vorbereiten. Und als die regionalen Behörden des Burgenlandes, das an Ungarn und Slowenien grenzt, die Gelder aus den EU-Fonds in den Bau und Ausbau der Straßen in den Grenzregionen investiert hatten, kritisierten Parteiaktivisten der Grünen die Entscheidung. Ihrer Meinung nach war das mit dem ökologischen Denken und den EU-Richtlinien unvereinbar. Statt die Unternehmen zu einer intensiveren Eisenbahnnutzung, besonders im Warentransport zu zwingen, würde in den Straßenbau investiert. Der Parteichef der Grünen aus Wien, Christoph Chorherr, warnte also vor den Kommunikationsproblemen, die mit dem massiven Straßenverkehr aus Osteuropa nach der Aufnahme der neuen Mitgliedsländern entstehen würden, und schlug eine Erhöhung der Maut für die Lastkraftwagen vor, um wenigstens einen Teil der Unternehmer zu zwingen, Dienstleistungen der Eisenbahn zu nutzen³⁸.

Die meisten Emotionen und Bedenken wurden ausgelöst von dem erwarteten Zustrom von Arbeitnehmern aus den Nachbarländern und aus Polen, die trotz Beschränkungen, durch den Beitrittsvertrag aufgezwungen, eine Arbeit in Österreich zu finden versuchen würden, wo sowohl die Löhne viel höher sind, als auch die Arbeit für einen Fachmann viel leichter zu finden ist, obwohl im November die

³⁷ M. Sikorska, *Polen und die Polen, Österreich und die Österreicher – gegenseitige Wahrnehmung vor der Erweiterung der Europäischen Union*, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2000.

³⁸ Siehe: „Angst vor der Verkehrshölle. Die Grünen kritisieren den massiven Ausbau des Straßennetzes in der Ostregion“ [in:] *Die Presse*, vom 15. November 2003, S. 11.

Arbeitslosenquote in Österreich bis auf 7,2% gestiegen war, also auf das Niveau, das seit fünf Jahren nicht erreicht worden war und Arbeitslosigkeit von 248.000 Personen bedeutete³⁹. Die Arbeitslosigkeit betraf vor allem sowohl Menschen mit niedrigen oder ganz ohne Qualifikationen, als auch Jugendliche mit einem Berufsschulabschluss.

Die Schweizer Journalisten, die die Probleme der Nachbarn aufmerksam verfolgten, stellten mit Genugtuung fest, dass es den österreichischen Arbeitslosen an *Qualifikationen fehlt*⁴⁰. Der Korrespondent der *Neuen Zürcher Zeitung* in Wien, der die statistischen Daten einer durch den Eurostaat durchgeführten Untersuchung analysierte, gab an, dass trotz einer so großen Zahl der Arbeitssuchenden auf dem österreichischen Markt gleichzeitig 19.300 freie Arbeitsplätze angeboten wurden, um die sich ganz wenige Personen bewarben. Dem AMS (Arbeitsmarktservice) nach war es nicht einfach, eine Arbeit in den spezialisierten Firmen für die Arbeitslosen mit einer abgeschlossenen Berufsschule (35%) oder ganz ohne Beruf zu finden. Aber genau solche Personen bildeten sogar 46% der Gesamtzahl der Arbeitslosen⁴¹. Im Zusammenhang mit der oben genannten Berufsstruktur der ohne Beschäftigung bleibenden Personen war es nicht verwunderlich, dass die Vorhersagen für das nächste Jahr keinerlei Verringerung der Arbeitslosenquote in Österreich verhießen,⁴² und österreichische Publizisten an den Kanzler Schüssel appellierten, dass die Regierung entscheidende Schritte wenigstens zwecks Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit, die die Zahl von 39.000 überschritt, endlich unternehmen möge⁴³. Ob das in der Situation der Ausgabenbeschränkungen für die Infrastruktur, wissenschaftliche Forschungen und andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens möglich wäre, was der Chef der SPÖ im Europäischen Parlament – Hannes Swoboda – vorschlug, war mehr als ungewiss⁴⁴.

Der Vorschlag Österreichs, das gemeinsam mit Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Holland und Schweden, also mit

³⁹ „Laut AMS-Daten“, publiziert [in:] *Profil*, vom 5. Dezember 2003, S. 41.

⁴⁰ „Sie können einander nicht finden. Österreichs Arbeitslosen fehlt es an Qualifikationen“ [in:] *Neue Zürcher Zeitung*, vom 18. Dezember 2003. S. 14.

⁴¹ Op. cit.

⁴² Mehr dazu in: „Konturen der Erholung in Österreich“ [in:] *Neue Zürcher Zeitung*, vom 20/21. Dezember 2003, S. 14.

⁴³ M. Nikbakhsh, „Reden wir darüber“ [in:] *Profil*, vom 1. Dezember 2003, S. 43.

⁴⁴ Siehe: Die Umfrage, die vom *Profil* unter den vier Delegationsvorsitzenden der österreichischen Parteien im Europäischen Parlament durchgeführt wurde, [in:] *Profil*, vom 22. Dezember 2003, S. 18/19.

anderen Nettozahlern in der EU, forderte, die EU-Ausgaben auf 1% des Volkseinkommens zu beschränken, war für die Finanzierung der EU-Erweiterung katastrophal, sah auch für die Österreicher nicht gut aus. Weniger Geld in der EU-Kasse würde nicht nur weniger Mittel für die Erweiterung der EU bedeuten, sondern auch für notwendige Ausgaben in den Mitgliedstaaten. Damalige Botschafterin Polens in Wien, Irena Lipowicz, hatte den Apell um Sparmaßnahmen, den Kanzler Schüssel mit Enthusiasmus unterstützte, folgend kommentiert: *Diese finanziellen Kürzungen werden doch auch Österreich treffen. Es bekommt weniger Geld für den Tunnelbau unter dem Brennerpass, für österreichische Landwirte und den Grenzschutz*⁴⁵.

Die Polen und andere EU-Beitrittskandidaten konnten jedoch mehr Verständnis und Unterstützung seitens Österreich kaum erwarten. Diese ambivalente Haltung der Österreicher erklärte sich aus einem einzigen Grundsatz: Die Absicht der Hilfeleistung und jegliche Sympathie endeten dort, wo eigene Interessen berührt und eigenes Geld angetastet wurden.

Zusammenfassung

1. Mai 2004 – ein glückliches Datum für die Polen. Republik Polen wurde Mitglied der EU! Die Österreicher freuten sich nicht so sehr über die Aufnahme von zehn Ländern aus Mittel- und Osteuropa in die EU-Strukturen. Vor der Erweiterung der Union schlugen die Österreicher vor, für die Staatsbürger der neuen EU-Mitgliedsländer, die eine Arbeit auf dem Gebiet der EU aufnehmen wollten, eine siebenjährige Karenzzeit und eine Schutzfrist für vier Branchen festzusetzen. Die Mitglieder der österreichischen Regierung und der Kommissar Franz Fischler spornten österreichische Unternehmer zur Ostexpansion an. 67% der österreichischen Kleinunternehmer waren jedoch der Meinung, dass die EU-Erweiterung ihrem Lande keinen Nutzen bringe. Man übte Druck auf die Regierung aus, damit sie den eigenen Arbeitsmarkt, die Landwirtschaft und die Grenzregionen schützt. Die Österreicher schlugen vor (was andere EU-Nettozahler unterstützten), die EU-Ausgaben auf dem Niveau von 1% des Bruttonationaleinkommens zu beschränken. Sie haben jedoch die Tatsache vergessen, dass die Kürzungen auch ihre eigenen Bürger treffen werden.

⁴⁵ O. Lahodynsky, *Triumphal gescheitert...*, S. 18.

Literatur

- „Angst vor der Verkehrshölle. Die Grünen kritisieren den massiven Ausbau des Straßennetzes in der Ostregion“ [in:] *Die Presse*, vom 15. November 2003, S. 11.
- Außenpolitischer Bericht 1997. Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik; Bericht des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten*, Wien 1998.
- Barcz J., *Austria w Unii Europejskiej. Problemy prawne w procesie akcesyjnym*, Opole: Wydawnictwo Uniwersytetu Opolskiego, 2001.
- Bodlaj S.D., *Rzeczypospolita Polska, Republika Austrii a Unia Europejska (1995–2002)*, Magisterarbeit, verteidigt am Lehrstuhl für Deutschlandstudien der Lodzer Universität, Łódź 2003.
- Polen und Österreich – Partner in Europa*. Die Konferenz fand in den Tagen vom 1. bis zum 3. April 2001 statt. Konferenzheft: *IDM-Info für den Donauraum und Mitteleuropa, Sonderheft 2*, Wien 2002.
- „Die Umfrage, die vom *Profil* unter den vier Delegationsvorsitzenden der österreichischen Parteien im Europäischen Parlament durchgeführt wurde“ [in:] *Profil*, vom 22. Dezember 2003, S. 18–19.
- „Economist“ [in] *Die Presse* vom 15. November 2003.
- „EU-Erweiterung“ [in:] *Profil*, vom 5. Dezember 2003, S. 41.
- „Euro-Barometer“ [in:] *Profil* vom 5. Januar 2004, S. 41.
- Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft*, (Hrsg.) Neisser B.H., Puntscher-Riekmann S., Wien: WUV, 2002.
- Fiedor K., *Austria. Zarys dziejów politycznych*, Łódź: Wydawnictwo WSSM, 2000.
- Fischler F., *Aufschwung, Friede, Mitbestimmung. Fünf Jahre österreichische Mitgliedschaft in der EU*, [in:] Österreich in der EU. Bilanz und Ausblick, Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Wien: UW Verlag, 2000, S. 6–11.
- Grüll M., „Zukunft ohne Grenzen“ [in:] *Profil*, vom 26. Januar 2004, S. 60.
- Heuberger J., „Der Grenzgänger“ [in:] *Profil*, vom 26. Januar 2004, S. 80–81.
- „Jugendliche sind Europafans“ [in:] *Profil* vom 1. Dezember 2003, S. 19.
- „Konturen der Erholung in Österreich“ [in:] *Neue Zürcher Zeitung*, vom 20/21. Dezember 2003, S. 14.
- Lahodynsky O., „Die Nervensäge“ [in:] *Profil*, vom 1. Dezember 2003, S. 16–21.
- „Laut AMS-Daten“ [in:] *Profil*, vom 5. Dezember 2003, S. 41.
- Magenschab M., „Österreichs Chancen im Donauraum“ [in:] *Morgen*, Jg. 21, Nr. 111, Februar 1997, S. 8–11.
- Nikbakhsh M., „Reden wir darüber“ [in:] *Profil*, vom 1. Dezember 2003, S. 43.
- Nikbakhsh M., „Wir Neurotiker“ [in:] *Profil*, vom 5. Januar 2004, S. 41.
- Offene Fragen. Offene Antworten*. Eine Informationsinitiative der österreichischen Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, Wien: UW Verlag, 2000.
- Pelinka A., Rosenberger S., *Österreichische Politik. Grundlagen. Strukturen. Trends*, Wien: Wien Verlag, 2000.
- Profil* vom 22. Dezember 2003, S. 18.
- Profil*, vom 5. Januar 2004, S. 57.
- „Profil-Extra. Wirtschaftsraum Zentraleuropa. Im Zentrum Europas“ [in:] *Profil*, vom 26. Januar 2004, S. 61–95.

- „Sie können einander nicht finden. Österreichs Arbeitslosen fehlt es an Qualifikationen“ [in:] *Neue Zürcher Zeitung*, vom 18. Dezember 2003. S. 14.
- Sikorska M., *Polen und die Polen, Österreich und die Österreicher – gegenseitige Wahrnehmung vor der Erweiterung der Europäischen Union*, Warszawa: Instytut Spraw Publicznych, 2000.
- Schüssel W., „Zukunft gewinnen, Österreich erfolgreich regieren“, *Regierungsbilanz 02*, Wien 2002.
- „VCP in Polen“ [in:] *Profil*, vom 15. Dezember 2003, S. 43.
- „25.000 Euro pro Firma und Tag“, Sonntagsbeilage, [in:] *Die Presse-Economist*, vom 15. November 2003.

Maciej Paszyn*

**BEISPIELE FÜR ZUSAMMENARBEIT UND
GESCHÄFTSBEZIEHUNGEN ZWISCHEN
ENERGIEUNTERNEHMEN AUS ÖSTERREICH UND
DEUTSCHLAND IN DEN JAHREN 2008–2013**

ABSTRACT: The aim of this article is to present the collaboration between companies in the energy sector in Austria and Germany. During the financial crisis 2008–2012, Austrian energy companies became important partners of German firms supplying Germany with the energy necessary for industries and households. In addition, companies from Austria and Germany participated in the first phase of construction of the pipeline *Nabucco*. Thanks to manage capital of Austrian and German companies, they may now jointly pursue the objective of expansion in third countries market. After the energy reform, known as the *Energiewende*, Germany needs more electricity, which largely provide the company with a smaller, but equally high-tech Republic of Austria.

KEY WORDS: Germany, Austria, energy, energy companies, energy collaboration, Nabucco.

Das Ziel des vorliegenden Artikels ist es, die Zusammenarbeit der österreichischen und deutschen Unternehmen auf dem Energiemarkt und ihre gegenseitigen Beziehungen, Investitionen und ihre gemeinsamen Geschäftsunternehmen in den Jahren 2008–2013 zu präsentieren. Die in diesem Artikel beschriebenen Geschäftsaktivitäten beziehen sich hauptsächlich auf große Energieunternehmen, die auf dem kleinen, aber wohlhabenden österreichischen Markt dominieren, und zugleich auch auf dem viel größeren deutschen Markt investieren. Das charakteristische Merkmal der österreichischen Treibstoffunternehmen ist ein

* Dozent an der Lodzer Universität, Katedra Badań Niemcoznawczych, 90–131 Łódź, ul. Narutowicza 59a, E-Mail: macpaszyn@uni.lodz.pl.

wichtiger Anteil des Staates an ihrer Beteiligungsstruktur. Auf diese Art und Weise haben die staatlichen Behörden einen Einfluss auf die Strategien von Unternehmen und sind in der Lage, langfristige wirtschaftliche, und manchmal auch politische Ziele zu erreichen.

Die österreichische Wirtschaft ist durch starke Bindungen mit der EU und Weltwirtschaft von Schwankungen der externen Wirtschaftslage abhängig. Die schwache Wirtschaftskonjunktur in der Welt und in Deutschland – dem größten Handelspartner von Österreich, und der wachsende Euro-Dollar-Wechselkurs beeinflussten die Abschwächung der österreichischen Warenexporte. Das erhöhte auch die Kosten der in die Republik importierten Treibstoffe. In Österreich liefern Wasserkraftwerke fast 70% der Elektrizität. Das Land verfügt über keine Kernkraftwerke. Die Stromerzeugung pro Einwohner beträgt jährlich mehr als 6 600 kWh¹. Die österreichische Regierung liberalisierte im Jahr 2001 hundertprozentig den Strommarkt, und im Jahre 2002 den Erdgasmarkt. Auf dem liberalisierten Energiemarkt in Österreich spielten die erneuerbaren Energiequellen als der Zukunftsindustriezweig eine zunehmende Rolle. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch in Österreich hat seit Mitte der 70er Jahre rasch zugenommen und beträgt jetzt mehr als 23% des Gesamtverbrauchs. Die wichtigste erneuerbare Energiequelle ist die Wasserkraft (über 11% des Gesamtverbrauchs), und an zweiter Stelle (11%) biogene Kraftstoffe (vor allem Biomasse)². Österreich platziert sich an dritter Stelle in der EU (nach Schweden und Finnland) in Bezug auf den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch. Ende 2009 gab es in Österreich 164 Windkraftanlagen mit der Leistung von 139,3 MW. Diese Anlagen haben im Jahr 2002 rund 250 GWh Strom produziert, was die Nachfrage von etwa 70 000 Haushalten abgedeckt hat. Im Hinblick auf die Nutzung der Sonnenenergie zur Wassererwärmung befindet sich Österreich an zweiter Stelle in der EU (nach Griechenland). Der Anteil der Solarenergie

¹ *Energy Efficiency Policies and Measures in Austria*, S. 63–65, [in:] https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/2011_energy_infrastructure_en.pdf, Stand vom 11.04.2015.

² *Ibidem*, S. 30, European Commission, (2008b), *Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Region, '2020 by 2020. Europe's climate change opportunity'*, COM 2008/30 final. [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/note/join/2008/408552/IPOL-JOIN_NT\(2008\)408552_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/note/join/2008/408552/IPOL-JOIN_NT(2008)408552_EN.pdf), Stand vom 25.04.2015.

am Gesamtenergieverbrauch übersteigt jedoch 1% nicht. Allerdings liegt jetzt der Anteil der Biomasse am Gesamtenergieverbrauch bei 10%, und fast eine halbe Million Haushalte benutzen Biomasse als Heizmaterial. Zu den populärsten Quellen von erneuerbaren Energien gehören auch Biogas und Biotreibstoffe. Man kann an dieser Stelle eine interessante Warmenergiequelle erwähnen, und zwar die Thermalbäder. Sie spielen zwar keine sehr wichtige Rolle in der österreichischen Wirtschaft (ihr Potential ist circa 2 000 MW Wärmeenergie und 7 MW Strom), aber sie bilden eine interessante Abwechslung und zeigen, welche Bedeutung auch die kleinsten Möglichkeiten des Energiegewinns in Österreich haben³.

Im Sommer 2009 sagte der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann am Energiegipfel, dass die Österreicher keinen Atomstrom mehr haben möchten. Das Verkaufs- und Importverbot des Atomstroms würde die Notwendigkeit nach sich ziehen, spezielle Strukturen und Ämter zu berufen, die sich mit der Kontrolle und Zertifizierung von Stromquellen befassen würden.

Eines der wichtigsten Ziele der Energiepolitik der österreichischen Bundesregierung ist es, ein umweltfreundliches Energiesystem zu schaffen. Die energiepolitische Strategie Österreichs zielt auf die Erhöhung der Energieeffizienz und Förderung der erneuerbaren Energiequellen ab. Die Veränderungen, die die österreichische Energiewirtschaft in den kommenden Jahren erwarten, sind weitergehend als die von der EU vorgeschlagenen. Während die Europäische Kommission bis zum Jahr 2020 die Senkung der Treibhausgasemissionen um 20% und den 20-prozentigen Anteil der erneuerbaren Energien an der Gesamtenergieproduktion vorschlägt, setzt Österreich die 16-prozentige Reduktion der Emissionen und den Anteil der erneuerbaren Energien in Höhe von 34% voraus. Österreich gehört zu den fünf EU-Ländern, die bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien bis 25% erhöhen müssen⁴. Es handelt sich auch um eine neue Energiestrategie und den Umweltschutz. Im Februar 2007 hat die österreichische Regierung eine neue Strategie für den Klimawandel veröffentlicht, die jährlich eine Reduzierung der Emissionen um 9 Mio. Tonnen CO₂ in

³ EC, *Priorities for 2020 and Beyond – a Blueprint for an integrated European Energy Network*, COM (2010), 17 November 2010.

⁴ O. Silla, *The internal energy market and neighboring countries*, [in:] Ch. Jones (Hrsg.), *EU Energy Law. The Internal Energy Market. The Third Liberalization Package*, Vol. I, Claeys & Casteels 2010, S. 580–584, <http://ec.europa.eu/energy/en/topics/infrastructure/baltic-energy-market-interconnection-plan>, Stand vom 2.05.2015.

dem Zeitraum 2008–2012 voraussetzt⁵. Die neue von der Regierung im März 2007 akzeptierte Strategie zielte auf die Erhöhung der Ausgaben für erneuerbare Energien ab. Ein paar Jahre später, also im Jahre 2011, wenige Monate nach der Atomkatastrophe in Fukushima, begann die Energie-Transformation der BRD, die als eine endgültige Entscheidung galt und wegen dem auferlegten Änderungsstempo eine neue Qualität in der Energiestrategie Deutschlands bildete⁶. Ihre Hauptziele sind: Ausstieg aus der Atomenergie bis 2022, Entwicklung der erneuerbaren Energiequellen, Ausbau des Übertragungsnetzes, Bau neuer konventioneller Kraftwerke und Steigerung der Energieeffizienz. Die Strategie muss in erster Linie auf der Entwicklung von erneuerbaren Energiequellen basieren. Laut Gesetzesänderung über erneuerbare Energien steigt ständig der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion – von derzeit ca. 20% auf ca. 38% im Jahr 2020. 2030 erwartet man etwa 50%, 2040 65% und im Jahr 2050 sogar 80%. Wie die Kraftstoffmarktexperten und Journalisten, die sich mit diesen Veränderungen beschäftigen, betonen, beschränken sich die Folgen der Energiewende nicht auf den Bereich der Energieversorgung. Auf lange Sicht kann man mit Veränderungen im Funktionieren der Wirtschaft, der deutschen Gesellschaft und des Staates rechnen. Die Energiewende kann sich als Beginn der *dritten industriellen Revolution* in Richtung der *grünen Wirtschaft* erweisen. Die Wandlung als Folge der politischen Entscheidungen über Veränderungen im Energiesektor haben offensichtlich Einfluss auf Handlungen der Ölgesellschaften, sowohl in Österreich als auch in Deutschland⁷.

Der größte Energieerzeuger in Österreich ist der Verbund AG, der als Verbundgesellschaft oder Österreichische Elektrizitätswirtschafts-AG bekannt ist. Der Verbund produziert mehr als 40% der in diesem Land erzeugten Energie, davon 90% von Wasserkraft. Dieser Verbund ist an der Wiener Börse notiert und gehört zu den sog. *Blue Chips* in diesem Bereich. Das seit 1947 bestehende Unternehmen ist ein bedeutender Lieferant der Elektrizität in der Republik. Die Stärkung der Position verhinderte die zweimalige Nationalisierung der Firma nicht, die von den Behörden in den Jahren 1956

⁵ A. Kwiatkowska-Drózdź, *Niemiecka transformacja energetyczna: trudne początki*, Raport Ośrodka Studiów Wschodnich 12.2012, [in:] <http://www.osw.waw.pl/pl/publikacje/raport-osw/2012-12-06/nemiecka-transformacja-energetyczna-trudne-poczatki>, Stand vom 14.04.2015.

⁶ Ibidem.

⁷ AEA, *Energy Policies and Measures in Austria*, S. 65, <http://www.energyagency.at>, Stand vom 14.04.2015.

und 1987 durchgeführt wurde. Seit dieser Zeit hat der Staat eine entscheidende Stimme in der Geschäftsführung der Gesellschaft. Obwohl seit 1988 zwar 49% der Aktien des Unternehmens an der Wiener Börse notiert ist, hat der Staat sowieso die ausschlaggebende Stimme. In den 90er Jahren unterlag die österreichische Energieindustrie wieder den organisatorischen Veränderungen. Lokale Energieunternehmen, wie z.B. TIWAG (Tirol) und EVN (Niederösterreich), wurden auf dem Aktienmarkt aktiviert oder durch den Verbund aufgenommen. Das Ziel der Konsolidierung war die Stärkung des nationalen Betreibers, der sich in den Händen des Staates befand. Der Staat besaß in allen diesen Unternehmen über 25% der Anteile. Über 90% der von dem Verbund produzierten Energie ist das Ergebnis des Funktionierens von entwickelten Wasserkraftwerken in Österreich. Der Verbund besitzt 88 Wasserkraftwerke in den Bergregionen in Tirol, Kärnten und Steiermark und an der Donau und anderen Flüssen. Die Erzeugungskapazität von dem Verbund ist mit der Wasserkraftproduktion verbunden, geschätzt auf 6 600 MW; und die Energieproduktion auf 24,8 Mrd. kWh. Darüber hinaus ist der Verbund an der Produktion von Wärmeenergie, als einer der größten Anbieter in Österreich, beteiligt. Die jährliche Produktion beläuft sich auf 900 Mio. kWh. Die zu dem Konzern gehörenden Kraftwerke, wie: Dürnrrohr, Mellach und Neudorf-Werndorf II, haben die Leistung von 815 MW⁸.

Im Jahre 2009 hat der Verbund 13 Kraftwerke am Inn in Bayern gekauft. Die Gesamteffizienz der neuen Anlagen soll 312 MW, und die Stromproduktion 1,85 Mrd. kWh erreichen. Der Kauf des Wasserkraftwerkes gemeinsam mit dem Konzern E.ON soll dabei helfen, der größte Produzent von Wasserkraft in Europa zu werden. Am 3. Dezember 2012 wurde in Wien bekannt gegeben, dass der Verbund als *der führende Stromerzeuger in Österreich beabsichtigt, seine Position als einer der bedeutendsten Produzenten von Strom aus Wasserkraft in Europa weiterhin zu stärken*⁹. Deshalb entschied sich der Verbund für den Ankauf der Aktien von E.ON, darüber hinaus kaufte er Anteile an den weiteren acht gebauten Wasserkraftwerken an den Flüssen Inn und Donau. Diese Aktivitäten sollen die durchschnittliche Jahresproduktion von etwa 2 Mrd. kWh erhöhen, was den jährlichen Stromverbrauch von rund 600 000

⁸ *Verbund. Investor Relations*, www.verbund.com.at, Stand vom 23.04.2015.

⁹ *OMV und VERBUND schaffen führendes Energieunternehmen*, <http://www.verbund.com/cc/de/news-presse/news/2012/05/10/Energieunternehmen>, Stand vom 29.04. 2015.

Haushalten wert ist. Die von dem österreichischen Konzern übernommenen Wasserkraftwerke sind: Ering, Ingling und Nusssdorf mit der Gesamtproduktion von 592 Mio. kWh. Außerdem übernimmt der Verbund 50% der Anteile in Österreich: Bayerische Kraftwerke AG („OBK“), die Kraftwerke in Oberaudorf-Ebbs, Simbach-Braunau, Schärding-Neuhaus und Passau-Ingling, die 994 Mio. kWh produzieren.

Im Rahmen der Transaktion kauft der Verbund auch 20,28% der Ausgangsleistung von dem Kraftwerk Zemm-Ziller (ca. 237 Mio. kWh). Das bedeutet den Elektrizitätsanstieg von 60%, der das Umsatzobjekt zwischen den beiden Unternehmen sein sollte, was mit E.ON im Jahr 2009 vereinbart wurde. Darüber hinaus hat der Verbund von E.ON 50% der Anteile in den Wasserkraftwerken Freilassing erworben (Produktionskapazität von 18 MW), Tittmoning (ca. 18 MW) und Riedl. Nach der Anteilübernahme werden acht Kraftwerke vollständig zum Eigentum vom Verbund. Außerdem hat der Verbund der Gruppe E.ON mehr als 200 Mio. kWh übergeben, die aus dem Wasserkraftwerk Zemm-Ziller stammten.

Im Gegenzug erwirbt E.ON, einer der weltweit größten Energieversorger, Aktien vom Verbund in der türkischen Enerji SA. Nach Abschluss der Transaktion soll der deutsche Konzern 50% der Anteile besitzen. Diese Transaktion resultierte aus der Tatsache, dass der Verbund sich auf die Umsetzung der strategischen Prioritäten konzentriert, die mit der Präsenz auf den Märkten in Österreich und Deutschland verbunden sind.

Darüber hinaus ist das Unternehmen zu dem Schluss gekommen, dass es seine Präsenz auf den wichtigsten Märkten in Deutschland und Österreich stärken sollte. Wie der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Anzengruber feststellt: *Wir wollen uns auf die Märkte in Österreich und Deutschland konzentrieren. Deshalb nutzen wir die Gelegenheit, unsere Wasserkraftproduktion in Deutschland auszubauen und mehr Kontrolle über bestehende Investitionen zu gewinnen. Diese Transaktion stärkt unsere Position als einen der führenden Hersteller von Wasserkraftwerken in Europa. Nach der Transaktion werden die Wasserkraftwerke zum 100-prozentigen Besitz des Verbunds. In Zukunft helfen sie dem Verbund, durchschnittlich 3,9 Mrd. kWh Strom aus Wasserkraft im Jahr zu produzieren*¹⁰. Der Erwerb der Wasserkraftanlagen in Deutschland unterstützt zusätzlich auch den Verkauf und Handelsaktivitäten vom Verbund auf den wichtigsten internationalen Märkten. Im Jahr 2011 hat

¹⁰ Ibidem.

der Verbund circa 60% des von sich erzeugten Stroms auf den internationalen Märkten, insbesondere auf dem deutschen Markt, verkauft. Im Jahre 2011 wurden von für den Export vorgesehenen etwa 28 Mrd. kWh etwa 75% in Deutschland verkauft.

Die verstärkten Investitionen des Verbunds in Deutschland haben dazu geführt, dass ein weiterer österreichischer Energiekonzern, die EVN, ankündigte, dass seine Geschäftszahlen in Folge der niedrigeren Kapitalerträge, wie z.B. Dividenden, die von dem Verbund AG ausgezahlt wurden, im ersten Halbjahr 2012 um 30,9% gesunken sind. Es ist darauf hinzuweisen, dass die EVN und die Wiener Stadtwerke den 25-prozentigen Anteil im Verbund besitzen. Der Jahresüberschuss von der EVN belief sich 2011 auf 207 Mio. Euro, von EBIT 187,3 Mio., mit Umsätzen in Höhe von 2,75 Mrd Euro.

Das größte Kraftstoffunternehmen in Österreich ist die ÖMV („Österreichische Mineralölverwaltung“). Das Unternehmen hat den Kraftstoffmarkt der Republik dominiert. Als einer der führenden Importeure und Vertreiber von Öl und Gas hat die Firma eine bedeutende Position auf dem Wirtschaftsmarkt des Landes erreicht. 30 Tausend Mitarbeiter erwirtschafteten 3,4 Mrd. Euro. Außer Import beschäftigt sie sich auch mit dem lokalen Abbau von Bodenschätzen. Im Jahr 2010 förderte die ÖMV 840 000 Tonnen Öl und 1,5 Mrd. Kubikmeter Gas. Auf diese Art und Weise wird entsprechend 87% und 88% der lokalen österreichischen Gewinnung dieser Energieträger geliefert¹¹.

In den letzten zehn Jahren ist die Expansionspolitik des Unternehmens zu sehen. Die ÖMV kaufte 10% der Anteile der ungarischen Gesellschaft MOL und wurde zu ihrem größten institutionellen Aktionär. Im Jahr 2007 erhöhte die ÖMV ihren Anteil an der MOL auf 20,2%. Im Hinblick auf den Widerstand der Europäischen Kommission im Jahr 2009 war die ÖMV dazu gezwungen, einen Teil der Aktien zu verkaufen. Auf dem deutschen Markt waren für die ÖMV die Handlungen sehr wichtig, die auf die Verstärkung der Position im süddeutschen Bayernoil abzielten. Die ÖMV kaufte Bayernoil von BP im Jahr 2003 für 377 Mio. Euro. Das deutsche Unternehmen war für die ÖMV besonders wichtig wegen der Pipelines

¹¹ Die Hauptaktionäre von der ÖMV sind: 31,5% Österreichische Industrieholding AG, Investitionsfund Republik, 24,9% International Petroleum Investment Company, eine Investmentgesellschaft, die im Jahr 1984 in Abu Dhabi gegründet wurde. Mehr als 43% der Aktien waren in den Händen von Kleinaktionären. Die Gewinne der staatlich kontrollierten Holdinggesellschaft ÖMV erreichen 2,5 Mrd. Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 34 Mrd. Euro.

und der Nutzungsmöglichkeit der über 700 km langen Transalpine-Ölleitung von Triest nach Ingolstadt und der österreichischen Neustadt. Es gab auch die Möglichkeit, Bratislava zu erreichen und das europäische System von Rohrleitungen der Pan-European-Ölpipeline zu nutzen.

Am 13. Dezember 2013 kündigte das Konsortium Carlyle Vitol Group den Erwerb von 45% der Anteile an der Raffinerie in Deutschland von ÖMV Bayernoil an. Der Grund dafür war einerseits die unternehmerische Strategie von Carlyle Vitol Group zwecks Verstärkung der Position auf dem deutschen Markt, der Verarbeitung, Verteilung und Lagerung von Öl und seinen Derivaten. Andererseits war auch der Wunsch zu beobachten, seine Position in der Branche im nordwestlichen Europa zu stärken¹². Die internationale Firma Vitol, von Henk Vietor im Jahr 1966 in der Schweiz gegründet und registriert, die sich mit Handel von Rohöl, Metallen, Kohlen und Erdgas beschäftigt, hat im Jahr 2012 mehr als 30 Mio. Dollar Umsatz erzielt. Beide Unternehmen verfügen jeweils über 50% in Varo Energy, dem Tochterunternehmen Bayernoil, die Venture-Raffinerie leitet und Groß- und Einzelhandel von Kraftstoff betreibt. Für die Energiemarktanalysten war es rätselhaft, dass die ÖMV sich dazu entschlossen hat, nicht nur die Aktien, sondern auch die Bayernoil Größmehring Bitumenfabrik zu verkaufen. Aber die Tatsache, dass die Deutsche Bank im Januar 2012 bei der Bedienung vom Konvertierungsprogramm-Portfolio angestellt wurde, war ein Zeichen dafür, dass sich das österreichische Unternehmen auf die Gewinnung von Rohstoffen und die Produktion nur von Kraftstoff konzentriert. Für Carlyle und Vitol war es dagegen wichtig, dass der deutsche Markt den Zugang zum Kraftstoff gewinnt. Nach Berichten der Agentur Blomberg belief sich der Wert der Transaktion auf 600 Mio. Euro¹³. Solche Aktivitäten von der ÖMV liegen in einem bestimmten Geschäftstrend. Am 18. November 2011 haben ORLEN Deutschland GmbH und ÖMV Deutschland GmbH einen Vertrag über den Ankauf von ORLEN der 56 ÖMV-Netzwerk-Tankstellen in Thüringen und Sachsen unterzeichnet. So erschien die deutsche ORLEN-Gruppe auf den

¹² Carlyle wurde 1987 von der Private Equity Gesellschaft in Washington DC gegründet und erreichte den Umsatz von 17 Mrd. Euro und einen Nettogewinn von 1,5 Mrd. Euro pro Jahr.

¹³ *The Wall Street Journal*, *The Carlyle Group and Vitol Group to invest in Varo Energy to Create a Major New Energy Midstream Group across North-West Europe*, Dezember 2011. www.vitol.com/the-carlyle-group-and-vitol-group-to. Stand vom 23.04.2015.

Märkten der anderen Bundesländer¹⁴. Nach der Transaktion wird das Netzwerk von ORLEN Deutschland 574 Tankstellen umfassen. Die durch die Agentur zitierten Analysten bestätigen die Ansicht, dass diese Maßnahmen, also die Veräußerung der Anteile an den Raffinerien und Tankstellen, aus der Strategie der ÖMV und des Engagements des Unternehmens in größeren Geschäftsplänen resultieren, die mit der Gas-Übertragung aus Zentralasien im Zusammenhang stehen.

Dies ist eine aus der Sicht der EU wichtige nahöstliche Investition der ÖMV, die mit dem Bau der Nabucco-Gaspipeline verbunden ist, der Pipeline, die die Gasfelder am Kaspischen Meer mit Südeuropa verbindet. Im Jahr 2009 haben die ÖMV und viele andere österreichische Unternehmen damit begonnen, eine 3 300 km lange Nabucco-Gaspipeline zu bauen, was 4,6 Mrd. Dollar kosten sollte, um teilweise Europa von russischem Gas unabhängiger zu machen. Das Projekt sah den Transport von dem kaspischen und iranischen Gas auf den Balkan und nach Ungarn vor. Letzten Endes sollte im österreichischen Baumgarten ein Gaspumpwerk gebaut werden, um Gas in Westeuropa zu verkaufen. Im Jahr 2009 hat die deutsche RWE ihre Bereitschaft erklärt. Im Juli 2009 hat sich die ÖMV bereit erklärt, dass zum Berater vom Nabucco-Konsortium Joschka Fischer wird. Dies sollte von der Bedeutung des Projekts für die westlichen Auftragnehmer zeugen. Darüber hinaus erklärte sich die RWE im Jahr 2010 bereit, über 7 Mrd. Dollar in den Bau der Nabucco zu investieren. Die RWE, genauso wie die ÖMV, hat sowohl mit der National Iranian Oil Company, als auch mit der Regierung von dem Kurdistan-Irak, das Abkommen über die Zusammenarbeit beim Bau und Betrieb der Pipeline unterzeichnet¹⁵. Ohne aktive Beteiligung der ÖMV wäre die deutsche RWE wahrscheinlich für diese Art von Investitionen und Unternehmenserklärungen nicht bereit. Wie allgemein bekannt, stößt das Nabucco-Projekt bis jetzt auf zahlreiche Schwierigkeiten. Die Reuters-Agentur teilte am 3. Dezember 2012 mit, dass die deutsche RWE beabsichtigt, sich von dem europäischen Projekt „Nabucco West“ zurückzuziehen und ihre Aktien in Höhe von 16,1% der ÖMV zu verkaufen.

¹⁴ *Orlen przejmuję niemieckie stacje OMV*, 18.11. 2010, <http://www.cire.pl/item,50404,1,0,0,0,0,0,orlen-przejmuje-niemieckie-stacje-omv.html>, Stand vom 15.05.2015.

¹⁵ *RWE signs Nabucco cooperation deal with Iraq Kurds* [in:] <http://uk.reuters.com/article/2010/08/27/rwe-nabucco-iraq-idUKLDE67Q12H20100827>, Stand vom: 12.04.2014.

Ein entsprechender Vertrag sollte bis zum Ende des Jahres unterzeichnet werden. Experten vermuten, dass die Gasleitung Nabucco in Frage gestellt wird. Die Firmen sind von Schätzungen der steigenden Kosten enttäuscht¹⁶.

Ein Beispiel dafür, dass Geschäftsbeziehungen der österreichischen und deutschen Unternehmen nicht immer einfach und berechenbar sind, kann das Funktionieren des zweitgrößten Energieproduzenten in Österreich sein. Die EVN (Energieversorgung Niederösterreich) funktioniert in Niederösterreich und liefert Energie an Kunden in Österreich und in den Nachbarländern. Der Hauptsitz der Firma befindet sich in dem kleinen Dorf Maria Enzersdorf. Das Unternehmen beschäftigt 8000 Mitarbeiter, und sein Umsatz im Jahr 2011 betrug 2,7 Mrd. Euro. Die EVN war schon in den 80er Jahren an der Wiener Börse, mit Vorbehalt, dass 51% der Anteile die Regierung von Niederösterreich übernimmt. 1989 und 1990 waren die restlichen 49% der Aktien im Streubesitz. Die auf diese Art und Weise gewonnenen Finanzmittel erlaubten viele Investitionen im Land, beispielsweise die Entwicklung der Investitionen im Bereich der Wasserversorgung und Telekommunikation. Die von der EVN benutzten wesentlichen Rohstoffe sind Wasserkraft, Geothermie und Wind. Der Hauptaktionär der EVN-Gruppe ist die Regierung von Niederösterreich mit 51% der Anteile. Der weitere Aktionär ist die deutsche EnBW mit 35% der Anteile. Die restlichen 14% werden von Minderheitsaktionären gehalten. Als sich die EVN entschloss, die Rolle des Staates und der Kleinaktionäre zu Lasten des zweiten Großaktionärs zu stärken, wurde das Kapital wegen Widerstand des deutschen Unternehmens erhöht, für den Fall, wenn sich die EnBW weigert, einen Aktienteil in Rahmen der Transaktion zu verkaufen. Die Energie Baden-Württemberg AG berichtete, dass sie diese Form vom Verkauf nicht genehmigt. Die EVN hat ursprünglich geplant, insgesamt 57,3 Mio. Aktien zwecks Kapitalerhöhung zu verkaufen.

Es ging dabei um 16.400.000 der neuen Aktien und 40.900.000 der Aktien aus der bestehenden Aktiengesellschaft EnBW. Der deutsche Konzern würde nach dieser Transaktion seinen Anteil von 35,72% auf 10% reduzieren. Der Widerstand der EnBW, die beschlossen hat, ihre Anteile nicht zu verkaufen, hat allerdings diese Transaktionen verzögert. Die EnBW vertrat den Standpunkt, dass

¹⁶ Nach dem Rücktritt des russischen Gazprom und der Errichtung eines wettbewerbsfähigen Süd-Stroms besteht die Möglichkeit des Nabucco-Gas-Pipeline-Projekts.

der vorgeschlagene Preis von 10,50 Euro pro Aktie zu niedrig ist. Trotz des Widerstands der deutschen Investoren beschloss man, Aktien zu diesem Preis herauszugeben. Der EVN-Generaldirektor Dr. Burkhard Hofer äußerte sein „Bedauern“ über die Entscheidung des deutschen Partners und sagte, dass die österreichische Gruppe wieder neue Aktien ausgeben wird. Diese Maßnahmen können den Anteil der deutschen EnBW an der EVN weiter reduzieren. Die Leiter der österreichischen Gesellschaft sind jedoch davon überzeugt, dass die finanzielle Lage des Unternehmens die entsprechende Anzahl von Investoren erwerben lässt. Ein weiterer Faktor für die Entwicklung neuer Energiekooperationsprojekte war die Entscheidung, die auf der EU-Ebene getroffen wurde, um das finanzielle Engagement für die Schaffung neuer Verbindungsleitungen zu erhöhen. Außer dem bestehenden Förderinstrument TEN-E (Transeuropäische Netze für Energie) wurde im Jahr 2009 ein neuer Investitionsplan erstellt. EEPR (Europäisches Energieprogramm zur Konjunkturbelebung) sieht vor, mehr als 2,3 Mrd. Euro in Zwischensystemprojekte im Gas- und Elektrizitätssektor zu investieren. Zum ersten Mal wurden aus dem EU-Haushalt so erhebliche Mittel den Projekten im Bereich der Energie gewidmet. Zu diesem Zweck sah die Europäische Kommission die Notwendigkeit, ein System von Steckverbindern, vor allem in Deutschland, zu schaffen, um neue Erzeugungskapazitäten aus den nördlichen Spitzenkraftwerken mit Pumpen, die in Österreich und der Schweiz gebaut werden, und neue Produktionskapazitäten in den Süd-Ost-Ländern zu verbinden. Es sollte auch die Durchlassfähigkeit zwischen der Slowakei, Ungarn und Österreich erhöht werden. Mit der Erarbeitung von konkreten Vorschlägen und Regionalplänen soll sich die von den EU-Behörden ins Leben berufene hochrangige Gruppe (HLG – High Level Group) beschäftigen, die aus den Ländern von Mittel- und Osteuropa (Tschechien, Polen, die Slowakei, Ungarn, Österreich, Bulgarien, Deutschland, Rumänien) besteht. Die Gruppe soll sich sowohl mit Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und der Entwicklung der Region, als auch mit den Entwicklungsplänen der Steckverbinder von Gas, Öl, Strom befassen.

Es passiert, obwohl die österreichische Energie-Kammer im November 2013 den Standpunkt präsentierte, in dem sie die Reform des Energiemarktes in Deutschland fordert. Nach der Meinung der österreichischen Energieproduzenten führte die zu rasche Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland zur Destabilisierung des Energiemarktes in beiden Ländern. Daher fordert der österreichische Energiesektor die Vereinheitlichung der Förderregelung für

erneuerbare Energien in Deutschland und Österreich und die Schaffung einer gemeinsamen Marktmacht (das System von Kraftwerken bietet Leistungsreserven für den gemeinsamen Energiemarkt der beiden Länder). Die Österreicher schlagen vor, die Rechte für RES zu begrenzen, indem sie u.a. auf die Priorität in dem Zugriff auf das Netzwerk verzichten und aktuelle Produzenten von erneuerbarer Energie dazu überreden, die Energie direkt auf dem Markt zu verkaufen, statt sie den Netzbetreibern zu einem von dem deutschen Staat garantierten Preis zu verkaufen. Die rasante Entwicklung der Wind- und Solar-Energie in Deutschland hat zum Ungleichgewicht auf dem deutschen und österreichischen Markt geführt – die subventionierte erneuerbare Energie wird zu einem niedrigeren Preis als die von konventionellen Kraftwerken verkauft.

Man soll nicht vergessen, dass trotz der österreichischen Befürchtungen auch die deutsche Industrie und Privatkunden von dem südlichen Nachbarn abhängig sind. Einer der Energieversorger in Deutschland war gezwungen, die Reserven des österreichischen Stroms innerhalb von zwei Tagen im Dezember 2011 als „Vorsichtsmaßnahme“ zu verwenden. Nach Angaben der Zeitung „Die Welt“ wurde der Netzbetreiber Tenne, ein Teil der deutschen nationalen Netzgesellschaft, dazu gezwungen, die Energie aus Österreich am 8. und 9. Dezember 2011 zu nutzen, um die Stabilität des Angebots zu gewährleisten¹⁷.

Die Transaktion wurde von der Bundeszentrale für das Übertragungsnetz bestätigt. Die österreichische Firma EVN startete kurz ein altes Kraftwerk in der Nähe von Graz, um die Energie nach Deutschland zu exportieren. Die TenneT-Sprecherin sagte der Zeitung *Die Welt*, dass die Wetterbedingungen in Norddeutschland die Nutzung des vollen Potenzials der Windenergie an der Nordsee nicht erlaubten und deshalb der südliche Teil von Deutschland von dem österreichischen Energiesystem versorgt werden musste. Außerdem wurde infolge der Entscheidung der Regierung in Berlin über den Verzicht auf die Kernenergie zu diesem Zeitpunkt das Kernkraftwerk Gundremmingen in Bayern geschlossen. Vorübergehend wurden alte Kohlekraftwerke in Betrieb gesetzt, um die Verbraucher

¹⁷ TenneT wurde 1998 gegründet und gehört zu dem niederländischen Ministerium für Wirtschaft. Seit 1.1.2010 besitzt TenneT deutsche Unternehmen Transpower Stromübertragung GmbH, die vor der Transaktion Teil des Konzerns E.ON war. Seit dieser Zeit ist er auf dem Markt als die TenneT TSO GmbH bekannt. Das Unternehmen verfügt nun über ein Netz von 20 392km, mit dem 36 Mio. Kunden mit Strom versorgt sind. Sein Jahresumsatz beträgt mehr als 1,5 Mrd. Euro. Das Unternehmen beschäftigt 2000 Mitarbeiter.

mit Strom versorgen zu können. Das TenneT-Stromnetz unterstützt den zentralen Teil von Deutschland: von der dänischen Grenze im Norden, durch Bayern bis zu den Alpen im Süden. Eine ungewöhnlich lange und schmale Form der TenneT-Zone, die durch die am stärksten industrialisierten Gebiete in Deutschland verläuft, hat zur Folge, dass er besonders anfällig für Störungen und Beschränkung der „Flaschenhalse“ beim Stromtransport von Norden nach Süden ist. Dieses Ereignis hat eine Debatte über die Zukunft der Energiewirtschaft in Deutschland und Zusammenarbeit mit den österreichischen Unternehmen ausgelöst. *In den nächsten 50 Jahren wird Deutschland auf die Stromlieferung aus Österreich angewiesen sein*, so Michael Fuchs, der TenneT-Chef. *Und es handelt sich überhaupt nicht um die technische Unterstützung der Energie, sondern um eine Symbiose* – sagt Fuchs. Ohne den österreichischen Strom sei die deutsche Energiewende unmöglich, fügt er hinzu. Der Vorsitzende von TenneT hat festgestellt, dass die klassischen Kraftwerke nach dem Ausschalten der Kernreaktoren nicht in der Lage waren, genügend Energie zu produzieren, und die Energielieferung aus den Kraftwerken (Windräder, Sonnenkollektoren) wegen dem unbeständigen Wetter nicht zuverlässig war.

Nach Fuchs verfügt die Öko-Energetik über keine ausreichende Menge von geeigneten Übertragungsnetzen. Das 2000 km lange Netzwerk reicht nicht aus. Man braucht weitere 3800 km. Die Kosten für den Bau werden auf 20 Mrd. Euro geschätzt, so dass sie nicht sofort entstehen, sondern im Laufe der nächsten 10 Jahre. Wie an dem noch wenig bekannten Beispiel zu sehen ist, bringt manchmal die Entscheidung über das Schließen der Kernkraftwerke und das Basieren der deutschen Energetik auf Gas- und erneuerbaren Energiequellen unerwartete Probleme mit sich. Deutschland hat keine 100-prozentige Sicherung seines Energiemarktes, obwohl die Produktion 558 Mrd. kWh Strom pro Jahr beträgt. Deshalb ist es gezwungen, das Energiepotenzial des südlichen Nachbarn zu nutzen, der 68 Mrd. kWh produziert¹⁸. Es stellt sich die Frage, wie es möglich ist, dass die österreichischen Energieunternehmen in der Lage sind, ihre Kunden aus einem größeren Land zu unterstützen, das viel mehr Energie produziert und über 16 Mrd. kWh exportiert? Dies ist auf Folgendes zurückzuführen: Österreich steht an der Spitze der Technologie

¹⁸ *Anschluss energetyczny Niemiec*, 10.09.2012, <http://ebe.org.pl/energetyka-w-mainstreamie/energetyczny-anschluss-niemiec.html>, Stand vom 12.03.2014.

und Dienstleistungen, die mit der Energieerzeugung verbunden sind. Wegen seiner geographischen Lage und Beschaffenheit des Geländes ist es ein großer Produzent von Wasserkraftenergie, der günstigsten Quelle der erneuerbaren Energie. Österreich hat auch Wasser- und Windkraft-Technologien sowie Lösungen, die für die Entwicklung der Wasser- und Wind-Energie behilflich sind. Dadurch hat es die anderen EU-Länder überholt. Der Anteil der erneuerbaren Energiequellen als Prozentsatz des Gesamtenergieverbrauchs ist traditionell höher als in anderen EU-Ländern. Diese Tendenz ist seit Anfang der 80er Jahre zu beobachten, als die Produktion von Energie aus erneuerbaren Quellen über 20% betrug und voraussichtlich bis zu 85% im Jahr 2020 wächst. Dies bedeutet, dass Österreich Spitzenreiter in Europa ist, wenn es sich um die Herstellung dieser Art von Energie handelt. Österreich ist deswegen unabhängig von importiertem Strom aus Kernenergie oder Kohle. Durch die Verdoppelung der Finanzierung von neuen Technologien entstehen in Österreich Milliardeninvestitionen in „grüne Technologien“¹⁹. Derzeit erwirtschaftet die Umweltindustrie in Österreich einen Jahresumsatz von 10,6 Mrd. Euro und beschäftigt etwa 87 000 Mitarbeiter²⁰. Wie man vermuten kann, werden die Entwicklungsmöglichkeiten dieses Sektors immer besser sein, angesichts der Tatsache, dass die energetischen Maßnahmen der EU nach der Steigerung des Anteils von erneuerbaren Energien in der Energieproduktion streben.

Nicht zu vergessen ist der Fakt, dass Deutschland und Österreich in ihren Energiebeziehungen durch das Funktionieren des europäischen Energiemarktes begrenzt sind. Die Übertragungsnetzbetreiber aus Tschechien, Polen, aus der Slowakei und aus Ungarn erstatteten gemeinsam einen Bericht mit der Analyse der ungeplanten Übertragungen im Stromversorgungssystemen in Mittel- und Osteuropa²¹. Die Analyse zeigt, dass der grenzüberschreitende Warenaustausch zwischen Deutschland und Österreich, realisiert im gemeinsamen Marktbereich DE-AT, erheblichen Stromverkehr

¹⁹ R. Bajczuk, *Austriacy apelują o reformę rynku energii w Niemczech*, 2013–11–27, <http://www.osw.waw.pl/pl/publikacje/analizy/2013-11-27/austriacy-apeluja-o-reforme-rynku-energii-w-niemczech>, Stand vom 2.05.2015.

²⁰ K. Poronińska, *Wpływ współpracy energetycznej krajów Europy Środkowej na regionalne bezpieczeństwo energetyczne i politykę energetyczną*, Warszawa 2013, S. 234.

²¹ EC, *Priorities for 2020 and Beyond – a Blueprint for an integrated European Energy Network*, COM (2010), 17 November 2010. <http://ec.europa.eu/energy/en/topics/energy-strategy/2020-energy-strategy>, Stand vom 30.04.2015.

durch die benachbarten Stromversorgungssysteme verursacht. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Änderung der jetzigen Marktregeln in Bezug auf den grenzüberschreitenden Handel in der CEE-Region notwendig ist, insbesondere in Bezug auf die Abtrennung des gemeinsamen Marktbereichs Deutschland-Österreich und die Einführung der Pflicht, die Fahrwegkapazität an der Grenze zu kontrollieren. Die Nachbarländer, vor allem Polen und die Tschechische Republik, müssen sich wegen des zunehmenden Niveaus des Handelsaustausches DE-AT mit erheblichen ungeplanten Strömen abmühen, die die Sicherheit des Netzbetriebs gefährden²².

Die angeführten Beispiele der Zusammenarbeit auf dem Energiemarkt in Österreich und Deutschland zeigen, inwieweit die einzelnen EU-Länder wirtschaftlich mit ihren Nachbarn verbunden sind, und dass diese Zusammenarbeit nicht immer leicht ist. Sie ermöglicht zwar eine engere Wirtschaftsunion, aber nicht immer hat der stärkere und größere Auftragnehmer die entscheidende Stimme.

Die Beispiele für österreichische Energiezusammenarbeit und Investitionen auf dem schwierigen, und zugleich reichen deutschen Markt, zeigen, dass der kleinere Partner, der im Wirtschaftsunternehmen engagiert ist, seine Ziele erreichen kann. Diese Art von Kooperationsabkommen wird wahrscheinlich die Rolle der österreichischen Unternehmen auf dem deutschen Markt stärken, wenn der deutsche Markt vollständig liberalisiert wird, und der Strom aus erneuerbaren Energiequellen von der Bundesregierung nicht gefördert wird. Es ist sehr wichtig, dass Deutschland nach wie vor die Umsetzung der neuen Energiestrategie im Sommer 2011 zu überprüfen beabsichtigt. Wirtschaftskreise und Experten schlagen Alarm.

Zusammenfassung

Dieser Artikel stellt die Wechselwirkungsenergie-Unternehmen aus Deutschland und Österreich in der Zeit der Finanzkrise dar. Dazu gehören Unternehmen wie die Verbund AG, EVN und ÖMV. Österreichische Energieunternehmen in Deutschland sind wichtige Akteure auf dem lokalen Energiemarkt. Dank entsprechender Technologie- und Business-Erfahrung können diese Unternehmen

²² Öko-Institut and Prognos, *Modell Deutschland – Klimaschutz bis 2050: Vom Ziel her denken. Endbericht*. Berlin. <http://www.oeko.de/oeko-doc/971/2010-003-de.pdf>, Stand vom 1.05.2015.

mit den deutschen Riesen, wie z.B. mit E.ON kooperieren. Als Beispiel kann der Bau von Wasserkraftanlagen in Bayern fungieren. Im Gegenzug geht der Ölkonzern ÖMV die Partnerschaft mit RWE im Bau von Gasleitungen ein. Zunächst wird die Nabucco-Gas-Pipeline gebaut, derzeit die South-Stream-Pipeline.

Literatur

- AEA, *Energy Policies and Measures in Austria*, S. 65, <http://www.energyagency.at>.
- Anschluss energetyczny... Niemiec, www.ebe.org.pl.
- Bajczuk R, *Austriacy apelują o reformę rynku energii w Niemczech*, www.osw.waw.pl.
- BP, *Statistical Review of World Energy 2010*. Edit by BP Statistical Review of World Energy BP p.l.c. London: BP Statistical Review, 2010.
- EC, *Priorities for 2020 and Beyond – a Blueprint for an integrated European Energy Network*, COM (2010), 17 November 2010. *Energy Policies and Measures in Austria*, Wien: COM, 2011.
- European Commission (2008a), *Commission staff working document; Accompanying document to the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council amending Directive 2003/87/EC so as to improve and extend the EU greenhouse gas emission allowance trading system*, Brussels.
- European Commission (2008b), *Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Region, '20 20 by 2020. Europe's climate change opportunity'*, COM 2008/30 final.
- Käfer, A., Steininger, K, *Raumordnung und Klimaschutz, im Auftrag der Salzburger Landesregierung*, Salzburg 2008.
- Kwiatkowska-Drózdź A., *Niemiecka transformacja energetyczna: trudne początki*, Warszawa: Ośrodek Studiów Wschodnich, 2012.
- Modell Deutschland – Klimaschutz bis 2050: Vom Ziel her denken. Endbericht*, Öko-Institut and Prognos, Berlin 2010.
- Orlen przejmuję niemieckie stacje OMV, www.cire.pl.
- ÖMV und VERBUND schaffen führendes Energieunternehmen, <http://www.verbund.com/cc/de/news-presse/news/2012/05/10/Energieunternehmen>.
- Poronińska K., *Wpływ współpracy energetycznej krajów Europy Środkowej na regionalne bezpieczeństwo energetyczne i politykę energetyczną*, Warszawa: Wydawnictwo Natolin, 2013.
- RWE signs Nabucco cooperation deal with Iraq Kurds, www.uk.reuters.com.
- Silla O., *The internal energy market and neighboring countries* [in:] Ch. Jones (Hrsg.), *EU Energy Law. The Internal Energy Market. The Third Liberalization Package*, Vol. I, Claeys & Casteels 2010.
- Strategies for the Transition to Low Energy and Low Emission Structures (Final Report)*. Vienna 2009.
- "The Carlyle Group and Vitol Group to invest in Varo Energy to Create a Major New Energy Midstream Group across North-West Europe", *The Wall Street Journal*.
- Verbund. *Investor Relations*, www.verbund.com.at.

ZU DEN AUTOREN

Elżbieta Hurnikowa – Prof. Dr. habil., außerordentliche Professorin am Institut für Polnische Philologie an der Jan-Długosz-Akademie in Częstochowa. Wiener Moderne sowie polnisch-österreichische literarische und kulturelle Beziehungen stehen im Zentrum ihres Forschungsinteresses.

Violetta Frankowska – Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl der Deutschen Sprache (Institut für Germanische Philologie, Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań). Forschungsbereiche und Interessen: Systemgrammatik (auch kontrastiv), Pragmalinguistik, Interkulturalität.

Agnieszka Kisztelińska-Węgrzyńska – Dr., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Deutschlandstudien an der Lodzer Universität. Ihr Forschungsinteresse bezieht sich auf die Geschichte der Diplomatie und polnisch-österreichische Beziehungen nach 1945, sowie auf die Sozialgeschichte von Österreich und Deutschland im 19. und 20. Jh.

Maciej Paszyn – Dr., Historiker, Politologe, Deutschkundler, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Lodzer Universität (Lehrstuhl für Deutschlandstudien). Forschungsbereich: Geschichte der internationalen Beziehungen, Tätigkeit und Struktur von OPEC, internationale wirtschaftliche und politische Beziehungen, die Neueste Geschichte von Deutschland und Österreich.

Barbara Ratecka – Dr., Philologin, pensionierte Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Deutschlandstudien an der Lodzer Universität. Den Schwerpunkt ihres Forschungsinteresses bildet Geschichte und Kultur des gegenwärtigen Österreichs und der Schweiz.

Michał Tomczyk – Dr., Stipendiat des Programms LPP/Erasmus in Luzern, Bremen und Göttingen, sowie des Programms Sciex-NMSch im Rahmen des Schweizerisch-Polnischen Zusammenarbeitsprogramms. Zu seinen Forschungsinteressen gehören Politik und Geschichte der deutschsprachigen Länder, insbesondere der Schweiz, und die Integrationsprozesse in Europa.